

GRÜNE ARGUMENTE VON A BIS Z

Bundestagswahl 2021

Mit unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 "Deutschland. Alles ist drin" bieten wir konkrete Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit und machen ein Angebot für die ganze Gesellschaft. Hier gibt es die grünen Argumente zu aktuellen Themen der Bundestagswahl 2021 und Antworten auf häufig gestellte Fragen. Alle Arguhilfen online: [gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)

INHALT

A	Anti-Rassismus 2	L	Ländliche Räume 95
	Arbeit 5		Landwirtschaft..... 98
B	Bildung 9	M	Medien- und Kulturpolitik..... 102
	Bürgerschaftliches Engagement und Sport... 14		Moderner Staat..... 106
D	Demokratie und Bürgerrechte 18	N	Naturschutz..... 110
	Digitalisierung und Netzpolitik..... 22	O	Ökologische Modernisierung..... 113
	Drogenpolitik 26	P	Pflege..... 117
E	Einwanderungspolitik und Integration..... 30	Q	Queerpolitik 121
	Energiepolitik..... 33	R	Rechtsextremismus..... 125
	Ernährung..... 37		Rechtspolitik..... 129
	Europa 41		Rente..... 133
F	Fairer Handel 45	S	Sozialpolitik..... 137
	Familie, Kinder und Jugend..... 49		Sozial gerechter Klimaschutz 141
	Finanzmarktintegrität 53		Steuerpolitik..... 144
	Flüchtlingspolitik..... 57	T	Tierschutz..... 149
	Frauenpolitik..... 61	U	Umweltpolitik 153
G	Gesundheit..... 65	V	Verbraucherschutz..... 157
	Globale Entwicklung und Globalisierung... 70		Verkehr 161
H	Haushalt..... 75		Vielfalt und offene Gesellschaft..... 165
I	Inklusion 79	W	Wirtschaftspolitik..... 169
	Innere Sicherheit 83		Wohnen und Bau..... 174
K	Klima..... 87		
	Kommunen..... 91		

ANTI-RASSISMUS

gruene.de/anti-rassismus

In Deutschland leben viele Menschen mit diversen Perspektiven, Geschichten, Erfahrungen und Identitäten zusammen. Doch bestehender Rassismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit machen es vielen Menschen schwer, frei, sicher und mit gleichen Chancen ihr Leben zu gestalten. Wir treten für einen wirksamen Diskriminierungsschutz und die aktive Gestaltung einer rassismuskritischen Gesellschaft der Vielen ein. Rassismus trifft nicht alle von uns, aber er geht uns alle an. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Gesellschaft.

Alle hier lebenden Menschen sollen die gleichen Chancen auf Selbstbestimmung haben und aktiv unsere Gesellschaft mitgestalten können. **Wir wollen eine verlässliche Teilhabe und Repräsentation von Menschen mit Diskriminierungs- und Rassismuserfahrung erreichen.** Sie sind unterrepräsentiert und bei Entscheidungsprozessen nicht ausreichend beteiligt. Der Grund dafür sind oft Ausschlussmechanismen, die viele Menschen schon als Kind zu spüren bekommen.

Die Vielfalt Deutschlands soll sich auch in der Verwaltung, bei der Polizei und der Bundeswehr widerspiegeln. Das gilt ebenso für die Führungs- und Entscheidungsgremien in Wirtschaft und Politik, die Kulturlandschaft und die Medien. Wir wollen, dass alle dauerhaft hier lebenden Menschen sich demokratisch einbringen und beteiligen können.

Rassismus und alle anderen Formen der Diskriminierungen sind nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen Menschen, sie bedrohen auch unseren Zusammenhalt und unser gleichberechtigtes Zusammenleben. **Um Benachteiligungsstrukturen wirksam zu ändern, müssen sie sichtbar gemacht und wissenschaftlich untersucht werden.** Deshalb wollen wir unabhängige Forschung zu Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit finanziell wie ideell fördern. Das Wissen der Communities und Selbstorganisationen und die dort vorhandenen empirischen Analysen müssen anerkannt, genutzt und gefördert werden. Wir brauchen valide Daten, um zu verstehen, wie verschiedene Formen von Diskriminierung zusammenwirken.

Wir wissen, dass aus diskriminierenden Worten Taten werden. Rassismus führt dazu, dass nicht alle Menschen in Deutschland sicher sind. Die Angriffe von Extremist*innen, insbesondere von rechts, treffen unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Wenn wir als Gesellschaft lernen, Vielfalt als Reichtum zu begreifen und Interessen gleichberechtigt und demokratisch miteinander auszuhandeln, dann schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze, Ausgrenzung und Rassismus und stärken dabei das friedliche Zusammenleben.

DAS HABEN WIR VOR:

SO WENDEN WIR UNS GEGEN RASSISMUS

- ➡ **Wir planen ein Maßnahmenpaket, das Rassismus mit gesetzlichen Regelungen an der Wurzel packt:** mit einem Bundesantidiskriminierungsgesetz, das Betroffenen umfassenden Schutz bietet, und einem Demokratieförderungsgesetz, das die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen langfristig absichert. Damit Vielfalt auch dort gelebt wird, wo wichtige Entscheidungen für unsere Gesellschaft getroffen werden, wollen wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz einführen und das Bundesgremiengesetz reformieren. Damit die Stimme von Menschen mit Rassismuserfahrung gehört wird, gründen wir einen „Partizipationsrat“, der als ein gesetzlich verankertes und unabhängiges Gremium ähnlich dem Deutschen Ethikrat etwa zu Gesetzesvorhaben Empfehlungen abgibt.
- ➡ **Die Forschung zu Diskriminierung und Rassismus werden wir ausbauen** und unabhängige wissenschaftliche Studien in Bezug auf staatliche Institutionen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und Postkolonialismus wollen wir in Lehrplänen verankern. Wir werden eine gesellschaftliche Debatte über unser koloniales Erbe fördern, die eine anti-rassistische Perspektive auf Geschichte und Gesellschaft ermöglicht.
- ➡ Wir wollen den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz in **Artikel 3 GG** ersetzen und Diskriminierungen aufgrund sexueller Identität aufnehmen. Um Benachteiligungsstrukturen zu verändern, wollen wir zudem eine aktive Schutzpflicht des Staates festschreiben, so dass er aktiv werden muss, um effektiven Schutz zu gewährleisten.
- ➡ Die **Antidiskriminierungsstelle des Bundes** werden wir zu einer obersten Bundesbehörde aufwerten und zivilgesellschaftliche Beratungsstellen flächendeckend ausbauen.

- ➡ Wir wollen Antirassismus als festen Bestandteil der **Polizeiausbildung** einführen. Um Ausschlussmechanismen in Einstellungsverfahren oder „Racial Profiling“ effektiv abzustellen, fordern wir mehr Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sicherheitsbehörden. Wir wollen eine*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n schaffen, an die/den man sich bei Missständen wenden kann.
- ➡ Wir wollen ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige schaffen **und so demokratische Teilhabe ermöglichen**. Wir brauchen einen gesetzlichen Anspruch auf Einbürgerung, und zwar nach bereits fünf Jahren statt erst nach acht, ohne dass Menschen gezwungen werden, die ursprüngliche Staatsangehörigkeit abzulegen.



FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie divers sind die Grünen?

Wir wollen auch als Partei Diversität und Gleichberechtigung nach innen leben. Im Jahr 2020 haben wir deshalb ein Vielfaltsstatut beschlossen. Darin hinterfragen wir auch unsere eigenen Strukturen konsequent und formulieren Maßnahmen, diese vielfältig zu öffnen. Grüne Strukturen sollen künftig so gestaltet sein, dass sie in Bezug auf das Geschlecht, eine rassistische, antisemitische oder antiziganistische Zuschreibung, die Religion und Weltanschauung, eine Behinderung oder Erkrankung, das Lebensalter, die Sprache, die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität, den sozialen oder Bildungsstatus oder auch die Herkunft inklusiv und nicht diskriminierend wirken. Außerdem haben wir einen Diversitätsrat beschlossen, der zusammen mit dem grünen Bundesvorstand Instrumente und Maßnahmen entwickelt, um diese Ziele zu erreichen.

Wir sind auch als Partei noch längst nicht da, wo wir hin wollen. Doch finden sich auch bei uns bereits immer mehr vielfältige Perspektiven in unserer Mitgliedschaft sowie in Landesvorständen oder auf Landeslisten zur Bundestagswahl.

Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



ARBEIT

gruene.de/arbeit

Wir werden dafür sorgen, dass die Transformation hin zu einem klimagerechten Wohlstand zu zukunftsfähigen und guten Jobs für alle führt. Unser Ziel ist es, den Menschen im Wandel Sicherheit und Perspektiven zu geben. Jeder Mensch soll am Arbeitsleben teilhaben können, denn ein guter Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und Selbstverwirklichung. Wir sorgen für höhere Löhne und gesunde Arbeitsbedingungen. Wir dämmen prekäre Jobs ein und schaffen tariflich entlohnte Arbeit. Arbeitsförderung soll auf Augenhöhe stattfinden und berufliche Weiterentwicklung ermöglichen.

Wir wollen **Vollbeschäftigung** erreichen und sicherstellen, dass neue Jobs tariflich bezahlt und mitbestimmt sind. Die ökologische Modernisierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen und kann zu vielen neuen Arbeitsplätzen in der Industrie wie im Dienstleistungssektor führen. Der Wandel der Arbeitswelt, den Digitalisierung und Strukturwandel mit sich bringen, kann nur gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Beschäftigten im Betrieb gut gestaltet werden.

Arbeit muss **gerecht bezahlt** werden. Jede*r vierte Erwerbstätige arbeitet für weniger als 12 Euro pro Stunde. Das reicht selbst bei Vollzeitarbeit kaum zum Leben und betrifft besonders viele Frauen. Sie verdienen im Durchschnitt 18% weniger als Männer. Schutz vor schlechter Bezahlung bieten Tarifverträge. Doch davon gibt es immer weniger, sie schützen nicht einmal mehr die Hälfte der Beschäftigten.

Wir Grüne setzen uns für **gute Arbeit** ein. Notwendig sind stabile soziale Leitplanken, um prekäre Beschäftigung zu verhindern. Etwa jede*r vierte Beschäftigte arbeitet in großer Unsicherheit, oft zu niedrigsten Löhnen. **Leiharbeitskräfte** verlieren als erste den Job und bekommen meist wenig. Mehr als jede dritte Neueinstellung findet nur befristet statt. **Minijobs** bieten keine Perspektive und Absicherung. **Plattformarbeit** birgt neben vielen Chancen auch neue Risiken. Hier sorgen wir für Schutz: Gute Arbeit muss sicher sein, darf nicht krank machen oder zeitlich entgrenzen.

Für mehr **Sicherheit im Wandel** steht unsere grüne **Arbeitsversicherung**, die alle schützt und nachhaltig qualifiziert. Berufliche Veränderung wollen wir mit **Qualifizierungs-Kurzarbeit** möglich machen. Wer arbeitslos ist oder sich umorientieren will, bekommt alle notwendige **Förderung** und Unterstützung. Berufliche **Weiterbildung** darf weder an fehlender Zeit, fehlendem Geld oder fehlendem Wissen scheitern.

Wir stärken die **Selbstbestimmung** der Beschäftigten und nutzen die Chancen der Digitalisierung. Das verschafft mehr Freiheit. **Mitsprache über Zeit und Ort** der eigenen Arbeit und Wahl-arbeitszeiten machen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben möglich. Freiwillig **von zuhause arbeiten** soll auch nach der Pandemie leichter möglich sein.

DAS HABEN WIR VOR:

SO WOLLEN WIR DIE ARBEITSWELT GERECHTER MACHEN

- ➡ Für **gerechte Bezahlung** wollen wir sorgen, indem wir das **Tarifsystem** und die Sozialpartnerschaft stärken. Bei öffentlichen Aufträge sollen nur noch Betriebe zum Zuge kommen, die mindestens Tariflöhne zahlen. Den **Mindestlohn** erhöhen wir sofort auf 12€ und reformieren die Mindestlohnkommission. Per Gesetz werden wir **gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit** von Frauen und Männern sicherstellen.
- ➡ **Gute Arbeit** ist nur gemeinsam mit den Beschäftigten selbst zu erreichen. Sie kennen die Bedingungen und Möglichkeiten vor Ort am besten. Deshalb wollen wir die betriebliche und unternehmerische **Mitbestimmung** ausbauen. Um prekäre Beschäftigung einzudämmen, soll **befristete** Beschäftigung nur noch mit sachlichem Grund möglich sein. **Leiharbeitskräfte** bekommen vom ersten Tag an genauso viel wie Festangestellte sowie eine Flexibilitätsprämie. **Minijobs** wollen wir weitestgehend in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen. Lohndumping mittels **Online-Plattformen** und **Werkverträge** werden wir genauso konsequent unterbinden wie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit.
- ➡ Mehr **Sicherheit im Wandel** schaffen wir zudem mit einem Sozialversicherungssystem, dass ein stabiles finanzielles Fundament hat und alle Erwerbstätigen – auch Solo-Selbständige – ausreichend absichert. Mit unserer grünen **Arbeitsversicherung** stellen wir berufliche Qualifizierung in den Mittelpunkt. Wir schaffen einen **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** und bauen Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstellen für Beratung und Förderung auf. Ein gutes Umfeld für neue, gute Jobs erreichen wir durch höhere **öffentliche Investitionen in gute Infrastruktur** und bessere Förderung von Gründungsgeist und Forschung. Damit

der notwendige Wandel im Betrieb zu neuen beruflichen Perspektiven für Beschäftigte führt, schaffen wir die Möglichkeit einer **Qualifizierungs-Kurzarbeit**.

- ☛ **Selbstbestimmter** arbeiten ist möglich durch mehr **Mitsprache über Lage, Umfang und Ort** der eigenen Arbeit. Zeitsouveränität für Beschäftigte umfasst auch die Möglichkeit einer **Wahlarbeitszeit** zwischen 30 und 40 Wochenstunden. Wir wollen ein echtes **Recht auf Homeoffice** einführen, wo das betrieblich möglich ist. In der Pflege, wo die körperlichen Belastungen besonders hoch sind, wollen wir generell eine 35h-Woche möglich machen.



FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet ein Mindestlohn von 12 Euro in der aktuellen Lage für Unternehmen und für Arbeitsplätze?

Die von uns unterstützte Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 hat nicht zu Arbeitsplatzverlusten oder Insolvenzen geführt. Lediglich sozialversicherungsfreie Minijobs wurden dadurch unattraktiver. Ein Teil wurde deshalb in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt. Inzwischen steht der Mindestlohn bei 9,50€ und selbst in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Lage ist von Stellenabbau (auch aufgrund der Kurzarbeit) bisher zum Glück wenig zu sehen.

Bereits jetzt verbessert sich die wirtschaftliche Lage durch den Fortschritt der Impfkampagne deutlich. Vom kommenden wirtschaftlichen Aufschwung müssen jetzt endlich auch die profitieren, die in den letzten Jahren viel zu kurz gekommen sind. Ein höherer Mindestlohn ist also gerecht und wirtschaftlich vernünftig

Warum braucht es Fachkräftezuwanderung?

Die Zahl der erwerbsfähigen Menschen in diesem Land wird nach allen Prognosen stark zurückgehen, da viel mehr Menschen in Rente gehen als neu auf den Arbeitsmarkt kommen. Studien prognostizieren, dass bis 2030 allein in der Pflege 500.000 Vollzeitkräfte fehlen werden. Das hat gravierende Folgen für unsere Wirtschaft und die Stabilität unserer Sozialsysteme, vor allem für die Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicherung. Deswegen muss Deutschland als Einwanderungsland attraktiver werden. Denn auch wenn wir einheimische Fachkräftepotenziale z.B. von Frauen, Älteren und Arbeitslosen besser ausschöpfen, wird der Fachkräftebedarf nicht gedeckt. Das bedroht unseren Wohlstand.

Wir müssen in Deutschland lebende Arbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren, das ist selbstverständlich. Doch genauso notwendig ist die Zuwanderung neuer Fachkräfte. Wenn also hier lebende Arbeitslose die geforderten beruflichen Qualifikationen besitzen – dann werden sie auch in Zukunft immer drei Vorteile gegenüber den meisten zuziehenden Arbeitskräften ha-

ben: Deutschkenntnisse, einen deutschen Schul- oder Berufsabschluss und profunde Kenntnisse über das gesellschaftliche Leben in Deutschland.

Nach unserer Auffassung soll ein Einwanderungsgesetz auch regeln, dass Beschäftigungsverhältnisse von eingewanderten Fachkräften bestehende tarifliche Standards nicht unterlaufen, dass also durch den Zuzug kein Lohndumping erfolgt.

Hat die Eindämmung von prekären Jobs Auswirkung auf den Einstieg in Arbeit?

Unsichere und schlecht bezahlte Jobs sind nur selten Sprungbretter zu guter Arbeit. Neun von zehn Leiharbeitskräften werden nicht übernommen. Viele Menschen wollen gern mehr als im Minijob oder in kleiner Teilzeit arbeiten, bekommen dazu aber keine Möglichkeit. Von Arbeit auf Abruf kann nur loskommen, wer im Beruf auch andere Perspektiven angeboten bekommt. Natürlich ist es aber sinnvoll, Menschen einfache Zugänge zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Aber Lohndumping und weniger Rechte sind dafür keine geeigneten Mittel. Wir Grüne sind für gezielte Einstiegshilfen – sei es mit zeitlich begrenzten Zuschüssen zu den Lohnkosten oder zur Gründung in Selbständigkeit. Auch sollen Probezeiten bei Arbeitsverhältnissen selbstverständlich möglich bleiben. Leiharbeit und Werkverträge kann es geben, sofern sie fair sind. Es ist dagegen nicht akzeptabel, die schwächere Position von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum Lohndumping oder zum Abwälzen unternehmerischer Risiken auszunutzen. Wir wollen die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhalten, den Missbrauch aber eindämmen.

Wie stehen die Grünen zu Minijobs?

Minijobs sind eine gute Gelegenheit, etwas dazuzuverdienen. Deshalb halten wir sie für Schüler*innen, Studierende und Rentner*innen auch für unproblematisch. Aber sie stellen nachweislich keine Brücken in reguläre Beschäftigung dar. Stattdessen sind sie oft berufliche Sackgassen und ein Armutsrisiko im Alter, insbesondere für viele Frauen. Minijobs wollen wir deshalb weitgehend in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln. Höhere Sozialversicherungsbeiträge sollen die Arbeitgeber tragen. Steuern, Abgaben und soziale Leistungen wollen wir so aufeinander abstimmen, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Die Belastung mit Steuern und Abgaben darf also nicht sprunghaft steigen, wenn der Lohn über 450€ ansteigt.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



BILDUNG

gruene.de/bildung

Bildung ermöglicht. Ein gutes Bildungssystem ist der zentrale Schlüssel für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft. Viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland immer noch von der Familie, dem Namen oder dem Stadtviertel ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Gesellschaft und Wirtschaft brauchen die Ideen und die Kraft aller jungen Menschen. Darum wollen wir unsere Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen besser machen. Sie sollen von der Kita bis zur Weiterbildung allen gleiche Chancen auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dafür steht grüne Bildungspolitik.

In guter Bildungspolitik, Aus- und Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegen unendlich viel Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen.

Die Pandemie hat uns deutlich gezeigt, wie wichtig gute Kitas, Schulen und Hochschulen sind, um allen jungen Menschen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen **Bildungsgerechtigkeit endlich umsetzen**.

Dafür wollen wir einen individuellen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung** umsetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams, anregenden Räumen und Schulhöfen, gesundem Mittagessen und enger Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Musikschulen und anderen Akteur*innen vor Ort. Damit wollen wir **Bildungsarmut verhindern**. Kinder brauchen kompetente Lehrer*innen und erreichbare Sozialarbeiter*innen, funktionierende Toiletten und Fenster, die sich öffnen lassen, moderne Turnhallen, schnelles Internet und ausreichend Laptops für das Lernen in einer digitalen Welt. Dafür wollen wir **Schulen im ganzen Land besser ausstatten**.

Gleiche Bildungschancen heißt, unterschiedlich zu fördern. Wo mehr benötigt wird, muss auch mehr investiert werden. Unser Ziel sind Kitas und Schulen, in die alle gerne gehen und wo alle gut lernen können. Egal ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Gegenden. **Kinder mit schlechteren Startchancen wollen wir dauerhaft und stärker unterstützen**.

Nach der Schule soll **jede und jeder Jugendliche** eine **Ausbildung beginnen** können. Das wollen wir garantieren, gerade wenn, wie jetzt in der Pandemie, viele Ausbildungsplätze wegbrechen. Wir wollen, dass Talent und Lust aufs Lernen und Neugier das Studieren und Forschen ermöglichen, nicht das Portemonnaie der Eltern oder die „Familiendition“. Dafür wollen wir das **BAföG gerechter machen**.

Wissenschaft und Forschung brauchen mehr Raum für gute Ideen. Notwendig sind dafür gute Bedingungen – mit gezielter Förderpolitik, **mehr Investitionen, fairen Arbeitsbedingungen und gleichen Karrierechancen** für alle. Hochschulen wollen wir digital und baulich auf die Höhe der Zeit bringen.

Um den Umbruch ins digitale Zeitalter auch in der Arbeitswelt gestalten zu können, brauchen alle die Möglichkeit, immer wieder Neues zu lernen. **Mit einem Recht auf Weiterbildung und Beratung** aus einer Hand werden neue berufliche Perspektiven für jede und jeden erreichbar, egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt.

DAS HABEN WIR VOR:

SO MACHEN WIR DAS BILDUNGSSYSTEM GUT UND GERECHT

- ➡ Damit nicht schon mittags Schluss ist, werden wir einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung** für jedes Grundschulkind umsetzen. Mit einer Fachkräfteoffensive sorgen wir für ausreichend Erzieher*innen und sichern hohe Qualität.
- ➡ Guter Unterricht braucht gut ausgebildete Lehrer*innen: Über ein Bundesprogramm wollen wir **mehr Lehrkräfte** an Hochschulen ausbilden und Fachkräften aus anderen Berufen den **Quereinstieg erleichtern**.
- ➡ Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen stark aus der Krise finden. Dafür bauen wir das Nachhilfeprogramm der Bundesregierung mit zusätzlicher Sprachförderung, Sport-, Erlebnis-, und Kulturangeboten aus und stärken die Beratung und Einzelfallhilfe für Schüler*innen. Mit Mentor*innen, Bildungslots*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen knüpfen wir ein sicheres Unterstützungsnetz.

- '''→ Wir wollen den **DigitalPakt Schule weiterentwickeln** und alle Lehrkräfte mit guten **Fort- und Weiterbildungen** und **besten Beratung** fit für den Unterricht mit Whiteboard, Tablet und Laptop machen.
- '''→ **Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren** wollen wir besonders und nachhaltig unterstützen. Wir investieren in moderne Räume und fördern multiprofessionelle Teams, in denen Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und Erzieher*innen die Schüler*innen bestmöglich fördern können.
- '''→ Mit einer **Ausbildungsgarantie** wollen wir allen jungen Menschen eine Ausbildung ermöglichen. Dafür fördern wir außerbetriebliche und betriebliche Ausbildungen und sorgen für mehr Unterstützung im Betrieb. Für gute Beratung aus einer Hand und unter einem Dach werden wir Jugendberufsagenturen stärken.
- '''→ Wir **bauen das BAföG zu einer Grundsicherung für Studierende und Auszubildende um**. Diese beinhaltet einen Garantiebetrug für alle und darüber hinaus einen Bedarfzuschuss für jene aus einkommensarmen Elternhäusern. Der Garantiebetrug ersetzt das Kindergeld und wird direkt an die Studierenden oder Azubis überwiesen. Der Bedarfzuschuss orientiert sich an den Hartz-VI-Regelsätzen für Erwachsene, die wir anheben wollen.
- '''→ Wir wollen **Wissenschaft und Forschung als wichtige Innovationstreiber** nachhaltig stärken. Die staatliche Forschungsförderung werden wir ausweiten und stärker an den drängenden Herausforderungen unserer Zeit orientieren. Wir wollen mehr Wissenschaftler*innen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen. Um Frauen in der Wissenschaft zu fördern, wollen wir einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent auf allen Ebenen erreichen.
- '''→ Mit einem **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** sorgen wir dafür, dass sich alle Menschen auch später beruflich weiterentwickeln können. Mit Weiterbildungsgeld und Weiterbildungs-BAföG schaffen wir dafür die finanzielle Grundlage. Ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang schützt vor späteren Nachteilen im bestehenden Job.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Warum reden die Grünen im Bundestagswahlkampf so viel über Bildung, ist das nicht Ländersache?

Wir wollen, dass jedes Kind in Deutschland gleiche Chancen auf gute Bildung erhält, egal ob es in Stendal oder München aufwächst. Für die schulische Bildung sind zwar zunächst die Länder zuständig. Das Grundgesetz fordert aber auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die Bund und Länder gemeinsam garantieren müssen. Die Schulen haben in der Vergangenheit viele neue Aufgaben bekommen, zum Beispiel die digitale Bildung. Mit dem Ganztagsausbau und der verstärkten Förderung von Schulen in benachteiligten Stadtteilen kommen in den nächsten Jahren weitere Aufgaben dazu. Mittlerweile ist klar, dass Länder und Kommunen das nicht mehr alleine stemmen können. Deshalb wollen wir, dass der Bund, Länder und Kommunen stärker unterstützen darf – ohne die Zuständigkeit der Länder grundsätzlich in Frage zu stellen.

Wie stehen die Grünen zum Kooperationsverbot?

Wir setzen uns auf allen Ebenen für mehr Zusammenarbeit in der Bildung ein. Wir haben 2018 dafür gesorgt, dass der Bund zum Beispiel beim DigitalPakt Schule neben Laptops und WLAN auch IT-Personal und Fortbildungen für Lehrkräfte finanzieren darf. Das ist wichtig, damit die neue Technik nicht ungenutzt in der Ecke verstaubt. Diese Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Bund und Ländern wollen wir weiter ausbauen, um das Bildungssystem fit für die Zukunft zu machen.

Was verstehen die Grünen unter guter Bildung und wie stellen sie sich die Schule der Zukunft vor?

Ein buntes und modernes Land braucht die Talente und Ideen aller jungen Menschen. Wir wollen ein Bildungssystem, das von der Kita bis zur Uni allen Mut macht und die Chance gibt, ihre Potenziale und Fähigkeiten zu entfalten, egal woher sie sind oder wie dick der Geldbeutel der Eltern ist. Wir wollen einen Aufbruch zu einem Schulsystem, das Lernverweigerung und Schulabbrüche genauso verhindert wie prekäre Arbeitsbedingungen. Zu guten und modernen Schulen gehören für uns genügend Fachkräfte in multiprofessionellen Teams, anregende Räume und Schulhöfe, gesundes Mittagessen und enge Zusammenarbeit mit Sportvereinen oder Musikschulen. Kinder und Jugendliche sollen mehr Zeit und weniger Druck beim Lernen haben, um sich gut entwickeln zu können.

Wie stehen die Grünen zu unterschiedlichen Schulformen?

Wir sind für gute Schulen und gute Abschlüsse – auch in Gymnasien. Wir wollen, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche eine gute Schulzeit haben und einen Abschluss machen, der ihnen Ausbildung oder Studium eröffnet. Das Gymnasium ist dabei ein Weg. Wichtig ist uns, dass es daneben einen weiteren Weg gibt, der alle Kinder willkommen heißt. Diese Schule

kann Gesamtschule, Gemeinschaftsschule oder Integrierte Sekundarschule heißen. Wichtig ist uns: Diese Schule bietet alle Abschlüsse an, einschließlich Abitur. Eltern und Kinder wissen also, dass ihnen alle Wege offen stehen.

Meine Kinder waren wegen der Pandemie schon ein Jahr lang nicht mehr in der Schule. Was tun die Grünen dafür, dass sich die Situation ändert?

Wir setzen uns dafür ein, dass Kitas und Schulen möglichst lange offen bleiben. Mit dem Anstieg der Infektionen wurde es aber nötig, auch Kitas und Schulen zum Schutz der Kinder und ihrer Familien zu schließen und digital per Fernunterricht zu lernen. Wir wissen, wie belastend das ist. CDU/CSU und SPD haben den Gesundheitsschutz in den Klassenzimmern viel zu lange ignoriert und versäumt, für sicheren Unterricht zu sorgen. Kaum zu glauben: Erst nach über einem langen Jahr der Pandemie hat sich Bundesregierung durchgerungen, neue Luftfilter an Schulen zu fördern. Als Grüne haben wir das schon seit Beginn der Pandemie gefordert. Und auch jetzt wird zu langsam und zu wenig für den Herbst vorgesorgt. Stattdessen stehlen sich die Verantwortlichen mit der Ankündigung von Wechselunterricht oder Masken bereits wieder aus der politischen Verantwortung. Eltern, Kinder und Jugendliche müssen sich darauf verlassen können, dass alles dafür getan wird, dass nach den Ferien wieder regulär und Corona-sicher gelernt werden kann. Bildung muss krisenfest sein. Deshalb wollen wir den DigitalPakt weiter öffnen, damit jede Schule schnell und ohne aufwendige Anträge ausreichend Geld für guten digitalen Unterricht bekommt. Damit alle Kinder stark aus der Krise kommen, wollen wir Studierende und pensionierte Lehrkräfte als Mentor*innen und Bildungslots*innen gewinnen und mehr Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Lernförderung an die Schulen bringen.

Unsere Kinder mussten sich die Arbeitsblätter ausgedruckt in der Schule abholen, weil die Lehrerin keine Email-Adresse hatte. Was ist los mit der digitalen Bildung in Deutschland?

Die Pandemie hat gezeigt, dass die Schulen großen Nachholbedarf haben. Wir wollen, dass Tablet oder Laptop genauso selbstverständliches Lernmittel werden wie Atlas oder Englischbuch. Dafür werden wir die digitale Ausstattung an Schulen verbessern. Technik alleine macht aber noch keinen guten Unterricht. Dafür braucht es auch Medienkompetenz, Datenschutz und Ideen für die Unterrichtsgestaltung. Deshalb wollen wir Lehrkräfte mit guten Fort- und Weiterbildungen fit für den Unterricht mit digitalen Medien machen und die Beratung bündeln und ausbauen. Alle Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern sollen einfach und direkt kompetente Antworten auf alle Fragen rund um das Lernen in der digitalen Welt erhalten.



Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND SPORT

gruene.de/sport

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind stabile Stützen unserer Gesellschaft. Eine lebendige Zivilgesellschaft stärkt das Rückgrat unserer Demokratie. Wir möchten allen Menschen, die es wollen, Engagement und Ehrenamt ermöglichen und den Initiativen, Verbänden, Vereinen oder NGOs dafür gute Rahmenbedingungen schaffen. Der Sport übernimmt eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Soziale Orte schaffen sozialen Zusammenhalt: Wir wollen, dass unsere Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren zu den schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders werden.

Um Engagement zu stärken und Ehrenamt zu ermöglichen, wollen wir **bürokratische Hürden abbauen**, **Bildungsangebote** für Engagierte ausbauen und die **Förderpolitik neu aufstellen**. Eine **lebendige Zivilgesellschaft** ist elementar für die politische Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Wir machen uns dafür stark, dass Engagierte ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert, **ohne Einschüchterung und Kriminalisierung** nachgehen können. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben können, sorgen wir für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre gemeinnützigen Ziele sollen sie auch durch politische Aktivitäten wie Studien und Demonstrationen verwirklichen dürfen.

Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt und fördern die aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft. Wir wollen dafür sorgen, dass jeder Mensch, der das möchte, garantiert einen Freiwilligendienst in Deutschland oder Europa machen kann.

Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen Engagements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz, Integration, Inklusion und Engagement gelebt und vermittelt. Dies werden wir fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir werden den **vereinsgebundenen Sport stärken** und **mehr Möglichkeiten für Sport und Bewegung im Alltag** schaffen.

Sportgroßveranstaltungen sollen **klimaneutral, sozial, nachhaltig und menschenrechtskonform** ermöglicht werden, so dass sie auch einen bleibenden Infrastrukturgewinn für die Bürger*innen vor Ort schaffen. Dafür braucht es eine bundesweit einheitliche und föderal abgestimmte Gesamtstrategie, bei der von Beginn an Bürger*innenbeteiligung Teil der Planung ist.

Im **Spitzen- und Profisport** muss es um die **bestmögliche Förderung von Talenten** und nicht allein um die Fixierung auf eine bestimmte Medaillenzahl gehen. Deshalb wollen wir bei der Förderung des Spitzensports die Bedingungen und Perspektiven für Leistungssportler*innen in den Mittelpunkt stellen.

DAS HABEN WIR VOR:

SO FÖRDERN WIR DEN SPORT UND UNTERSTÜTZEN DAS EHRENAMT

- ➡ **Engagement und Ehrenamt stärken:** Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Engagement nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt wollen wir zu einer echten Förderstiftung weiterentwickeln, die lokal und dezentral Organisationen unterstützt. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine Engagementkarte einführen, mit der etwa der Besuch von Schwimmbädern oder Kultureinrichtungen oder die Nutzung von ÖPNV vergünstigt wird. Die Übungsleiter*innen- und Ehrenamtspauschale wollen wir sukzessive angleichen.
- ➡ **Freiwilligendienste ausbauen und für alle ermöglichen:** Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze jährlich verdoppeln. Junge Menschen sollen sich unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Dafür wollen wir die Taschengeldsätze auf ein einheitliches Niveau anheben und kostenlose ÖPNV-Tickets ermöglichen. Die Rahmenbedingungen sollen inklusiver werden, damit jede und jeder, egal ob jung oder alt, ob zu Beginn, in einer Orientierungsphase oder nach Beendigung des Berufslebens, einen passenden Freiwilligendienstplatz für sich findet.
- ➡ **Ein Entwicklungsplan für den Sport:** Zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen und der Wissenschaft wollen wir einen Entwicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen. Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf strukturschwachen Regionen,

gerade in Ostdeutschland, liegen, denn die Diskrepanz zwischen Ost und West ist beim Breitensport auch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein Problem. Wir fordern ein mehrjähriges Bundesprogramm zur Instandsetzung und ökologischen **Modernisierung von Sportstätten**, insbesondere Schwimmbädern. Denn jedes Kind soll schwimmen lernen können. Sportstätten müssen barrierefrei erreichbar und nutzbar sein.

- ➡ Dem Mitgliederschwund in den Vereinen durch die Corona-Pandemie wollen wir mit der Unterstützung einer **Ehrenamtskampagne** und einer **Digitalisierungsoffensive** für die Sportvereine entgegenwirken. **Gegen Rechtsextremismus** und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit **im Sport** gehen wir mit einem finanziell starken Bundesprogramm vor, das von einer unabhängigen Stelle beraten wird. Wir schützen die Bürger*innenrechte von Fans und diese vor ausufernden Datensammlungen und Kollektivstrafen.



FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie stehen die Grünen zu einem allgemeinen sozialen Pflichtjahr?

Engagement lebt von Freiwilligkeit und der Motivation, sich für eine Sache einzusetzen. Nicht von Zwang. Zudem wäre ein Pflichtdienst mit Milliardenkosten und großen verfassungsrechtlichen Bedenken verbunden. Wir setzen uns stattdessen für eine Stärkung der Freiwilligendienste ein. Aktuell befinden wir uns in der Situation, dass mehr junge Menschen einen Freiwilligendienst machen wollen als Plätze zur Verfügung stehen. Wir wollen daher die Zahl der Dienstplätze deutlich ausbauen, um jedem jungen Menschen einen Platz zu garantieren. Ebenso müssen die Dienste besser ausgestattet werden. Dazu wollen wir die Taschengeldsätze anheben und angleichen sowie kostenlose ÖPNV-Tickets und Bahnfahrten für Freiwillige finanzieren. Damit machen wir Freiwilligendienste unabhängig vom Elternhaus für alle möglich und geben Engagement die Anerkennung, die es verdient.

Welche Einstellung haben Grüne zum Leistungssport und Breitensport?

Spitzensport braucht Breitensport. Und ein starker Breitensport Vorbilder. Uns ist es wichtig, bei der Förderung des Spitzensports die Bedingungen und Perspektiven für Leistungssportler*innen in den Mittelpunkt zu stellen. Die wichtige soziale und pädagogische Arbeit von Trainer*innen im Ehrenamt und Hauptberuf wollen wir aufwerten.

Bei der Doping-Prävention und im Anti-Doping-Kampf stärken wir die NADA, und auf internationaler Ebene setzen wir uns für eine Athlet*innenvertretung bei der WADA ein sowie dafür, dass diese künftig unabhängig vom IOC finanziert wird. Auch Korruptionsskandale auf höchster Ebene der Sportfunktionär*innen sowie die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen den Spitzensport. Gerade beim Fußball gilt es, den Sport den Fans zurückzugeben. Deswegen sollen Transparenz und Good Governance auch im Sport vorangetrieben werden.

Wie wollen die Grünen das Gemeinnützigkeitsrecht reformieren?

Das Gemeinnützigkeitsrecht braucht eine Generalüberholung. Die Trennung zwischen Gemeinnützigkeit und politischem Engagement ist in einer Demokratie schlicht nicht möglich. Wer sich für unsere Demokratie einsetzt, sollte gefördert und nicht bestraft werden. Auch wenn die Frage der Gemeinnützigkeit auf dem ersten Blick eine steuerrechtliche ist, so geht die Bedeutung des Status der Gemeinnützigkeit im Alltag viel weiter. Es handelt sich um einen Status, der an vielen Stellen überhaupt erst Zugänge öffnet, insbesondere zu einer ausreichenden Finanzierung des Engagements. Gerade jetzt in Krisenzeiten sind viele Organisationen auf Spenden angewiesen.

Wir Grüne wollen eindeutig regeln, dass grundsätzlich auch die Einflussnahme auf die politische Willensbildung zu gemeinnützigen Zwecken erfolgen darf. Damit Initiativen und Verbände endlich Rechtssicherheit haben, sorgen wir für Klarheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Nicht nur die Förderung des demokratischen Staatswesens, sondern auch die Förderung tragender Grundsätze sollte klar gemeinnützig sein. Die Gemeinnützigkeit zusätzlicher Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der nationalen und internationalen Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von Diskriminierung wollen wir anerkennen und stärken. Auch der E-Sport soll gemeinnützig werden. Mit der Einführung einer Demokratieklausele stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen Debatten beteiligen können. Für mehr Transparenz sorgen wir mit einem Gemeinnützigkeitsregister und einfach handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur Offenlegung der Spendenstruktur.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



DEMOKRATIE UND BÜRGERRECHTE

gruene.de/demokratie-staerken

Wir stärken unser demokratisches Fundament und die Rechte der Bürger*innen. Denn nur so können wir gemeinschaftlich unsere Zukunft verhandeln und über die unser Leben betreffenden Belange entscheiden. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland und Europa ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen – so haben wir als demokratische Gesellschaft die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert. Wir wollen mit voller Gleichberechtigung, Transparenz und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie stärken und unsere Institutionen fit machen für die Aufgaben dieses Jahrzehnts.

Den **Bundestag als zentralen Ort für öffentliche Debatten und Entscheidungen unserer Demokratie wollen wir stärken und seine Arbeitsfähigkeit sicherstellen.** Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende Beratung und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Auch wollen wir eine Verkleinerung des Bundestags und ein faires Wahlrecht, bei dem jede Stimme gleich viel zählt.

Wir setzen uns für eine saubere Politik ein und für klarere gesetzliche Regelungen zur Lobbyarbeit und Parteienfinanzierung, um intransparenter Einflussnahme insbesondere von finanzstarken Playern entgegenzuwirken.

Beteiligungsmöglichkeiten wollen wir ausbauen, Bürger*innen-Expertise Raum geben und die demokratische Mitbestimmung gerade auch junger Menschen stärken.

Staat und Verwaltung sind für die Menschen da, nicht umgekehrt. Durch die Vorlage eines Bundestransparenzgesetzes werden wir **staatliche Datenbestände der Allgemeinheit nach den Prinzipien der Open Data zur Verfügung stellen.** So heben wir den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten, nicht-personenbeziehbaren Daten.

Wir streiten für das Recht auf Privatheit und einen umfassenden Datenschutz. Die informierte Einwilligung muss hierbei im Mittelpunkt bleiben. Wir werden **Verbesserungen des Datenschutzniveaus** schaffen, uns für eine Gesetzgebung einsetzen, die den Datenschutz ganzheitlich mitdenkt und die **Datenschutzaufsicht stärken**, um Beratung der Bürger*innen, wirtschaftliches Handeln und den Gesetzesvollzug abzusichern.

Wir setzen uns **gegen die anlasslose und sicherheitspolitisch kontraproduktive Massenüberwachung von Bürger*innen** ein. Für die Befugnisse der Nachrichtendienste werden wir den rechtsstaatlichen Goldstandard anlegen und für eine verbesserte Kontrolle auf Augenhöhe sorgen. Das gibt den Nachrichtendiensten auch die Chance, Vertrauen in ihre Arbeit zurückzugewinnen.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SORGEN WIR FÜR MEHR DEMOKRATIE

- ➡ Das gesetzliche **Lobbyregister** wollen wir nachschärfen. Mit einem legislativen Fußabdruck wird die Einflussnahme bei der Entstehung von Gesetzentwürfen umfassend und nachvollziehbar offenlegt. Ausnahmen im Lobbyregister wollen wir abschaffen und die Karenzzeiten für wirtschaftliche Lobbytätigkeit ausscheidender Regierungsmitglieder auf 2 Jahre ausweiten. Den bisher wirkungslosen Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung wollen wir härter machen.
- ➡ Mit einer **Wahlrechtreform**, die u.a. eine Reduzierung der Wahlkreise vorsieht, wollen wir eine wirksame Verkleinerung des Bundestages erreichen und gleichzeitig dafür sorgen, dass jede Stimme gleich viel wert ist. Frauen sollen überall gleichberechtigt vertreten sein, auch im Parlament. Deshalb treiben wir Parität per Gesetz voran und suchen dafür verfassungsfeste Lösungen. Um die Mitbestimmung junger Menschen zu stärken, wollen wir das Wahlalter in der nächsten Legislaturperiode auf 16 Jahre senken.
- ➡ Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die Repräsentanz. Mit **Bürger*innenräten** schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die Alltagsexpertise von Bürger*innen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Das **Petitionsrecht** wollen wir zu einem leicht zugänglichen Instrument für bessere Mitwirkung am demokratischen Prozess ausbauen.

- '''→ **Parteispenden** sollen auf natürliche Personen beschränkt und auf einen jährlichen Höchstbetrag von 100.000 Euro je Spender gedeckelt werden. Transparenzregelungen wollen wir strikter machen, und auch das Parteisponsoring regeln: hier sollen Zuwendungen ab dem ersten Euro veröffentlicht werden.
- '''→ Das Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) wollen wir zu einem **Transparenz-Gesetz** reformieren um die bestehenden Auskunftsansprüche auszuweiten. Die Prinzipien von **Open Data** wollen wir gesetzlich verankern.
- '''→ Statt immer neuer Befugnisse für Sicherheitsbehörden wollen wir die Forderung des Bundesverfassungsgerichts umsetzen, die Summe aller Überwachungsmöglichkeiten (so genannte „**Überwachungsgesamtrechnung**“) zu überprüfen und für Verhältnismäßigkeit sorgen. Gegen Vorratsdatenspeicherungen, flächendeckende Videoüberwachung wie auch biometrische Gesichtserkennung gibt es glasklare verfassungsrechtliche Grenzen.
- '''→ Den Einsatz biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise Gesichtserkennung, lehnen wir ebenso wie die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, generelle Hintertüren in digitalen Geräten und Anwendungen oder das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) ab.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeuten die Einschränkungen während der Corona-Pandemie für Bürgerrechte und Demokratie?

Die Verfassung mit ihren Grundwerten der Menschenwürde, dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Gleichheit und Diskriminierungsverboten sowie staatlichen Gewährleistungs- und Schutzpflichten gilt uneingeschränkt, auch in der Pandemie-Lage. Die Einschränkungen für unseren Alltag durch die Pandemie waren und sind zum Teil noch schwerwiegend. Darum müssen alle Maßnahmen vor dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse beurteilt und fortlaufend auf ihre Rechtsstaatlichkeit hin überprüft werden. Eingriffe in die Bürgerrechte müssen sich auf das unbedingt Notwendige beschränken, für den jeweils konkret zu benennenden legitimen Zweck geeignet und erforderlich sein und dürfen nicht länger aufrechterhalten werden als zwingend notwendig. Die grundlegenden Entscheidungen müssen im Parlament gefällt werden und dürfen nicht allein Regierungsverordnungen überlassen werden. Darauf haben wir im Bundestag seit Beginn der Pandemie laufend gedrängt. Und der Rechtsstaat funktioniert: Wo eingreifende Maßnahmen nicht ausreichend gerechtfertigt sind, werden sie von Gerichten auf Klagen der Betroffenen hin aufgehoben.

Wie stehen die Grünen zur Direkten Demokratie?

Wir sind für mehr Beteiligung und mehr Demokratie. Eine vielfältige Demokratie braucht Einmischung, Repräsentanz, Lust zur Auseinandersetzung und Kompromissfähigkeit. Deshalb setzen wir uns für Bürger*innenräte auf Bundesebene ein. Mit Bürger*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die Alltagserfahrung von Bürger*innen in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Auf Initiative der Regierung, des Parlaments oder eines Bürger*innenbegehrens beraten zufällig ausgewählte Menschen in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung. Sie erarbeiten Handlungsempfehlungen und geben Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. So können sich Menschen frei, gleich und fair eine Meinung bilden, unbeeinflusst von Lobbyinteressen. Das ist gerade in Zeiten starker Polarisierung und Pluralisierung wichtig, um unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass richtig gemachte Bürger*innenräte gesellschaftliche Gräben überwinden, aufgeheizte Debatten versachlichen und so großen Einfluss auf politische Debatten und Entscheidungen nehmen. Volksabstimmungen auf Bundesebene drohen dagegen, gesellschaftliche Spannungen zu verschärfen, weil sie nur eine Debatte über zwei Alternativen zulassen und damit polarisieren. Außerdem folgen sie dem Prinzip „The Winner takes it all“, was gerade bei knappen Entscheidungen nicht zu einer gesellschaftlichen Klärung in einer Sachfrage führt.

Warum wollen die Grünen keine Videoüberwachung oder Vorratsdatenspeicherung?

Bei der Videoüberwachung sehen auch wir Grüne in einigen Fällen sinnvolle Einsatzbereiche, etwa an neuralgischen Punkten in U-Bahnen und Bahnhöfen. Also überall dort, wo es nachweislich um besonders gefährliche oder sensible Gebiete geht. Videokameras können aber keine Straftaten verhindern, sondern nur helfen, diese aufzuklären.

Mit Videokameras an jeder Ecke drohen Formen der Massenüberwachung. Das wäre nicht verhältnismäßig und nicht rechtsstaatlich. In einer Demokratie müssen sich Menschen frei im öffentlichen Raum bewegen können. Die Massenüberwachung stellt Bürger*innen anlasslos unter Generalverdacht. Zudem fehlt der Nachweis der Effektivität von flächendeckender Videoüberwachung bis heute, nicht nur für Deutschland. Von der Flut von Daten, deren Auswertung zumeist noch nicht einmal etwas bringt, werden Sicherheitsbehörden von wichtigen anderen Aufgaben abgehalten.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



DIGITALISIERUNG UND NETZPOLITIK

gruene.de/digitalisierung

Digitalpolitik ist Gemeinwohlpolitik, denn es geht darum, eine der zentralen Infrastrukturen unseres Lebens, unserer Arbeitswelt und unserer Wirtschaft zu gestalten. Menschen nutzen soziale Netzwerke oder Lernplattformen, die Wirtschaft und die Arbeitswelt entwickeln sich digital weiter, Apps oder der digitale Impfpass erleichtern persönliche Treffen, Konzerte oder Reisen. Für all das wollen wir, dass es gute und sichere Angebote gibt und jede*r Apps, Netzwerke und Plattformen souverän nutzen kann. Wir wollen die Digitalisierung nachhaltig gestalten und die Verwaltung digital modernisieren.

Digitalisierung ist neben der Nachhaltigkeit die größte Transformation des 21. Jahrhunderts. Wir wollen sie so gestalten, dass sie gesellschaftliche Teilhabe, Freiheiten und ökologisch-soziale Innovationen ermöglicht.

Mit Digitalisierung ermöglichen wir Innovationen. Ob Künstliche Intelligenz, neue Arbeitsweisen oder digitale Gesundheitsanwendungen: Damit Ideen sich entwickeln können, brauchen wir eine starke **interdisziplinäre Zusammenarbeit** mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Insbesondere der Staat muss digitaler und bürger*innenorientierter werden. Es braucht aber als Grundvoraussetzung auch eine gute digitale Infrastruktur, also ein **lückenloses gutes Mobilfunknetz und Highspeed-Internet überall**.

Wir schützen Freiheiten und Bürger*innenrechte auch in der digitalen Welt. Souveränität und Nicht-Diskriminierung muss sichergestellt werden. Wir setzen uns für einen fairen Wettbewerb und europäischen Ordnungsrahmen für Plattformen wie Google oder Facebook ein und wollen neue Technologien wie Künstliche Intelligenz zum Wohle der Gesellschaft fördern. Algorithmische Entscheidungssysteme müssen transparent und diskriminierungsfrei sein. Zukunftstechnologien sollen hier nach unseren europäischen Werten entstehen.

Mit Digitalisierung fördern wir Nachhaltigkeit. Einerseits, indem wir mit digitalen Lösungen die sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Andererseits, indem wir etwa Soft- und Hardware oder Rechenzentren nachhaltiger gestalten.

DAS HABEN WIR VOR:**SO GESTALTEN WIR
DIGITALISIERUNG**

- ➡ Wir müssen bei der Digitalisierung schneller werden, neue Ideen wollen wir ausprobieren und mit innovativer Verwaltung in die Fläche zu den Bürger*innen bringen. Wir wollen etwa mit dem mobilen Personalausweis auf dem Smartphone für digitale Behördengänge oder die Steuererklärung, den Staat moderner und bürger*innenorientierter gestalten. Durch **gesetzliche IT-Sicherheitsstandards und voreingestellten Datenschutz** stellen wir sicher, dass Menschen die Kontrolle über ihre Daten und Geräte behalten. Wir setzen auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Anreize für beste IT-Sicherheit durch unabhängige Audierungen und Zertifizierungen und unterstützen KMUs mit einem unabhängigen IT-Beratungsnetzwerk.
- ➡ Wir setzen klare Verantwortlichkeiten auch in der digitalen Welt durch. Hersteller müssen sichere Geräte garantieren. Große Plattformanbieter kontrollieren wir mit einer **eigenständigen europäischen Digitalaufsicht**. Verbraucher*innen müssen Anbieter und Plattformen unkompliziert wechseln und zwischen diesen kommunizieren können. Wir schaffen für Künstliche Intelligenz je nach Risiken abgestufte klare Regeln und fördern mit Anonymisierung den verbesserten Datenzugang für eine starke KI-Entwicklung in Europa. **Hass und Hetze im Netz** begegnen wir mit verbesserter Strafverfolgung und zivilrechtlicher Durchsetzung für Betroffene.
- ➡ Wir wollen die Digitalisierung nach unseren Werten gestalten. Dafür brauchen wir starke Akteure in Deutschland und Europa. Die klügsten Köpfe wollen wir in Ökosystemen aus Wissenschaft und Anwendung hier halten. Wir machen **offene Standards** zum Normalfall bei der Vergabe öffentlicher Gelder und Aufträge und heben den Schatz von öffentlich geschaffenen Daten, indem wir diese zeitnah, kosten- und lizenzfrei zur Verfügung stellen. Dazu legen wir ein **Transparenzgesetz** vor. Wir stärken Startups mit einem Gründungskapital und modernen Ausschreibungskriterien. Die Zivilgesellschaft binden wir stärker ein und mit einer Strategie „Frauen in der Digitalisierung“ überwinden wir den gender-gap.
- ➡ Wir fördern digitale Anwendungen und technologische Lösungen, die Ressourcen schonen und den Umwelt- und Klimaschutz voranbringen. Alle Rechen- und Datacenter des Bundes stellen wir nachhaltig um. Fördergelder für digitale Projekte und Gründungen richten wir verstärkt an den **UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs)** aus. Mit Positivanreizen wie Zertifizierung und einem Recht auf Reparatur fördern wir nachhaltige Soft- und Hardware. Mit einer eigenständigen öffentlichen Förderstiftung unterstützen wir gemeinwohlorientierte Lösungen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet Datenschutz für eine innovative Digitalpolitik?

Dem Staat kommt eine wichtige Schutzverantwortung zu. Der Datenschutz schützt nicht die Daten, sondern die Grundrechte aller Bürger*innen. Außerdem ist hohe Daten- und IT-Sicherheit ein Standortfaktor. Digitale Souveränität erreichen wir nur mit mehr Transparenz und klaren rechtlichen Vorgaben für die Nutzung von personenbezogenen Daten und einer starken, unabhängigen Aufsicht. Datengetriebene Innovationen und Geschäftsmodelle brauchen rechtssichere und dynamische Bedingungen für die Nutzung von Daten und kein Wild West, in dem die Rechte der Menschen „second“ sind. Wir fordern und fördern unkomplizierten Datenschutz durch Technik (privacy by design, privacy by default). Unternehmen brauchen Rechtssicherheit in der Datennutzung, um neue Geschäftsmodelle entwickeln zu können. Deswegen setzen wir uns für Anonymisierungstechnologie und ein hohes Strafmaß bei Datenmissbrauch ein.

Wie machen die Grünen Tempo in der Digitalpolitik?

Wir wollen uns stark machen für eine absolute Priorisierung digitaler Vorhaben, agilere Verfahren in den Ministerien, ein eigenständiges Budget für Digitalvorhaben und Innovatoren in allen Ministerien. Dafür braucht es eine Kultur behördlicher Zusammenarbeit sowie innovative und flexible Arbeitsstrukturen. Die Digitalpolitik der Bundesregierung der letzten zehn Jahre krankte an komplizierten und ineffektiven Strukturen, Zuständigkeiten und an mangelnden Zukunftsideen, hinter denen sich die ganze Bundesregierung versammelt. Die Staatsministerin für Digitalisierung war weitestgehend blass.

Wie schaffen die Grünen Fortschritte beim Internetanschluss?

Wir wollen, dass Nutzer*innen einen Rechtsanspruch auf einen Internetanschluss bekommen, der mindestens die Download-Bandbreite liefert, die heute schon von der Mehrheit aktiv genutzt wird. Diese Bandbreite muss fortlaufend gesetzlich festgeschrieben und der Anspruch darauf leicht und unbürokratisch durchgesetzt werden können, auch in ländlichen Regionen. Unser Ziel ist schnelles, kostengünstiges und zuverlässiges Glasfaserinternet in jedem Haus. Wir vereinfachen die Ausschüttung von Fördergeldern, stärken den offenen Zugang zum bestehenden Glasfasernetz und bauen Blockaden ab, um den Ausbau zu beschleunigen. Regionale Infrastrukturgesellschaften sollen den Glasfaserausbau vorantreiben. Auch Mobilfunk gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Die Mobilfunkunternehmen müssen ihre Verpflichtungen bezüglich der Flächenabdeckung einhalten. Insbesondere die Versorgung der Bahnstrecken und Straßen muss dringend so verbessert werden, dass sie den heutigen Nutzungsgewohnheiten entspricht.

Wie stehen die Grünen zu Uploadfiltern?

Wir wollen eine stärkere Verantwortung der Diensteanbieter für Anwendungen der künstlichen Intelligenz, für autonome und automatisierte Entscheidungssysteme und für die Inhalte auf ihren Plattformen. Dafür sind schnelle und effektive Technologien unablässig. Wir setzen uns für einen risikobasierten Ordnungsrahmen ein. Eine automatische Parkplatzvergabe ist nicht so sensibel wie etwa die Vergabe von Sozialleistungen. Sie müssen dementsprechend unterschiedlich geregelt werden. Automatische Prüfungen von Inhalten können hilfreich sein. Da die Technik allerdings fehleranfällig ist und Grundrechte betroffen sind, lehnen wir eine grundsätzliche Verpflichtung zum Einsatz von Uploadfiltern ab.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



DROGENPOLITIK

[gruene.de/drogen](https://www.gruene.de/drogen)

Wir stehen für eine humane Drogen- und Suchtpolitik, die Drogen weder verharmlost noch ideologisch verteufelt, und stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt. Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen. Die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener wollen wir stärken, ebenso wirksame Prävention. Konsument*innen sollen nicht länger kriminalisiert werden, stattdessen benötigen Abhängige Hilfe. Wir wollen Drogen nach ihren Risiken regulieren.

Unser Ziel ist eine glaubwürdige, faktenbasierte Drogenpolitik, die die Menschen ernst nimmt. Gesundheitsschutz sowie der Schutz von Kindern und Jugendlichen stehen dabei im Mittelpunkt. Wir schaffen Regeln, die verständlich sind, die unterschiedlichen gesundheitlichen Risiken von Drogen berücksichtigen und keine zusätzlichen Risiken schaffen.

Die bisherige Drogenpolitik hat einen Schwarzmarkt entstehen lassen, auf dem Drogen unkontrolliert zugänglich, Kinder und Jugendliche ungeschützt und gewaltsame Strukturen oftmals Grundlage sind. Außerdem bindet der repressive Ansatz, Drogenkonsument*innen zu verfolgen, bei Polizei und Staatsanwaltschaften Kräfte, die an anderer Stelle fehlen.

Viele der gesundheitlichen Risiken sind **Folgen der Kriminalisierung von Drogen und ihres Handels auf dem Schwarzmarkt**. So schwanken die Wirkstoffkonzentrationen zwischen fünf bis 60 Prozent, Dealer*innen benutzen alles Mögliche, von Glas über Mehl bis hin zu Blei, um das Volumen zu strecken und so noch mehr Geld zu verdienen, und verunreinigte, mehrfach benutzte Spritzen übertragen gefährliche Infektionen.

Grüne Drogenpolitik beruht auf den drei Säulen **Prävention, Regulierung und Schadensminderung**. Wir setzen auf glaubwürdige Prävention und wollen die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener stärken. Kinder und Jugendliche schützen wir mit unserer Politik wirksam vor Drogen, es soll für sie nicht geworben werden. Wer Drogen wie Alkohol, Cannabis oder Tabak an Kinder oder Jugendliche verkauft, muss bestraft werden.

Wir schützen das **Selbstbestimmungsrecht** der Menschen und verringern die gesundheitlichen Risiken, die mit dem übermäßigen bzw. gesundheitlich riskanten Drogenkonsum verbunden sind. Menschen, die Drogen gebrauchen, sollen nicht länger kriminalisiert werden. Psychoakti-

ve Substanzen werden wir nach ihren gesundheitlichen Risiken regulieren. Ausschlaggebend sollen die gesundheitlichen Risiken sein, die ein regelmäßiger Konsum mit sich bringt.

Abhängige und andere Menschen mit riskantem Drogengebrauch brauchen unsere **Hilfe** und unsere Akzeptanz. Sie brauchen eine gute Gesundheitsversorgung und wirksame Behandlungsmöglichkeiten. Drogenkonsument*innen müssen sicher sein können, dass ihre Drogen nicht verunreinigt sind.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SCHAFFEN WIR KLARE REGELN IN DER DROGENPOLITIK

- ➡ Wir wollen den Schwarzmarkt für Cannabis austrocknen und die organisierte Kriminalität zurückdrängen. Dazu werden wir ein **Cannabiskontrollgesetz** einführen. Es ermöglicht die legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften. Gleichzeitig wollen wir ein reguliertes und überwacht System für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis schaffen. So soll endlich echter Verbraucher*innen- und Jugendschutz sowie die Suchtprävention zum Tragen kommen.
- ➡ Wir wollen keine neuen Verbote und Konsument*innen von Drogen nicht länger kriminalisieren. Damit werden auch **Polizei und Staatsanwaltschaften entlastet**. Es werden finanzielle Mittel frei, die für Prävention, Schadensminderung und bessere Therapieangebote eingesetzt werden können.
- ➡ Wir ermöglichen so genanntes **Drugchecking**. Dabei sollen Konsument*innen, zum Beispiel in Clubs, psychoaktive Substanzen auf gefährliche Inhaltsstoffe oder Beimengungen kontrollieren lassen können. Damit werden die bestehenden gesundheitlichen Risiken dieser Substanzen zu einem Teil eingeschränkt, Vergiftungen oder Überdosierungen reduziert.
- ➡ Wir wollen Kommunen Modellprojekte ermöglichen und sie unterstützen, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen. Dazu zählen etwa aufsuchende Sozialarbeit, Substanzeanalysen, Substitutionsprogramme auch in Haftanstalten und Angebote für Wohnsitzlose sowie die bessere Vermittlung in ambulante und stationäre Therapie.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Cannabis ist Grund Nummer Eins, warum Jugendliche eine Suchtberatungsstelle aufsuchen. Wie wollen die Grünen dagegen vorgehen?

Wir brauchen endlich einen funktionierenden Jugendschutz. Niemand auf dem Schwarzmarkt fragt nach dem Ausweis. Die kontrollierte Abgabe ist also gerade eine Möglichkeit, den Jugendschutz auch effektiv durchzusetzen. Auf einem regulierten, legalen Markt wird der Erwerb oder Besitz von Cannabis für Menschen unter 18 Jahren gesetzlich untersagt, ähnlich den heutigen Regularien bei hartem Alkohol. Zudem wollen wir strenge Regelungen zum Jugendschutz einführen, beispielsweise ein Verbot, Cannabisfachgeschäfte zu betreten.

Was sagen die Grünen zu den Gefahren von Cannabis?

Cannabis ist nicht harmlos. Es handelt sich um einen Stoff, der bei sehr häufigem und übermäßigem Gebrauch zu gesundheitlichen Schäden führen kann. Und es gibt Anzeichen dafür, dass riskanter (also hochfrequenter) Konsum von Cannabis zu einer psychischen Abhängigkeit führen kann.

Ob Cannabis zu psychischen Erkrankungen führt, ist wissenschaftlich umstritten. Doch gerade, wenn sich solche Erkenntnisse bestätigen sollten, macht das die Forderung nach einem wirksamen Jugendschutz durch einen regulierten Cannabismarkt umso dringlicher.

Wie würde sich die Legalisierung von Cannabis auf den Konsum in Deutschland auswirken?

Daten der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) zeigen, dass es keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen der nationalen Rechtslage und dem jeweiligen Cannabiskonsum gibt. In Italien ist beispielsweise die Konsumrate nach einer Strafverschärfung angestiegen, in Griechenland trotz einer Lockerung der Strafvorschriften gesunken. Vielmehr sind offenbar kulturelle und andere Faktoren für die Entwicklung der Konsumraten ursächlich.

Anhand der Erfahrungen mit ähnlichen Liberalisierungen von Cannabis in Ländern wie Portugal, Schweiz, den Niederlanden oder Tschechien ist davon auszugehen, dass auch die kontrollierte Abgabe in Deutschland nicht zu einer Ausweitung des Konsums führen wird. In den USA wurde in den 1970er Jahren in manchen Bundesstaaten der Besitz von einer geringfügigen Menge (30g) straffrei gestellt. In den folgenden Jahren war der Anstieg des Konsums geringer als in den Bundesstaaten mit einer härteren gesetzlichen Regelung. In Deutschland zeigt sich ebenfalls kein Zusammenhang zwischen der Verfolgungsintensität in den Bundesländern und der jeweiligen Intensität des Cannabisgebrauches.

Wir wollen zudem die Auswirkungen des Kontrollgesetzes regelmäßig evaluieren, um so möglichen Fehlentwicklungen rechtzeitig begegnen zu können.

Das Gras von heute ist nicht mehr das Gras von 1968, sondern viel potenter. Wie gehen die Grünen damit um?

In der Tat ist seit einigen Jahren ein Anstieg des Wirkstoffgehaltes bei beschlagnahmtem Cannabis zu erkennen. Auch dies zeigt, dass der Schwarzmarkt zu einer gesundheitlichen Gefährdung der Benutzer*innen führt. Nur auf einem regulierten legalen Markt gibt es wirksame Vorgaben für den Gesundheitsschutz. Hierdurch lassen sich THC-Gehalt und die Reinheit der Substanz klar vorgegeben und wird für Konsument*innen durch die Deklaration sofort offensichtlich.

Was ist denn mit anderen Drogen wie Heroin oder Kokain?

Diese Substanzen haben ein bedeutend höheres Risikoprofil als Cannabis. Es muss für jede Substanz einzeln entschieden werden, wie mit ihr umgegangen werden soll. Eine wichtige Entscheidungsgrundlage für uns ist die Gefährlichkeit eines Stoffes. Was wir für Cannabis wollen kann deswegen nicht einfach auf andere Substanzen übertragen werden.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



EINWANDERUNGS- POLITIK UND INTEGRATION

gruene.de/einwanderung

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Und Deutschland ist auf Einwanderung angewiesen. Menschen, die zum Studium, zur Ausbildung oder zum Arbeiten zu uns kommen, sollen nicht jahrelang auf ihr Visum warten müssen. Deshalb wollen wir eine einladende Einwanderungspolitik, die sich nicht nur auf ökonomische Beweggründe stützt, sondern mit einem fairen Punktesystem die Interessen und Talente der einwandernden Menschen berücksichtigt. Wir gestalten eine chancengerechte Einwanderungsgesellschaft und erleichtern Einbürgerungen von Menschen, die hier leben.

Deutschland ist auf Einwanderung angewiesen, doch bis heute fehlen eine aktive Einwanderungspolitik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich fördert und nicht komplizierter macht. **Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft und das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet.** Dafür soll auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs eine punktebasierte Talentkarte eingeführt werden.

Integration ist der erste Schritt auf dem Weg zu gleichen Teilhabechancen. Das **Ankommen in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger hier leben** und gelingt nur, wenn alle zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg einschlagen. **Für das Zusammenleben sind die Werte des Grundgesetzes die Grundlage.** Das Erlernen der deutschen Sprache ist essentiell, deshalb ist **Zugang zu und Teilnahme an Sprachkursen so wichtig.**

DAS HABEN WIR VOR:**SO GESTALTEN WIR
EINWANDERUNG**

- ➡ Wir stehen für eine aktive, faire und transparente **Einwanderungspolitik**. Deshalb wollen wir Visaverfahren und die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse beschleunigen. Außerdem gründen wir eine Einwanderungskommission, die flexibel auf die Bedarfe des Arbeitsmarktes in Deutschland, aber auch in den Herkunftsstaaten reagiert. Sie soll dem Bundestag jährlich die Anzahl von punktebasierten Talentkarten vorschlagen, mit denen Menschen zu uns kommen können. Auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs schaffen wir so Zugangswege auch im gering- oder unqualifizierten Bereich. Durch Stipendien und Ausbildungsvisa stärken wir die Bildungsmigration.
- ➡ Weil das Erlernen der deutschen Sprache für die **Integration** essentiell ist, wollen wir, dass alle Migrant*innen und Geflüchteten von Anfang an ein Recht auf kostenfreie, gut erreichbare Sprach- und Integrationskurse haben. Genauso wichtig für eine gelingende Integration sind eine dezentrale Unterbringung, ein breites Beratungsangebot gerade auch für Familien sowie der unterschiedslose Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen sowie zu Kitas, Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit. Zudem wollen wir auf europäischer Ebene einen **kommunalen Integrationsfonds auflegen**, um EU-weit das Ankommen in den Kommunen direkt zu unterstützen.
- ➡ Die mehr als 200.000 Geduldeten in Deutschland, darunter viele Kinder und Jugendliche, leben ohne **sicheres Bleiberecht** über viele Jahre in einem Zustand der Perspektivlosigkeit. Wir wollen die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen, deshalb möglichst auf null reduzieren. Für diese Menschen wollen wir bereits nach fünf statt erst nach acht Jahren Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen bereits nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen.
- ➡ Wir wollen, dass die deutsche **Staatsbürgerschaft** erhält, wer in Deutschland geboren wird und wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt hier hat. Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser Gesellschaft geworden sind, wollen wir schneller einbürgern. Nach fünf Jahren legalem Aufenthalt in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können. Den Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit anerkennen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie wird dafür gesorgt, dass Deutschland anderen Ländern nicht deren Fachkräfte abwirbt und dort eine Lücke entsteht?

Weil diese Gefahr besteht, haben wir in unserem Einwanderungsgesetzentwurf einen Nachhaltigkeitsgrundsatz verankert: Unser Konzept sieht vor, dass Staatsangehörige von Ländern, denen die UN einen „kritischen Mangel“ etwa an Gesundheitspersonal bescheinigt, vorläufig keine „Talentkarte“ erhalten. Ein entsprechendes Monitoring der Fachkräfte-Anwerbung soll die von uns geplante Einwanderungskommission übernehmen.

Wodurch unterscheiden sich Asylrecht und Einwanderungsrecht?

Den Unterschied zwischen Einwanderungsrecht und Asylrecht wollen wir nicht aufgeben. Im Gegensatz zu humanitären Aufenthaltsgründen (Asyl, humanitäre Visa, Duldung) geht es bei der Talentkarte darum, Menschen fair und selbstbestimmt nach bestimmten Kriterien einen Aufenthaltstitel für Arbeit, Studium oder Ausbildung zu ermöglichen.

Beim sogenannten Spurwechsel handelt es sich um die Frage, wann und ob der Zweck des Aufenthalts gewechselt werden kann, etwa von der Asylantragsstellung zur Ausbildung. Um qualifizierte Arbeitskräfte an Deutschland zu binden, macht die Flexibilisierung eines solchen Wechsels Sinn. Wir wollen jedoch, dass der Spurwechsel aus dem Asylverfahren heraus nur nach individueller Prüfung stattfindet. Es soll dafür also keinen Automatismus geben. Es geht insbesondere um Menschen, die die Voraussetzungen anderer Aufenthaltstitel erfüllen, etwa aufgrund eines im Heimatland oder in Deutschland erworbenen Berufsabschlusses.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



ENERGIEPOLITIK

gruene.de/energie

Wir schaffen Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien. Sie sind das Fundament einer wirksamen Klimapolitik. Wir bringen Strom, Wärme, Verkehr und Industrie zusammen und verzahnen sie. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das zukünftige Energiesystem auf Sonnen- und Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine neue Mobilität mit E-Autos, der Bahn oder dem Rad. Statt Öl- und Gasheizungen werden Wärmepumpen, Abwärme oder Solarthermie die Heizquellen von morgen. Die Zukunft wird damit leiser, sauberer und gesünder.

Für Klimaneutralität werden wir unsere Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umstellen. Denn wir brauchen die Erneuerbaren, um all unsere Lebensbereiche, Wirtschaft und Industrie nach und nach immer klimafreundlicher zu gestalten. Doch auch in einer Welt der Erneuerbaren ist Energie ein wertvolles Gut, mit dem wir sparsam und effizient umgehen müssen.

Für uns ist klar: **Klimaschutz muss für alle und überall möglich und bezahlbar sein.** Denn für den Umbau in eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaftsweise brauchen wir jede und jeden. Nur dann, wenn wir die Veränderungen für alle Menschen tragbar und attraktiv machen, werden wir auch echten Klimaschutz erreichen.

Wir werden den **Ausbau der Erneuerbaren massiv beschleunigen.** Daran hängen die Zukunft des Industriestandortes Deutschland und unsere Versorgungssicherheit. Wind- und Sonnenenergie sind dabei die tragenden Säulen. Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von mindestens 5 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035. Bei Solar werden wir den Ausbau von beginnend 10 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 2020er. Mit verlässlichen Rahmenbedingungen für **Planungs- und Investitionssicherheit** kurbeln wir den Ausbau an und beseitigen bestehende. Bürgerinnen und Bürger sollen wieder aktiv an der Energiewende beteiligt werden und davon profitieren können. Den Kohleausstieg wollen wir auf 2030 vorziehen.

Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, setzen wir auf ein **Marktdesign, das die Rahmenbedingungen für ein klimaneutrales Energiesystem richtig setzt**: Es sichert den schnellen und günstigen Ausbau der Erneuerbaren, den wirtschaftlichen Betrieb von Speichern und einen ausreichenden Netzausbau. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen, wird es nur noch geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden.

DAS HABEN WIR VOR:

FÜR EINE GRÜNE ENERGIEWENDE

- ☛ Solarenergie kann schnell und einen relevanten Teil beim Ausbau der Erneuerbaren stemmen. **Wir werden Solar zum Standard machen und in den nächsten vier Jahren für 1,5 Millionen Dächer mit Solaranlage sorgen**: beginnend mit Neubauten sowie öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie bei Dachsanierungen. In der Fläche wollen wir neben Autobahnen, Schienen, über Parkplätzen oder in Verbindung mit landwirtschaftlicher Nutzung neue Solaranlagen entstehen lassen.
- ☛ Windenergie kann günstig und verlässlich große Mengen an sauberem Strom liefern. **Wir wollen ein bundesweites Flächenziel von 2% der Landesfläche verankern**, zu dem alle Bundesländer beitragen. Die Planungen und Genehmigungen werden wir durch frühzeitige Bürger*innenbeteiligung, die Bündelung von Verfahren und mehr Personal beschleunigen.
- ☛ Um unsere Industrie, den Schiffs- und Flugverkehr zu dekarbonisieren, brauchen wir grünen Wasserstoff aus Erneuerbaren. **Mit Förderprogrammen und Anreizen sorgen wir für mehr Kapazitäten bei der Wasserstoffherstellung**. Dennoch wird der Import von grünem Wasserstoff notwendig sein. Dieser muss fair und ökologisch gestaltet werden.
- ☛ Für unsere Klimaziele ist ein **Ende der Kohleverstromung bereits 2030 notwendig**. Dies lässt sich am besten über den EU-Emissionshandel regeln. Klar ist auch: Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause verlassen müssen.
- ☛ Wir **vollenden den Atomausstieg** und bekennen uns zum verabredeten Pfad der Endlagersuche mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung. Der Rückbau der bestehenden Atomkraftwerke muss schleunigst und ohne Zeitverzögerung auf höchstem Sicherheitsniveau erfolgen. Die Atomfabriken in Gronau und Lingen wollen wir schnellstmöglich schließen. Auch in der EU werden wir den Einstieg in den Atomausstieg vorantreiben.

☞ **Auch unsere Gebäude wollen wir schnellstmöglich klimaneutral machen.** Dreh- und Angelpunkt sind hohe Bau- und Sanierungsstandards. Beim Heizen wollen wir Erneuerbare einsetzen, wo immer möglich. Dafür legen wir ein Investitionsprogramm für 2 Millionen Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren. Durch gezielte Förderung und eine faire Aufteilung der Kosten sorgen wir dafür, dass es bei der Wärmewende sozial gerecht zugeht.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Ist Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien möglich?

Ja. Erneuerbare Energien sichern bereits heute fast 50 Prozent unserer Stromversorgung. Eine Vielzahl von Studien belegt, dass ein sicheres Energieversorgungssystem auf der Basis von 100 Prozent Erneuerbaren gestaltet werden kann.

Dafür muss das Energiemarktdesign reformiert werden – das Grundgerüst für Erzeugung, Transport und Verbrauch von Energie in den verschiedenen Sektoren. Der Verbrauch muss sich flexibel und intelligent an der Verfügbarkeit sauberen Stroms orientieren. Die Nutzung von Speichern gilt es rentabel zu machen, um die Schwankungen im Stromangebot auszugleichen. Die Zusammensetzung des Strompreises muss reformiert werden.

Für eine sichere Energieversorgung brauchen wir ausreichend Stromleitungen, deshalb wollen wir ihren Bau beschleunigen. Und für die wenigen Stunden, in denen Sonne und Wind gleichzeitig Pause machen und die Speicher sich leeren, sollen mit grünem Wasserstoff betriebene Gaskraftwerke als Backup zur Verfügung stehen. Daher ist es bereits heute wichtig, dass bei allen Infrastrukturprojekten mitgedacht wird, ob sie im Energiesystem der Zukunft gebraucht werden. Gasinfrastruktur zum Beispiel, muss auf grünen Wasserstoff umstellbar sein.

Wieso geht es auch in Baden-Württemberg mit dem Windkraftausbau nicht voran?

In ganz Deutschland sind die Probleme die gleichen: Egal, wer auf Landesebene jeweils regiert, liegen wir bei der Windenergie weit unter den Zubauraten, die wir eigentlich brauchen. Denn die zentralen Rahmenbedingungen werden vom Bund vorgegeben. Union und SPD haben in den vergangenen acht Jahren aber den Ausbau der Erneuerbaren Energien systematisch kaputt gemanagt. Die Folge: Während 2017 bundesweit noch über 1800 neue Windkraftanlagen in Betrieb genommen wurden, waren es 2019 bereits unter 300. Dagegen ist auch mit der besten Landespolitik kein Kraut gewachsen. In Baden-Württemberg sind Windparks bei der bundesweiten Ausschreibung sogar abgelehnt worden. Diese Politik der Großen Koalition hat auch erhebliche wirtschaftliche Folgen: In der Windbranche sind zwischen 2016 und 2017 allein 26.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Und es steht zu befürchten, dass diese Zahl nach 2017 noch um 40.000

weitere gewachsen ist. Nach der Bundestagswahl muss sich das endlich ändern. In den Ländern tun wir bereits jetzt schon alles, was möglich ist. Winfried Kretschmann hat etwa gerade erst im neuen Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass in Baden-Württemberg die Voraussetzungen für den Bau von bis zu 1.000 neuen Windkraftanlagen geschaffen werden – durch eine Vergabeoffensive für die Vermarktung von Staatswald- und Landesflächen für die Windkraftnutzung.

Wieso gelten in Brandenburg ähnliche Abstandsregelungen bei Windrädern wie in NRW oder Bayern, obwohl die Grünen dort doch mitregieren?

Das ist falsch. In Brandenburg wurde im Koalitionsvertrag eine Vereinbarung getroffen, die sehr viel flexibler ist als die 10h-Regelung in Bayern oder aber die Abstandsregelung in NRW. Zudem einigten sich die Brandenburger Koalitionspartner auf eine Überarbeitung des Regionalisierungskonzeptes, um die Ausbauziele zu erreichen. Die beschlossenen Abstände in Brandenburg beziehen sich auf geschlossene Siedlungen und nicht auf Kleinstbesiedlungen. Das heißt, dass Splittersiedlungen eben nicht unter die geltenden 1.000 m Abstand fallen und entsprechend Brandenburger Kommunen sehr wohl Windbebauungspläne mit kürzeren Abständen ermöglichen können. In der Konsequenz steht in Brandenburg weiterhin genug Fläche für den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren bereit, was in Bayern und NRW dagegen nicht der Fall ist.

Wie wirken sich die Maßnahmen der Grünen auf die Strompreise aus?

Perspektivisch machen die Erneuerbaren den Strom sogar günstiger, schließlich stehen uns Sonne und Wind nahezu unbegrenzt zur Verfügung.

Wir haben als einzige Partei ein konkretes Konzept, wie ambitionierter Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Wir sorgen dafür, dass Klimaschutz für alle möglich und bezahlbar ist. Die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis geben wir vollständig an alle Bürgerinnen und Bürger zurück: als Energiegeld, das an jeden und jede als Pauschale ausgezahlt wird sowie über niedrigere Strompreise, indem wir die EEG-Umlage senken. Wer wenig fossile Energie verbraucht, hat am Ende des Jahres ein Plus. Das Energiegeld kommt daher vor allem Familien und Menschen mit geringem Einkommen zugute, denn gerade sie verbrauchen sehr viel weniger CO₂ als Menschen mit hohem Einkommen.

Das stärkste Instrument für günstige Strompreise ist der schnelle und massive Ausbau von erneuerbarer Energie, denn durch einen steigenden Anteil der Erneuerbaren im Angebot sinkt der Börsenstrompreis spürbar. Die Bestandteile des Strompreises – Steuern, Abgaben und Umlagen – werden wir so reformieren, dass es sich finanziell lohnt, Erneuerbare in den verschiedenen Sektoren, sei es Verkehr oder Wärme, zu nutzen und Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden kann.

Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



ERNÄHRUNG

gruene.de/ernaehrung

Gutes Leben fängt mit gutem, gesundem Essen an. Immer mehr Menschen möchten sich besser ernähren. Dafür muss es auch für alle bezahlbar sein. Wir unterstützen das und sorgen dafür, dass alle Menschen sich überall mit gutem, gesunden Essen, mit regionalen und ökologisch erzeugten Lebensmitteln versorgen können – im Supermarkt, unterwegs, in Krankenhäusern und Kantinen. Kinder sollen in Kitas und Schulen mit gutem und gesundem Essen versorgt werden. Gegen Lebensmittelverschwendung wollen wir entschlossen vorgehen.

Die fortschreitende Industrialisierung der Lebensmittelproduktion geht auf Kosten von Umwelt, Klima und unserer Gesundheit. Für uns ist klar: Pestizide, Antibiotikarückstände, zu viel Zucker und Salz haben in unserem Essen nichts verloren.

Wir wollen gutes, gesundes und bezahlbares Essen für alle. Wir setzen auf Vielfalt aus der Region, auf Nachhaltigkeit und Geschmack. Die Nachfrage nach regionalen und ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt – wir wollen diesen Trend unterstützen und Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Kantinen den Umstieg auf mehr regionales und Bio-Essen erleichtern.

Gutes Essen beginnt bei den Kleinsten: Wir wollen, dass Kinder zu ihrem Recht auf gutes Essen kommen – durch eine gesunde und leckere Kindergarten- und Schulverpflegung für alle. Kinder verdienen besonderen Schutz. Wir wollen sie vor aggressivem Marketing für vermeintlich gesunde Kinderlebensmittel schützen und wollen, dass sie endlich auch stärker bei den Grenzwerten für Schadstoffe berücksichtigt werden.

Wissen, was drin ist: Verbraucher*innen sollen im Supermarkt nicht Sherlock Holmes spielen müssen, sondern auf Anhieb erkennen können, was in den einzelnen Lebensmitteln drin steckt. Wir wollen sie umfassend und verständlich informieren – über Nährwerte, Herkunft der Lebensmittel und Art der Tierhaltung.

Sicherheit geht vor: Bei der Lebensmittelsicherheit setzen wir auf strenge gesetzliche Vorgaben und Kontrollen für den Einsatz von Antibiotika und Pestiziden. Denn sichere Lebensmittel müssen zur Selbstverständlichkeit werden.

Gutes Essen für den Klimaschutz: Den Klimaschutz unterstützen kann man auch, indem weniger tierische Produkte produziert und konsumiert werden. Wer was isst, ist eine Entscheidung jedes und jeder einzelnen. Aufgabe von Politik ist es aber, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Ernährung macht immerhin ein Fünftel unserer persönlichen Klimabilanz aus. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und für alle zugänglich machen.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SORGEN WIR FÜR GUTE UND GESUNDE LEBENSMITTEL

- ➡ **Gut essen einfach machen:** Gesunde Ernährung soll einfacher werden. Dafür nehmen wir mit einer Ernährungsstrategie die gesamte „Ernährungsumgebung“ in den Blick: Angebot und Werbung, klare Kennzeichnung und faire Preisgestaltung. Wir führen verbindliche Reduktionsziele für Zucker, Salz und Fett in Fertiglernsmitteln ein, entwickeln das bisher freiwillige Nährwertkennzeichen „Nutri-Score“ weiter und setzen klare Vorgaben für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder richtet. Gleichzeitig verbessern wir das Essensangebot in Kitas, Schulen, Mensen und anderen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung.
- ➡ **Mehr Bio- und regionale Lebensmittel in Kita, Schule und Kantine:** Für die Umstellung auf gesundes Essen mit regionalen und Bio-Lebensmitteln stellen wir Fördermittel zur Verfügung. Die Vernetzungsstellen sollen nicht nur Kitas und Schulen beim Thema gesunde und nachhaltige Verpflegung unterstützen, sondern auch Pflegeheime, Krankenhäuser und Kantinen. Verbindliche Standards sollen eine gute Essensqualität garantieren.
- ➡ **Klare Lebensmittelkennzeichnung:** Gutes, gesundes und nachhaltig produziertes Essen muss für jede und jeden leicht erkennbar sein. Daher werden wir eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für tierische Produkte einführen. Damit können die Verbraucher*innen sofort die Art der Tierhaltung erkennen. Außerdem wollen wir die Herkunft von Lebensmitteln transparenter darstellen, so sollen etwa enthaltene Allergene besser gekennzeichnet werden. Auf EU-Ebene setzen wir uns für die verbindliche Einführung und Weiterentwicklung des Nutri-Scores ein. Herkunfts- und Regionalkennzeichnung werden wir verbessern. Ein Hygienebarometer soll anzeigen, wie sauber Lebensmittelbetriebe, Gaststätten und Imbisse arbeiten.

➡ **Weniger Lebensmittel verschwenden:** Um das weltweite Ziel der Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu erreichen, werden wir mit einem „Rettet-die-Lebensmittel-Gesetz“ verbindliche Reduktionsziele einführen und Lebensmittelhandel und -produzent*innen verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben statt wegzuerwerfen. Außerdem soll künftig gelten: Wer Lebensmittel aus dem Müll rettet, also „containert“, darf nicht bestraft werden.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet das für Verbraucher*innen?

Wir wollen, dass Verbraucher*innen ein gutes und vielfältiges Angebot haben. Es muss leichter werden, sich für gesunde, regionale und ökologische Lebensmittel zu entscheiden. Deshalb fordern wir klare Kennzeichnungen: Wer einkauft, soll wissen, was drin ist und woher die Lebensmittel kommen. Manche Dinge gehören allerdings verboten: Tierquälerei, Naturzerstörung und schädliche Stoffe im Essen. Dazu kommt: Ein Umsteuern bei unseren Essgewohnheiten ist unausweichlich, um unsere Ziele beim Klimaschutz zu erreichen. Unsere Ernährung macht ein Fünftel unserer persönlichen Klimabilanz aus. Dabei ist vor allem der Fleischkonsum ein Treiber, da Fleisch eine sehr viel schlechtere Klimabilanz hat als beispielsweise Gemüse. Auch für unsere Gesundheit empfehlen Ernährungswissenschaftler*innen, Ärztinnen und Ärzte mehr Gemüse und Getreideprodukte. Bei Fleischproduktion und -konsum gilt also Klasse statt Masse. Weniger Fleisch hat sich zu einem Trend entwickelt. Das unterstützen wir, indem wir fleischlose Alternativen zugänglicher und bei Fleisch die Qualität besser erkennbar machen. In Kitas, Schulen und Kantinen wollen wir mehr Ernährungsvielfalt, auch mit Angeboten für Vegetarier*innen und Veganer*innen erreichen. Außerdem wollen wir die Forderung der EU-Kommission, Umweltfolgekosten auch im Lebensmittelbereich steuerlich zu berücksichtigen, mit einer ökologischen Steuerreform aufgreifen, damit sich auch bei pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln der Preis ökologisch und sozial gerecht darstellt.

Wie wirkt sich das auf den Preis des Essens aus?

Wir wollen gutes Essen zu fairen Preisen, die sich Verbraucher*innen leisten können und Bäuer*innen ihr Auskommen sichert. Viele Menschen haben genug von Skandalen und Gift im Essen. Sie sind bereit, für gutes und gesundes Essen einen fairen Preis zu zahlen. Das hat bei den Eiern geklappt – heute sind fast alle Eier aus Freilandhaltung. Der von uns vorgeschlagene „Tierschutz-Cent“ für den Umbau der Tierhaltung würde einen Liter Milch um ca. 2 Cent teurer machen, eine Packung Butter um 4 Cent. Gleichzeitig hilft er aber entscheidend, eine tiergerechte Haltung in der Landwirtschaft umzusetzen. Für Menschen mit wenig Geld ist das kein Klacks. Die fünf Euro täglich, die derzeit im Hartz-IV-Satz für Lebensmittel berechnet werden, sind schlicht zu wenig. Für alle Menschen in Deutschland muss es möglich sein, sich gut und

gesund zu ernähren. Kostensteigerungen wollen wir durch einen höheren Mindestlohn und für diejenigen, die Sozialleistungen beziehen, durch höhere Regelsätze und die Einführung einer neuen Berechnungsmethode im Rahmen der Grünen Garantiesicherung berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir gutes Kita- und Schulessen fördern. Davon profitieren gerade Kinder aus ärmeren Familien.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



EUROPA

gruene.de/europa-zusammenhalt

Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in einer starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zusammenbringt und die von ihren Bürger*innen aktiv mitgestaltet wird. Darum denken wir unsere Demokratie konsequent europäisch, wollen diese vertiefen, lähmende Blockaden strukturell überwinden – und so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist die **Föderale Europäische Republik**.

Wir wollen die **öffentliche Diskussion in und über Europa stärken**. Ein zusammenwachsendes Europa braucht Orte, an denen seine Bürger*innen zusammenkommen können, um sich zu informieren, zu partizipieren und zu diskutieren. Wir können nur mit einer breiten Zustimmung der Bürger*innen Europas erfolgreich sein. Dafür müssen wir die Bürger*innen mehr beteiligen.

Wir wollen die **europäische parlamentarische Demokratie stärken und verteidigen**: Als einzige direkt gewählte EU-Institution soll das Europäische Parlament der zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen werden. Wir wollen, dass die EU ihre Bürger*innen besser gegen Verstöße und Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch autoritäre Mitgliedstaaten schützen kann.

Wir brauchen **mehr Transparenz und Rechenschaft bei politischen Entscheidungen**. Die Menschen in Europa müssen darauf vertrauen können, dass die EU sie schützt und ihre Anliegen vertritt.

Wir stärken das Europa der Kommunen und Regionen. Eine demokratische, vielfältige und bürger*innennahe EU lebt von der Stärke der Kommunen und Regionen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip soll Europa da unterstützen, wo Kommunen, Länder und Staaten an ihre Grenzen stoßen – aber nicht jeden Lebensbereich regulieren und nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter verpflichten.

Wir wollen die Europapolitik mit unseren europäischen Partner*innen aktiv gestalten. **Europa muss handlungsfähiger werden.** Blockaden durch einzelne Staaten können wir uns nicht länger leisten. Solange nationale Egoismen das europäische Gemeinwohl ausbremsen können, wird die EU keine aktivere Rolle in der Welt übernehmen können. Dort, wo Partner*innen **in unterschiedlichen Geschwindigkeiten vorangehen**, muss dies im Rahmen der Verträge und in dem Bestreben erfolgen, dass sich alle anschließen können.

DAS HABEN WIR VOR:

SO MACHEN WIR EUROPA SOZIALER, ÖKOLOGISCHER UND DEMOKRATISCHER

- ➡ Wir wollen die „**Konferenz zur Zukunft Europas**“ nutzen, um gemeinschaftlich mit den Bürger*innen Reformen der EU und europäische Antworten (z.B. gegen den Klimawandel oder für mehr Demokratie) zu entwickeln. Dafür unterstützen wir auf allen Ebenen Bürger*innendialoge. Die Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen der europäischen Gesetzgebung bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.
- ➡ Wir wollen ein **Europaparlament**, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheidet, ein vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes Haushaltsrecht erhält. Es soll die Kommission auf Vorschlag des/der Kommissions-Präsident*in wählen und durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können. Für die Europawahlen sollen die Bürger*innen mit ihrer Stimme für eine*n Spitzenkandidat*in der Parteien auch die/den nächste*n Präsident*in der EU-Kommission bestimmen. Ein Teil der Abgeordneten soll über europäische, transnationale Listen ins Europaparlament einziehen.
- ➡ Den **EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte** wollen wir weiterentwickeln. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und dem Stopp von EU-Subventionen folgen. Kommunen und Regionen sowie NGOs sollen dann direkt von der EU gefördert werden. Wir wollen die EU-Grundrechtecharta langfristig gegenüber den Nationalstaaten einklagbar machen.

- ➡ Wir wollen eine **europäische, digitale Plattform in öffentlicher Hand**, frei von politischer Einflussnahme schaffen, um europaweit qualitativ hochwertige Inhalte zu bündeln. Unter hohen Datenschutzstandards soll sie darüber hinaus als Kommunikationsplattform dienen.
- ➡ Wir schaffen mehr Transparenz: Mit einem **verbindlichen Lobbyregister** für alle EU-Institutionen, strikteren Karenzzeiten beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft und einem „legislativen Fußabdruck“, durch den die Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer und ggf. sanktionierbar wird.
- ➡ Für mehr europaweite Kooperation und Mitsprache wollen wir **Städtepartnerschaften** stärken, Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG, Euregios, Eurodistrikte) ausweiten und durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität fördern.
- ➡ In der Finanz-, Sozial-, Außen- und Sicherheitspolitik wird heute noch im Einstimmigkeitsprinzip entschieden. Wir setzen uns für **Mehrheitsentscheidungen** in Mitentscheidung des Europäischen Parlaments ein.



FRAGEN UND ANTWORTEN

Sollte Deutschland mehr Kompetenzen abgeben?

„Mehr Europa“ gilt für uns überall dort, wo es sachlich Sinn macht, etwa bei der Bewältigung globaler Herausforderungen. Mehr EU gilt auch dort, wo die EU durch gemeinsames Handeln für uns mehr erreichen kann als die nationalstaatliche, regionale oder kommunale Ebene. Was wir nicht wollen, ist eine EU, die in jedem Bereich bis ins Kleinste vorschreibt, was zu tun oder zu lassen ist. Für uns gelten die europäischen Verträge und das Grundgesetz. Subsidiarität darf jedoch nicht zum Deckmantel des Unwillens werden, mit anderen Ländern in Europa oder der Welt Kompromisse einzugehen. Veränderungen werden wir offen mit den Bürger*innen diskutieren, etwa in der „Konferenz zur Zukunft Europas“. Dort, wo nationale Parlamente Kompetenzen abgeben, muss das Europäische Parlament Kompetenzen gewinnen.

Wie kann die EU transparenter werden?

Es gibt eine lebhafte Debattenkultur und eine Heerschar an Institutionen und Interessenvertreter*innen wirkt an der politischen Willensbildung mit. Aber tatsächlich sind die politischen Entscheidungsprozesse oft zäh und durch die Vielzahl an Akteur*innen für Außenstehende nur schwer zu durchschauen. Obwohl die Mehrzahl unserer Gesetze ihren Ursprung in Brüssel hat, widmet die öffentliche Debatte den politischen Diskussionen im Rat, in der Kommission und

im Europäischen Parlament verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit. Darum geht mehr Europa nur mit mehr Transparenz, einer echten europäischen Öffentlichkeit und mehr Bürger*innenbeteiligung.

Die im April 2021 gestartete zweijährige Zukunftskonferenz bietet allen Bürger*innen die Chance, ihre Ideen und Vorschläge für Europa direkt einzubringen. Ob die Zukunftskonferenz ein Erfolg wird, liegt – wie viele Beteiligungsprozesse – an uns allen. Und die Ergebnisse müssen dann auch umgesetzt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Reform der Europäischen Bürgerinitiative ein. Bürger*innen sollen auch die Einberufung von Zukunftskonferenzen oder eines Bürger*innenrates fordern können, von denen auch eine Reform der Verträge ange-regt werden kann. Erfolgreichen Initiativen soll spätestens nach einem Jahr und einer Prüfung auf Vereinbarkeit mit den EU-Grundrechten ein Gesetzesvorschlag folgen und im Europaparlament über das Ziel der Initiative abgestimmt werden.

Was tun, wenn Staaten der EU gegen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen?

Die EU ist eine Werte- und Rechtsgemeinschaft. Alle EU-Länder haben das mit ihrer Mitgliedschaft und der Unterzeichnung der EU-Verträge bestätigt. Alle Mitgliedsstaaten, auch Deutschland, müssen sich dem EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte unterziehen. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und dem Stopp von EU-Subventionen folgen. Die EU darf schon heute in bestimmten Programmen (Beispiel: Programm „Rechte und Werte“) Mittel an den Hauptstädten vorbei direkt an NGOs vergeben. Uns geht es darum, zu verhindern, dass EU-Mittel zur Umsetzung eigener Interessen unter Verletzung der gemeinsamen EU-Regeln missbraucht werden, wie dies bei Ländern wie Ungarn oder Polen leider immer wieder passiert ist.

Wie realistisch sind Mehrheitsentscheidungen, wenn es hierzu laut EU-Verträgen zunächst eines einstimmigen Beschlusses bedarf?

Wir setzen auf Einsicht und Überzeugung. Schon heute werden in vielen Politikbereichen verantwortliche Mehrheitsentscheidungen getroffen, ohne dass dies in Frage gestellt wird. Mehrheitsentscheidungen sind auch in finanz-, sozial- oder außenpolitischen Fragen wichtig, um in einer Welt mit zahlreichen Herausforderungen strukturell handlungsfähig zu bleiben.



Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



FAIRER HANDEL

gruene.de/fairer-handel

Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstands. Wir Grüne setzen uns für eine faire, nachhaltige und aktive Handelspolitik ein, die auf internationalen Regeln und transparenten Prozessen basiert. Wir wollen die Rechte von Menschen und den Umweltschutz verbessern. Dafür muss der Handel durch die EU und WTO reguliert werden. Grundlagen sind für uns dabei die Klimaziele von Paris, internationale Regeln für Arbeitsnormen und die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Eine unregulierte Globalisierung führt viel zu oft zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. **Der aktuelle globale Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck.** Die Wohlstandsgewinne aus globalem Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt. Und die Klimakrise spitzt sich zu.

Wir stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet und die internationalen Partnerschaften im Einsatz für Demokratie und Freiheit stärkt. Sonderklagerechte für Investoren wollen wir beenden, Klimaschutz, Menschenrechte oder das Vorsorgeprinzip sollen in den Mittelpunkt rücken. Handelsabkommen müssen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen und einklagbar machen. Wir Grüne wollen hier eine Kehrtwende erreichen.

Wir wollen eine faire, nachhaltige und reformierte Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen Handelsabkommen. Umweltschädliche Abkommen, wie mit den Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) wollen wir nachverhandeln. Ein TTIP 2.0 wird es mit uns nicht geben, dafür wollen wir mit den USA einen Markt für klimaneutrale Produkte schaffen. Das Handelsabkommen CETA werden wir in seiner derzeitigen Fassung nicht ratifizieren.

Wir wollen einen europäischen Markt ohne Produkte aus Zwangsarbeit und aus der Abholzung von Wäldern. **Faire, soziale und ökologische Produktionsbedingungen entlang der gesamten Lieferkette müssen zur Grundlage für den Handel werden.** Wir brauchen einen vollständigen europäischen Werkzeugkasten mit Handelsinstrumenten, um fairen Wettbewerb für alle Beteiligten auf dem europäischen Markt herzustellen. Es darf nicht sein, dass staatlich subventionierte Unternehmen aus Drittländern unsere Spitzentechnologien aufkaufen.

DAS HABEN WIR VOR:**SO MACHEN WIR DIE GLOBALISIERUNG GERECHT FÜR ALLE**

- ➡ **Wir wollen soziale und ökologische Standards verbindlich in Handelsabkommen festschreiben und einklagbar machen.** Handelsabkommen müssen den Pariser Klimavertrag sowie die Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zur Bedingung machen. Wenn ein Handelspartner den Klimavertrag von Paris aufkündigt, dessen Ziele nicht einhält oder die ILO-Kernnormen nicht ratifiziert, können wir Handelserleichterungen wieder aufheben.
- ➡ **Unternehmen verpflichten wir dazu, in ihrer gesamten Lieferkette Sorgfalt walten zu lassen, um sicherzustellen, dass sie weder die Menschenrechte noch die nachhaltige Entwicklung verletzt.** Produkte aus Zwangsarbeit und Entwaldung dürfen nicht mehr importiert werden. Klimaschutz darf nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Wir unterstützen deshalb eine Klimaabgabe auf schmutzige Importe.
- ➡ Das Vorsorgeprinzip sorgt dafür, dass Produkte in Europa nur dann auf den Markt kommen, wenn sie eindeutig sicher sind für Umwelt und Verbraucher*innen. **Wir machen das europäische Vorsorgeprinzip für alle Teile unserer Handelsverträge geltend.**
- ➡ **Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung werden.** Wo sich Privatisierungen auf dem Holzweg befindet, wollen wir diese stoppen. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt und Kommunen dürfen in ihrer Handlungsfreiheit, wie bei der Wasserversorgung oder Abfallentsorgung, nicht beschränkt werden.
- ➡ Parlamente sind elementar für unsere Demokratie und damit zentraler Akteur bei Handelsabkommen. Wir lehnen Regeln in Handelsabkommen ab, die Parlamente umgehen oder schwächen können.
- ➡ Einseitige Gerichte und Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) lehnen wir ab. Sie machen staatliche Regulierung angreifbar und schützen völlig einseitig ausländische Investoren statt Pflichten einzufordern. **Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein. Vor diesem sollen auch Betroffene von Verletzungen menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen klagen können.**

➡ **Wir machen uns stark für faire Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Binnenmarkt.** Europa muss reagieren können, wenn Unternehmen aus Drittländern unsere Spitzentechnologie mithilfe staatlicher Mittel abgreifen oder sich unfaire Wettbewerbsvorteile schaffen. Dafür müssen wir die EU-Handelsinstrumente erweitern, um Firmenzukäufe zu verbieten, oder sie von öffentlichen Ausschreibungen ausschließen, wenn Konzerne Subventionen von außerhalb der EU erhalten.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie wirkt sich grüne Handelspolitik auf deutsche Unternehmen aus?

Unsere Vorschläge helfen dabei, Lieferketten für deutsche und europäische Unternehmen widerstandsfähiger zu machen. Das verschafft den Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil. Ein starkes deutsches Lieferkettengesetz bereitet die Unternehmen rechtzeitig auf die europäische Gesetzgebung vor, die kommen wird. Faire Handelsabkommen und autonome Handelsinstrumente sorgen für mehr Wettbewerbsneutralität auf dem europäischen Markt und mit weltweiten Partnern. Das bietet den Unternehmen mehr Sicherheit vor Ort und ein stabileres Umfeld für ihre Märkte. Zudem gibt eine Förderung klimaneutraler Produktion (in der EU) bei gleichzeitiger Erhebung einer CO₂-Abgabe auf nicht-klimaneutrale (ausländische) Produkte, u.a. dem Stahlsektor die Möglichkeit, seine europäischen Absätze zu erhöhen.

Wie stehen Grüne zur Globalisierung?

Wir wollen den Welthandel fair gestalten. In einer globalen Wirtschaft brauchen wir starke Regeln für eine faire Globalisierung. Unsere Standards und das Recht von Parlamenten und Regierungen, diese zu regulieren, dürfen durch Handelsabkommen nicht unter Druck geraten. Gleichzeitig brauchen wir Mindeststandards, die über Deutschland und Europa hinauswirken: für Klima- und Umweltschutz, für Menschenrechte und für Arbeitnehmer*Innen. Diese wollen wir in Handelsabkommen verankern und auch einklagbar machen. Nur so können wir faire Spielregeln setzen und einen globalen Wettbewerb auf dem Rücken von Menschen, Klima und Umwelt verhindern.

Handel und Entwicklung – wie geht das zusammen?

Damit Entwicklungsländer nicht nur vom Export einiger weniger Rohstoffe abhängen, muss die Verarbeitung mehr im eigenen Land stattfinden. Nur so können sich Wertschöpfungsketten bilden und neue Arbeitsplätze entstehen. Die aktuelle Zollpolitik der EU ist hier kontraproduktiv: So ist der Import von Rohkaffee in die EU zollfrei, gerösteter Kaffee hingegen mit Zöllen belegt. Auch deshalb wird der Kaffee in Hamburg und Bremen geröstet statt in Äthiopien oder Brasilien. Auch die Agrarpolitik der EU ist für die Länder des Globalen Südens ein Problem. So wurden die billigen Preise von hoch subventioniertem Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen aus Europa zur Bedrohung für die Landwirt*innen in Westafrika. Die Wirtschaftspartner-

schaftsabkommen (EPAs) mit Afrika haben zum Ziel, den Marktzugang in diesen Ländern für die EU noch weiter zu öffnen. Instrumente zum Schutz heimischer Industrie (z.B. Exportzölle) sollen hingegen stark eingeschränkt werden. Damit verhindern diese Abkommen zusätzlich den Aufbau einer eigenen Wirtschaft in den afrikanischen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir Grüne wollen die EPA-Abkommen deshalb stoppen und stattdessen zu einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen.

Wie stehen die Grünen zu CETA und Mercosur?

Wir GRÜNE haben klare rote Linien für Handelsabkommen wie CETA und Mercosur. Wir stehen für eine Handelspolitik, die verbindliche soziale und ökologische Standards und das Vorsorgeprinzip festschreibt, die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend schützt, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei der regulatorischen Kooperation garantiert. Wir lehnen einseitige Gerichte und Sonderklagerechte für private Investoren ab. CETA erfüllt diese Bedingungen nicht, weshalb wir das Abkommen gemeinsam mit Kanada weiterentwickeln und dadurch neu ausrichten wollen. Das seit 20 Jahren verhandelte EU-Mercosur-Abkommen mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ist ein Dinosaurier-Abkommen und muss nachverhandelt werden. Der Schutz und Erhalt von Umwelt, Biodiversität und Klima sowie Arbeits- und Sozialstandards müssen wir hier in den Mittelpunkt stellen. Dass Brasilien weiterhin den Amazonas Regenwald rodet, darf nicht ohne Folgen bleiben. Wir brauchen eine verbindliche Vereinbarung zum Erhalt des Regenwaldes, einen effektiven Sanktionsmechanismus bei Verstößen und einen wirksamen Beschwerde-mechanismus für Menschenrechtsverletzungen.



Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



FAMILIE, KINDER UND JUGEND

gruene.de/familie

Familien sind so vielfältig wie das Leben selbst. Wir machen Politik für alle und stellen Kinder dabei ins Zentrum. Kinder und Jugendliche sind Expert*innen in eigener Sache und sollen mitbestimmen, wie ihre Welt aussehen soll. Wir sorgen dafür, dass jedes Kind mit fairen Chancen aufwächst, egal woher es kommt oder wer die Eltern sind. Wir kümmern uns darum, dass Beruf und Privatleben besser miteinander zu vereinbaren sind und Familien mehr Zeit haben.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Kinder und ihre Rechte viel zu schnell hintangestellt werden. Das darf nicht wieder passieren. Wir stellen **Kinder ins Zentrum** unserer Politik und sorgen dafür, dass sie sich bestmöglich und frei entfalten können. Kinder und Jugendliche wissen sehr genau, was sie wollen. Es ist deshalb höchste Zeit, sie besser in politische Prozesse einzubinden und an der Gestaltung ihrer Welt zu beteiligen.

In einem reichen Land wie Deutschland soll kein Kind in Armut aufwachsen. Momentan betrifft das jedoch jedes fünfte Kind, Kinder von Alleinerziehenden besonders oft. Daran hat sich in den letzten 20 Jahren nichts geändert. Deshalb werden wir mit einer Kindergrundsicherung **Kinderarmut bekämpfen und Familien stärken**.

Mit guten Kitas und Ganztagsgrundschulen legen wir den **Grundstein für faire Chancen und Perspektiven**. Egal ob in Neuruppin, Hannover oder Mannheim, Kinder sollen in allen Kitas, Grundschulen und Hortangeboten gute Bedingungen vorfinden. Die Suche nach dem Kita-Platz darf nicht mehr einem Lotto-Spiel gleichkommen. Eine verlässliche und gute Kinderbetreuung ist das A und O für berufstätige Eltern. Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, ist die zentrale Voraussetzung insbesondere für Frauen und Alleinerziehende, um nicht ungewollt in Armut zu rutschen.

Wir wollen eine **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – mehr Zeit für Kinder oder um Angehörige zu pflegen**. Viele Menschen müssen tagtäglich jonglieren, um der Arbeit und ihren Kindern oder pflegebedürftigen Eltern gerecht zu werden. Oft sind es Frauen, die diese Aufgaben schultern. Wir wollen verhindern, dass ihnen die Puste ausgeht und Familien dabei

unterstützen, ihr Leben so leben zu können, wie sie es sich wünschen. Politik soll eine partnerschaftliche Aufteilung der Sorgearbeit nicht verhindern, sondern unterstützen: Denn viele Väter möchten gerne Arbeitszeit reduzieren und mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen, viele Mütter wollen im Job aufstocken.

DAS HABEN WIR VOR:

SO ENTLASTEN WIR FAMILIEN UND VERHINDERN KINDER- ARMUT

- ➡ **Kinderrechte im Grundgesetz:** Mit starken Kinderrechten werden wir sicherstellen, dass das Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommt. Der Staat wird im Kampf für kindgerechte Lebensverhältnisse, gegen Kinderarmut, ungleiche Bildungschancen oder sexuellen Missbrauch noch viel stärker in die Pflicht genommen.
- ➡ **Kinder- und Jugendbeteiligung:** Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken und einen Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung auflegen. Bei Planungen zu einem neuen Jugendclub oder der Skateanlage sollen Kinder und Jugendliche einbezogen werden. Das werden wir im Baugesetzbuch berücksichtigen. Mit einem Verbandsklagerecht sollen Jugendverbände Beteiligung gegenüber den Kommunen einfordern können.
- ➡ **Kindergrundsicherung:** Wir fassen das Kindergeld, den Kinderzuschlag, das Sozialgeld und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in einer neuen eigenständigen Leistung zusammen. Mit der Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in Familien mit geringen oder gar keinem Einkommen bekommen zusätzlich einen GarantiePlus-Betrag. Je niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach einmaliger Beantragung bei Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch berechnet, angepasst und ausgezahlt. Um die Höhe der Kindergrundsicherung zu bestimmen, werden wir neu ermitteln, was Kinder zum Leben brauchen.
- ➡ **Kitaqualität und ein Recht auf Ganztagsgrundschulen:** Mit einem Kitaqualitätsgesetz werden wir sicherstellen, dass sich ein*e Erzieher*in um höchstens vier unter Dreijährige und neun über Dreijährige gleichzeitig kümmern muss. Damit nach der Kitazeit dann in der Schule nicht schon mittags Schluss ist, werden wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für jedes Grundschulkind umsetzen. Mit einer Fachkräfteoffensive sorgen wir für ausreichend Erzieher*innen.

➡ **KinderZeit Plus:** Mit der KinderZeit Plus werden wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: Pro Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird die KinderZeit Plus als Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den Bezugszeitraum. Sie kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie sind Kindergrundsicherung, KinderZeit Plus und mehr Kitaqualität finanzierbar?

Die große Koalition schafft es selbst in Zeiten von guter Konjunktur, niedrigen Zinskosten und hohen Steuermehreinnahmen nicht, substantiell etwas an der seit Jahren konstant hohen Kinderarmut und den Mängeln unseres Bildungssystems zu ändern. Das ist keine Frage des Geldes, es ist eine Frage der Priorität. Kindern ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen und Investitionen in ein exzellentes Bildungssystem, von der Kita bis zur Weiterbildung, haben für uns Priorität. Auch im Bundeshaushalt.

Wie stehen die Grünen zur Ehe?

Die Ehe ein ist eine Familienform, aber eben nicht die einzige. Familien sind so vielfältig wie das Leben selbst: Es gibt verheiratete Paare mit Kindern, Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nichteheliche Familien, Regenbogenfamilien, Pflegefamilien. Wir unterstützen Familien in allen Formen und Modellen.

Für viele der heute bereits selbstverständlich gelebten Familienformen fehlt ein klarer gesetzlicher Rahmen. Wir wollen für diese Familien das Familienrecht weiterentwickeln und Eltern in ihrer Verantwortung rechtlich stärken (Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung). Damit wollen wir klar regeln, welche Rechte und Pflichten, beispielsweise in der Schule, beim Arztbesuch oder im Alltag, aber auch welche Verantwortung für das Kind die leiblichen und die nicht leiblichen, aber miterziehenden Eltern haben.

Darüber hinaus schaffen wir mit dem Pakt für das Zusammenleben eine neue Rechtsform, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

Ich bin alleinerziehend. Mit dem Ex gibt's ständig Streit ums Geld und die Kinder und im Job muss ich flexibel sein. Was tun die Grünen, damit ich nicht im Burnout lande?

Alleinerziehende leisten enorm viel und sind dennoch besonders oft von Armut bedroht. Dabei arbeiten alleinerziehende Frauen im Schnitt sogar mehr als Frauen in Paarfamilien. Deshalb wollen wir die Art, wie in Deutschland Familien finanziell unterstützt werden, umkrepeln und gerechter gestalten. Mit der Kindergrundsicherung helfen wir gleich mehrfach: Mit der

Neuermittlung der Mindestbedarfe von Kindern steigt auch der Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur die Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden.

Nach einer Trennung soll es bei der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die Ausübung des Umgangs, egal nach welchem Modell, angemessen berücksichtigt. Für Eltern im Grundsicherungsbezug führen wir einen Umgangsmehrbedarf ein. Ob wichtiger Abendtermin im Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch – Kinder können und sollten nicht immer mit dabei sein. Wir werden familienunterstützende Dienstleistungen fördern, wie z.B. für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Das gilt besonders im Krankheitsfall, denn Kinder und Haushalt wollen trotzdem versorgt sein.

Elterngeld ausweiten, mehr Kinderkrankentage, Rückkehrrecht, Teilzeit – was bedeutet das für kleine Unternehmen?

In aller Regel profitieren Arbeitnehmer*innen wie Arbeitgeber*innen von Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Zeiten des Fachkräftemangels haben die meisten Unternehmen ein Interesse daran, ihre Mitarbeiter*innen zu halten. Durch familienfreundliche Angebote steigern sie ihre Attraktivität, um Fachkräfte zu halten oder neue zu gewinnen.

Es sind oftmals auch die Maßnahmen, die es Eltern ermöglichen, sich die Aufgaben im Haushalt und in der Verantwortung gegenüber den Kindern partnerschaftlicher zu teilen, die ihnen den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben erleichtern oder die Familie und Beruf überhaupt ermöglichen. Arbeitgeber*innen, die Eltern verlieren, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gelingt, müssen viel Geld und Zeit aufwenden, um die Stellen neu zu besetzen. Eine hohe Fluktuation in der Belegschaft ist selten im Interesse der Arbeitgeber*innen.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



FINANZMARKT- INTEGRITÄT

gruene.de/finanzmarkt

Wir wollen das Vertrauen in den Finanzmarkt Deutschland und seine Aufsicht wiederherstellen. Anleger*innen müssen sich auf die Wirtschaftsprüfer*innen und die Finanzaufsicht verlassen können. Fälle wie Wirecard, P&R oder Greensill haben gezeigt, dass dies leider nicht so ist. Wir Grünen sorgen für saubere und integre Finanzmärkte und stärken den Anleger- und Verbraucherschutz. Das ist gut für die Anleger*innen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Der Fall Wirecard hat gezeigt, dass deutschen Unternehmen der Betrug viel zu einfach gemacht wird. P&R, Greensill, die vielen Betrügereien der Deutschen Bank oder der Cum/Ex-Skandal – **in all diesen und vielen weiteren Fällen hat das Aufsichtssystem versagt**. Die Aufsichtsbehörde BaFin reagierte auf öffentliche Hinweise zu spät oder ging stattdessen im Fall Wirecard gegen die hinweisgebenden Journalist*innen vor. Auch die privaten Wirtschaftsprüfer haben ihre Arbeit trotz der Hinweise nicht gemacht. Der Prüfer EY hat grundlegenden Prüfungen nicht durchgeführt, hat aber den Jahresabschluss immer wieder durchgewunken.

Ziel Grüner Politik sind integre und saubere Finanzmärkte. Wir brauchen eine öffentliche und private Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt. Darauf sollen sich alle verlassen können, die Geld in deutsche Unternehmen und Banken anlegen. Die Finanzaufsicht, Bilanzkontrolle, Wirtschaftsprüfung und Aufsichtsrat müssen bei Betrugsverdacht sofort handeln. Die BaFin werden wir reformieren und die Kultur in der Behörde umkrempeln. Das Bilanzkontrollsystem wollen wir effizienter und schlagkräftiger gestalten. Wir werden die Interessenskonflikte bei den Aufsichtsräten und den Wirtschaftsprüfer*innen minimieren und die Betrugsbekämpfung stärken.

Betrug aus Unternehmen heraus kostet Anleger*innen, Steuerzahler*innen oder auch die Unternehmen viel Geld. Knapp 17 Mrd. Euro Börsenwert haben sich zum Beispiel mit dem Wirecard-Zusammenbruch in Luft aufgelöst. Cum/Ex hat die Steuerzahler*innen nach Schätzungen mehr als 12 Mrd. € gekostet. Die Einlagensicherung der Banken muss für den Fall Greensill mit fast 3 Mrd. € eintreten.

Falsch verstandene Rücksichtnahme auf die Unternehmen durch eine schwache Aufsicht schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Haben Anleger*innen kein Vertrauen in den Finanzmarkt Deutschland und die Unternehmen, werden sie höhere Zinsen und mehr Sicherheiten verlangen oder stellen gleich gar kein Kapital zur Verfügung. **Eine schwache Aufsicht und nachlässige Bilanzkontrolle ist ein Wettbewerbsnachteil für die gesamte Wirtschaft.**

DAS HABEN WIR VOR:

SO STELLEN WIR DAS VERTRAUEN IN DEN FINANZMARKT UND SEINE AUFSICHT WIEDER HER

Wir entwickeln die BaFin zu einer modernen und starken Finanzaufsicht nach internationalen Standards weiter:

- ➡ **Mit einem Kulturwandel:** Oft fehlte es der BaFin am Willen zur konsequenten Aufklärung und hartem Durchgreifen, statt an den Instrumenten. Die BaFin braucht eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens, von der neuen Führungsspitze in die gesamte Behörde hinein. Die politische Unabhängigkeit und die Transparenz des Aufsichtshandelns werden wir stärken.
- ➡ **Mit nötigen Kompetenzen und Ressourcen:** Hierzu werden wir beispielsweise eine Task-Force für die Aufdeckung von Betrug und Geldwäsche in der BaFin einrichten, die ohne den Rückgriff auf externe Unternehmen schnell prüfen kann.
- ➡ **Mit einer besseren internen und externen Vernetzung:** Um im Verdachtsfall alle Erkenntnisse schnell und sinnvoll zu bündeln, muss der Austausch mit Behörden im In- und Ausland sowie mit Verbraucherschützer*innen verbessert werden. Auch das Whistleblower-System der BaFin gehört auf den Prüfstand um Hinweise effektiver zu nutzen und Hinweisgeber besser zu schützen.
- ➡ **Und ohne Interessenkonflikte:** Wir wollen weitreichende Beschränkungen von Aktienspekulationen durch Mitarbeiter der BaFin. Eine Situation wie im Falle Wirecard, bei der die Mitarbeiter der Finanzaufsicht mit Aktien eines beaufsichtigten Unternehmens spekulieren darf es nicht mehr geben.

Wir Grüne werden Interessenkonflikte im System der Wirtschaftsprüfung beseitigen und die Anreize auf Betrugsbekämpfung setzen und hierzu:

- '''→ **Die Aufdeckung von Bilanzbetrug als Ziel der Wirtschaftsprüfung klar gesetzlich und in der Ausbildung der Wirtschaftsprüfer*innen verankern**
- '''→ **Interessenkonflikte minimieren:** Die großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften verdienen heute oft mehr mit Beratungs- als mit Prüfungstätigkeiten. Das kann zu Interessenkonflikten führen. Wir wollen eine strenge Trennung von Prüfung und Beratung.
- '''→ **Rotation verkürzen:** Heute kann ein Unternehmen 10 Jahre lang von der immer gleichen Prüfungsgesellschaft geprüft werden. Wir wollen, dass ein Unternehmen nach 6 Jahren wechseln muss. Dadurch wird die Aufdeckung von Prüfungsfehlern deutlich wahrscheinlicher.

Wir werden die unternehmensinterne Kontrolle stärken und hierzu:

- '''→ Die Unabhängigkeit, Kontrollrechte und Expertise der **Aufsichtsräte stärken**
- '''→ die **Transparenz gegenüber Hauptversammlung und Anleger*innen** und deren Kontrollrechte erhöhen
- '''→ die **Anreizstruktur des Managements verbessern** und hierzu regeln, dass sich die Bezüge der Vorstandsmitglieder stärker am nachhaltigen Erfolg orientieren



FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeuten die Reformen für kleine Wirtschaftsprüfer?

Der Markt für Wirtschaftsprüfungen ist geprägt von vier Unternehmen, den sogenannten „Big Four“. Dieses Oligopol bei den Abschlussprüfungen und dass sie gleichzeitig aber den gleichen Firmen auch prüfungsfremde Beratungsleistungen anbieten, schaden der Qualität der Abschlussprüfung erheblich.

Dem wirken wir durch unsere Reformen gleich doppelt entgegen:

Durch die Trennung von Beratung und Auditleistungen wird die Quersubventionierung der Audits durch Beratungshonorare innerhalb der Big Four und somit ein unfairer Preiswettbewerb bei den Audits vermieden. So haben kleinere Gesellschaften überhaupt eine Chance bei bestimmten Mandate mitzubieten.

Wir wollen die Anreize so setzen, dass öfter sogenannte Joint Audits genutzt werden, also zwei Prüfungsgesellschaften prüfen gemeinsam. Hierbei stellen wir sicher, dass mindestens einer der Prüfer eine kleine oder mittelständische Gesellschaft ist.

Die Firma Wirecard hatte eine so hohe kriminelle Energie, hätte diese mit den bestehenden Mitteln überhaupt aufgedeckt werden können?

Ja. Im Fall Wirecard gab es seit 2015 immer wieder Hinweise, die Aufsicht und Wirtschaftsprüfer hätten aufschrecken müssen. Doch diese haben nicht reagiert. Wirecard hat die Zeit genutzt, um mehr Geld bei Anleger*innen einzusammeln und aus dem Unternehmen zu schleusen. So ist durch das Wegschauen der Aufsicht der Schaden immer größer geworden.

Grundsätzlich: Man wird auch mit der besten Aufsicht nicht jeden Betrug verhindern können, aber eine gute Aufsicht erschwert Betrug und deckt früher auf. So können Schäden für Anleger*innen minimiert werden.

Was bedeutet grüne Politik für Kleinanleger*innen?

Professionelle, große Anleger*innen haben weitgehende Kontrollmöglichkeiten. Sie haben Kontakt zu Vorständen oder besetzen sogar Aufsichtsratsposten, wenn sie in einem Unternehmen investiert sind. Für Kleinanleger*innen bestehen solche Möglichkeiten nicht. Sie müssen sich bei ihrer Anlage darauf verlassen, dass die Aufsicht ihre Arbeit macht und dass Jahresabschlüsse auch wirklich von den Wirtschaftsprüfern durchleuchtet wurden. Das wollen wir mit unseren Reformen sicherstellen und schützen so insbesondere Kleinanleger*innen davor, dass sie durch Unternehmensbetrug Geld verlieren.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



FLÜCHTLINGS- POLITIK

gruene.de/fluechtlingspolitik

Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, bei der jeder einzelne Mensch zählt. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl, setzen uns für faire, qualifizierte und effiziente Verfahren auf nationaler und europäischer Ebene ein, genauso wie für eine nachhaltige Integrationspolitik. Das Asylgrundrecht ist Teil unserer Verfassung und eine Lehre aus der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass dieses Grundrecht an den Außengrenzen der Europäischen Union nicht weiter missachtet wird und das Sterben im Mittelmeer endet.

Unsere Flüchtlingspolitik gründet sich auf das **Grundgesetz, die europäische Grundrechtecharta und die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)**.

Auch 70 Jahre nach Verabschiedung der GFK fliehen Menschen vor politischer Unterdrückung, wegen Bürgerkrieg und willkürlicher Gewalt und sind auf den Schutz von Aufnahmeländern angewiesen. Der UNHCR schätzt ihre Zahl derzeit auf rund 80 Millionen Menschen weltweit. Die meisten finden Aufnahme in Nachbarländern, die ihrerseits zu den ärmsten Ländern der Welt zählen.

Statt legale Möglichkeiten für die sichere Einreise von Schutzsuchenden zu eröffnen, errichtet Europa immer höhere Hürden, auch mit Hilfe von angrenzenden Drittstaaten wie der Türkei. Es ist kaum noch möglich, Europa auf sicherem Weg zu erreichen. Geflüchtete gehen lebensgefährliche Risiken ein, um Schutz in der EU zu finden. Menschen ertrinken im Mittelmeer auf der Flucht vor Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Armut.

Dies erfordert Antworten, die sich an **Humanität und Menschenrechten** orientieren. Wir wollen die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen auch auf hoher See und die konsequente Umsetzung der GFK. Das bedeutet in der Praxis, den **Zugang zu Schutz und Asylverfahren** sicherzustellen. Grenzschutzmaßnahmen müssen in Einklang mit internationalem Recht stehen. Es darf keine **gewaltsamen Zurückschiebungen** von Schutzsuchenden geben, wie sie immer

wieder etwa an der kroatisch-bosnischen oder der griechisch-türkischen Grenze stattfinden. Abschottung darf nicht die europäische Antwort auf humanitäre Notlagen sein. Es kann nicht sein, dass auf griechischen Inseln Zustände wie in einem Katastrophengebiet herrschen.

Ziel unserer Politik ist **europäischer Zusammenhalt und europäische Solidarität**, gerade in der Flüchtlingspolitik. Zugleich hängt die Glaubwürdigkeit der EU davon ab, dass die eigenen Gründungsprinzipien und die internationale Rechtsordnung eingehalten werden.

DAS HABEN WIR VOR:

SO VERWIRKLICHEN WIR EINE HUMANE FLÜCHTLINGS- POLITIK

- ➡ Wir wollen in Europa und in Deutschland ankommenden Schutzsuchenden den Zugang zu einem **zügigen und fairen Asylverfahren** ermöglichen. Dazu wollen wir ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem schaffen, das Asylsuchende nach einer kurzen Registrierungsphase in den Staaten an den Außengrenzen auf die Mitgliedsstaaten der EU verteilt – unter Berücksichtigung persönlicher Umstände und zunächst nach dem Prinzip der Freiwilligkeit. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, greifen verpflichtende Mechanismen für die Aufnahme oder für finanzielle Beiträge. Das Asylverfahren findet im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen lehnen wir ab.
- ➡ Wir wollen mehr sichere und legale Zugangswege durch einen **Ausbau von humanitärer Aufnahme**, z.B. durch Bundes- oder Landesaufnahmeprogramme, aber auch durch ein Patenschaftsprogramm oder die Erteilung humanitärer Einzelvisa (z.B. für politisch bedrohte Menschen aus Belarus).
- ➡ Wir sind dem besonderen Schutz der Familie nach dem Grundgesetz verpflichtet, daher wollen wir **Familiennachzug** zu Schutzberechtigten entbürokratisieren und auch Geschwisternachzug ermöglichen.
- ➡ Völkerrechtswidrige Zurückschiebungen („Pushbacks“), von nationalen Grenzpolizeien oder der EU-Grenzschutzagentur **Frontex** begangen, müssen rechtlich und politisch geahndet werden. Das Monitoring durch die EU-Grundrechteagentur wollen wir ausbauen und eine enge parlamentarische Kontrolle von Frontex-Einsätzen.

- ➡ Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch koordinierte und finanzierte **Seenotrettung**.
- ➡ Wir wollen in Deutschland und Europa ein faires Asylverfahren inklusive **unabhängiger und kostenfreier Asylverfahrensberatung**. Wir wollen dafür sorgen, dass es zügig zu einer Entscheidung über den Aufenthaltstitel kommt, damit Menschen früh verbindliche Gewissheit haben, ob sie bleiben können oder nicht. Die verlängerte Verweildauer von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf mögliche 18 Monate werden wir wieder auf drei Monate rückgängig machen. Die dezentrale Unterbringung sollte immer Vorrang haben. Anlasslose Widerrufsprüfungen des Schutzstatus lehnen wir ab. Wir wollen das Recht von Kindern, unabhängig von der Bleibeperspektive, auf Zugang zu Bildungsangeboten garantieren.
- ➡ Mit der **Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes** beenden wir eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Geflüchteten.
- ➡ Wir wollen die Ausbildungsduldung in ein **Ausbildungsbleiberecht** umwandeln und so Sicherheit für Geflüchtete wie für Betriebe schaffen.
- ➡ Menschen mit **Duldung**, die fünf (bei Jugendlichen und Familien mit minderjährigen Kindern drei) Jahre hier leben, sollen schneller einen Aufenthaltstitel bekommen.
- ➡ Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer wollen wir beenden, den **Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan** wieder einsetzen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was sagen die Grünen zu Freizügigkeit innerhalb und außerhalb der EU?

Wir stehen wir für eine geordnete, rechtsstaatsbasierte und menschenrechtsorientierte Einwanderungs- und Migrationspolitik. Dazu gehört, dass die EU ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen bleibt und wir innerhalb Europas von einem Land ins nächste ohne Grenzkontrollen reisen können. Das Schengener Abkommen, das den Abbau der stationären Grenzkontrollen zwischen den meisten Ländern Europas besiegelt hat, hat unser Leben reicher und unser Reisen einfacher gemacht. Doch ein solcher gemeinsamer Raum ohne Grenzen braucht zur selben Zeit auch kontrollierte Außengrenzen, um ihn vor Terror und Organisierter Kriminalität zu schützen. Für uns sind Grenzen jedoch nur dann rechtsstaatlich kontrolliert, wenn auch die Menschenrechte an diesen Grenzen geschützt werden und der Zugang zum Recht auf Asyl gesichert ist. Das Asylrecht ist eine seit 70 Jahren völkerrechtlich in der Genfer Flüchtlingskonvention festgeschriebene Pflicht. Es regelt in einem rechtsstaatlichen

Verfahren, wer in Deutschland einen Schutzstatus erhält und wer nicht und somit auch wieder ausreisen muss. Gleichzeitig setzen wir uns für eine aktive Einwanderungspolitik ein, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel bei uns entgegenzuwirken. Dafür soll auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs eine punktebasierte Talentkarte eingeführt werden.

Wie stehen die Grünen zu Abschiebungen?

Wir stehen für eine geordnete, rechtsstaatsbasierte und menschenrechtsorientierte Einwanderungs- und Migrationspolitik. Demnach müssen Menschen zügig wieder ausreisen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein Aufenthaltsrecht bekommen und bei denen keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Uns ist jedoch klar: Jede Abschiebung ist mit großen menschlichen Härten verbunden. Abschiebungen sind für uns daher das letzte Mittel, wenn die Rückkehr verweigert wird. Freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer wollen wir beenden, den Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan wieder einsetzen.

Warum sind Grüne gegen die Benennung von „sicheren Herkunftsstaaten“?

Die Einstufung als „sicherer Herkunftsstaat“ schränkt die Rechte von Schutzsuchenden im Asylverfahren massiv ein. Wir Grüne machen dagegen sehr viel bessere und konkretere Vorschläge, wie Asylverfahren schneller, effizienter und dennoch rechtsstaatlich fair zu organisieren sind – etwa durch eine Qualitätsoffensive BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) und die Einführung einer unabhängigen und realistischen Rechtsberatung. Eine Einstufung als „sicherer Herkunftsstaat“ erleichtert auch nicht die Abschiebungen in solche Länder. Entscheidend ist die Bereitschaft des jeweiligen Staates, seine Bürger zurückzunehmen und Dokumente auszustellen. Dafür schlagen wir menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen vor. Wir wollen denjenigen Ländern, die ihren Staatsbürger*innen nach einer Rückkehr Sicherheit effektiv garantieren, im Gegenzug über Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine geordnete Migration eröffnen.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



FRAUENPOLITIK

gruene.de/frauen

Unser Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit. Unser Ziel ist eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben können. Frauen müssen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die Parlamente. Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der alle Geschlechter gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

Es ist höchste Zeit für eine **faire Verteilung von Macht**. Unsere repräsentative Demokratie muss diverser werden. Das bedeutet auch, dass es dringend mehr Frauen in den **Parlamenten** braucht. Frauen müssen überall, wo Entscheidungen getroffen werden, gleichberechtigt vertreten sein, also auch in den Führungs- und Entscheidungsgremien der **Wirtschaft**.

Damit Frauen selbstbestimmt leben können ist es wichtig, **wirtschaftlich unabhängig** zu sein. Wir wollen für eine **eigenständige Absicherung** in allen Lebensphasen sorgen – von der Berufswahl bis zur Rente.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich. Wir wollen, dass das überall gilt. Durchschnittlich verdienen Frauen, vor allem wenn sie Kinder haben, im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie Männer, was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht.

Während sich viele Paare heute Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, wird durch das Ehegattensplitting nach wie vor das Alleinernährer-Modell steuerlich bevorzugt. Das ist überholt und **ungerecht**, weil es dieses Lebensmodell privilegiert, Alleinerziehende und nicht verheiratete Paare benachteiligt und die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt, ohne sie gleichzeitig wirklich abzusichern. Im Zusammenspiel mit **Minijobs** und der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die eigenständige Absicherung von Frauen unabhängig von einer Partnerschaft aus. Nach Umbrüchen, wie Trennung oder Tod des/r Partner*in geraten sie so oft in wirtschaftliche Notlagen.

Jeder Mensch hat das **Recht auf körperliche Unversehrtheit**. Gewalt im häuslichen und persönlichen Nahbereich wird oft verharmlost, sowohl in der medialen Darstellung als auch vor den Gerichten. Schutz von Frauen vor **geschlechtsspezifischer Gewalt** ist eine gesellschaftliche Ge-

meinschaftsaufgabe. Es kann nicht sein, dass die Quantität und Qualität des Schutzes und der Beratung vom Wohnort abhängig ist. Wir wollen eine bundesweit einheitliche Unterstützung mit gleichwertigen und bedarfsgerechten Standards für Frauenhäuser etablieren und Frauenhausplätze ausbauen.

Alle Menschen sollen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Eine gute Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und umfassender **Informationen zum Schwangerschaftsabbruch** sind dafür notwendig. Dieser soll außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Wir wollen, dass Frauen sich überall gut beraten lassen können und medizinisch professionell versorgt werden.

DAS HABEN WIR VOR:

FÜR EINE GESCHLECHTER-GERECHTE GESELLSCHAFT

- ☞ Wir wollen **Parität** in der Politik vorantreiben und entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen in Entscheidungspositionen zu bringen, sind **Maßnahmen und Angebote** erforderlich, die den Einstieg in und die Gestaltung von Politik erleichtern. In der Wirtschaft sorgen wir dafür, dass künftig bei Neubesetzungen mindestens ein Drittel der **Vorstandssitze** größerer und börsennotierter Unternehmen an Frauen gehen und bei **Aufsichtsräten** ein Frauenanteil von 40 Prozent erreicht wird.
- ☞ Die eingeschränkte Bandbreite der gewählten Berufe wollen wir durch eine gendersensible Berufsberatung vergrößern. Wir wollen die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, aufbrechen. Eine kluge **Zeitpolitik**, erleichtert es, Erwerbsarbeit familiengerecht und partnerschaftlich aufzuteilen. Dadurch und durch ein erweitertes **Rückkehrrecht in Vollzeit** werden wir die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen, damit Frauen am Ende ihrer Berufstätigkeit eine **auskömmliche Rente** erhalten.
- ☞ Wir werden ein effektives **Entgeltgleichheitsgesetz** einführen, das auch für kleine Betriebe gilt und ein wirksames **Verbandsklagerecht** enthält. So können bei strukturellen Benachteiligungen auch Verbände die Klage übernehmen.
- ☞ Für neu geschlossene Ehen wollen wir eine **individuelle Besteuerung** mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Paare, die bereits verheiratet sind, können sich zwischen Einzelveranlagung und Ehegattensplitting entscheiden. Das Faktorverfahren bei der Lohnsteuer werden wir zur Regel machen und die **Steuerklasse 5** abschaffen. **Minijobs** wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen.

- ➡ Wir wollen die **Istanbul-Konvention** endlich auch in Deutschland vollständig **umsetzen**. Wir werden dafür sorgen, dass die **Monitoringstelle** ihre Arbeit vollumfänglich umsetzen kann. **Polizei und Justiz** werden im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassender geschult. Deutlich mehr Frauenhausplätze müssen geschaffen werden, auch im ländlichen Raum. Mit einem gesetzlichen **Rechtsanspruch auf Schutz** sichern wir über eine Geldleistung des Bundes alle Betroffenen ab und verbessern den Zugang zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen.
- ➡ Wir setzen uns für eine ausreichende und **wohnortnahe Versorgung** mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, ein. Um die Versorgung für Frauen dauerhaft zu gewährleisten, sollen Abbrüche außerhalb des Strafrechts geregelt und die Kosten generell übernommen werden. **Familienplanungs- und Beratungsstellen** werden wir absichern und die **freiwilligen Beratungsangebote ausbauen**. Den **§ 219a** wollen wir **aus dem Strafgesetzbuch streichen**. Er behindert Aufklärung und Information.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie funktioniert das Paritätsgesetz?

Dass Parität per Gesetz wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. Dass verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten in zwei Bundesländern aufgezeigt. Demokratie muss die Gleichberechtigung der Geschlechter in den demokratischen Auftrag einbeziehen. Die Entscheidungen der Thüringer und Brandenburgischen Verfassungsgerichtshöfe zu den Paritätsgesetzen in den beiden Bundesländern bedeuten nicht das Ende der Debatte, sondern unterstreichen vielmehr den politischen Handlungsbedarf.

Was wollen die Grünen tun, um die Gesundheit von Frauen zu stärken?

Fehlt in der Gesundheitspolitik der Blick auf das biologische und soziale Geschlecht, kommt unter dem Strich eine Gesundheitsversorgung heraus, die vielen von uns nicht gerecht wird. Denn weiterhin wird oft vom „männlichen Normkörper“ ausgegangen. Aber körperliche Unterschiede und genderbezogene Zuschreibungen wirken sich in der Medizin in vielfältiger Weise aus. Das Risiko von Frauen für eine Erkrankung des Herz-Kreislauf-Systems ist beispielsweise höher als das einer Erkrankung an Brustkrebs. Ersteres wird oft unterschätzt – auch von Ärzt*innen, weil Frauen oft andere als die für Männer typischen Symptome zeigen. Daten zum Geschlecht werden immer noch zu selten erhoben und ausgewertet. Die Lücken bei der Gesundheitsversorgung von Frauen in Bereichen wie der Geburtshilfe, dem Schwangerschaftsabbruch oder der Gesundheitsförderung müssen beseitigt werden, denn sie sind diskriminierend und einer selbstbestimmten Lebensplanung entgegengesetzt.

Wie stehen die Grünen zu Ehegattensplitting?

Der Staat soll Familien unterstützen, nicht ein bestimmtes Lebensmodell privilegieren. In der Pandemie haben vor allem Frauen die Nachteile dieser steuerlichen Regelung, die nur für Ehepartner gilt, zu spüren bekommen, zum Beispiel durch weniger Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit Minijobs und der kostenlosen Mitversicherung setzt das Ehegattensplitting den Partner*innen, die wenig verdienen – und das sind meist die Frauen – Anreize, nicht erwerbstätig zu sein, ohne sie dabei gleichzeitig abzusichern. Die Folgen werden auch in anderen Krisen wie Trennung, Scheidung und Tod des Partners deutlich. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen, auch wenn sie Kinder haben, eine eigene Erwerbstätigkeit ausüben können. So sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung Familien und Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

Wo stehen wir heute beim Thema Gleichberechtigung?

Wir sind schon viele Schritte in Richtung Gleichberechtigung gegangen. Vor dem Gesetz sind Frauen und Männer mittlerweile gleich. Dennoch sind in Deutschland Macht, Geld und Zeit unterschiedlich zwischen den Geschlechtern verteilt. Das zeigt sich zum Beispiel, an der Vertretung der Frauen in Parlamenten, dem Einkommens- und Rentenunterschied und dem Anteil der unbezahlten Arbeit, die von Frauen übernommen wird. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt, selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben. Wir wollen, dass alle Geschlechter frei von einschränkenden Rollenbildern leben können, ihre Potenziale entfalten und Grenzen überwinden können. Wir setzen uns dafür ein, Gleichberechtigung herzustellen: für wirtschaftliche Unabhängigkeit, für Schutz vor Gewalt, für ein selbstbestimmtes Leben.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



GESUNDHEIT

gruene.de/gesundheit

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wo die größten Lücken in unserem Gesundheitswesen sind und worum wir uns am dringendsten kümmern müssen. Denn ein für alle zugängliches, gut erreichbares und gut ausgestattetes Gesundheitswesen ist die Grundlage für eine soziale und chancengerechte Gesellschaft und sichert die Menschenwürde. Gesundheitsschutz und Pflege brauchen einen größeren Stellenwert und müssen solidarisch finanziert werden. Alle Menschen müssen sich darauf verlassen können, überall Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Versorgung zu haben. Dabei haben die Belange der Patient*innen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Für Gesundheitsschutz braucht es aber auch Armutsbekämpfung, Verbraucherschutz, bessere Lebensbedingungen und eine wirksame Umweltpolitik.

Vorsorge muss zu einem Leitprinzip der Gesundheitspolitik werden. Wir wollen unser Gesundheitswesen stark machen, damit es für kommende Krisen, etwa eine neue Pandemie, gut vorbereitet ist. Wir wollen aber auch den Stellenwert individueller Gesundheitsförderung in allen relevanten Politikfeldern deutlich erhöhen. Unser Ziel ist, dass mehr Menschen möglichst lange gesund bleiben. Dazu ist die Bekämpfung von Armut, Verkehrslärm oder von schlechten Wohnbedingungen genauso unerlässlich wie eine Stärkung der Gesundheitsämter.

Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich versorgt werden. Dafür müssen auch die Bedürfnisse chronisch kranker oder älterer Patient*innen stärker berücksichtigt werden. Wir unterstützen **mehr Kooperation und Vernetzung** zwischen den verschiedenen Gesundheitseinrichtungen und -berufen, um für jede*n, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, eine gute Versorgung zu gewährleisten. Wir werden Gesundheitszentren fördern, in denen verschiedene Berufe unter einem Dach und auf Augenhöhe zusammenarbeiten.

Wir denken Gesundheitspolitik von den **Bedürfnissen der Patient*innen und Pflegebedürftigen** aus. Es geht schließlich um ihre Gesundheit und um ihre Lebensqualität. Wir wollen ihnen die beste medizinische Versorgung, Betreuung und Beratung ermöglichen und sie so in die Lage versetzen, informierte und selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. Bei Behandlungsfehlern müssen sie wirksame Hilfe und Unterstützung bekommen. Und wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen.

Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen gründet sich auf gut ausgebildetes und hoch motiviertes Gesundheits- und Pflegepersonal. Wir setzen uns daher für **attraktive und familiengerechte Arbeitsbedingungen** von Therapeut*innen, Hebammen, Ärzt*innen und Pflegekräften ein sowie für deren **gute Entlohnung**. So wollen wir auch dem Fachkräftemangel begegnen.

Die **Digitalisierung** bietet große Potenziale für Patient*innen und unser Gesundheitswesen. Doch eine Digitalisierungsstrategie fehlt im Gesundheitswesen bislang völlig. Es gibt kein Leitbild, keine klaren Verantwortlichkeiten und keine Prioritäten. Wir werden diese Strategie gemeinsam mit allen relevanten Akteur*innen im Gesundheitswesen entwickeln.

Die Versorgung der Patient*innen und der medizinische Fortschritt erfordert eine stabile finanzielle Basis für unser Gesundheitswesen. Eine **gerechte und solidarische Finanzierung** durch eine Bürgerversicherung ist für uns die Voraussetzung dafür.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SCHAFFEN WIR FÜR ALLE EINE GUTE UND GERECHTE GESUNDHEITSVERSORGUNG

- ➡ Mit der **Bürgerversicherung** erreichen wir ein stabiles und gerecht finanziertes Gesundheitswesen. Erste Schritte sind zum Beispiel die Verbesserung der Versorgung etwa mit Sehhilfen in der GKV, die Beseitigung der Benachteiligung von gesetzlich versicherten Beamt*innen sowie die bessere Absicherung und mehr Wahlrechte auch für PKV-Versicherte.
- ➡ Aus der Pandemie müssen **Lehren für künftige Krisen** gezogen werden. Wir wollen das Infektionsschutzgesetz reformieren und einen wissenschaftlichen Pandemierat einführen, die Gesundheitsforschung intensivieren und europäische Produktionsstandorte für Wirkstoffe, Schutzausrüstung und Testungen ausbauen. Zugleich sollen die **Gesundheitsämter** gestärkt und ein neues Bundesinstitut für Gesundheit eingeführt werden.
- ➡ Mit regionalen Versorgungsverbänden wollen wir die Lage vor allem in ländlichen Regionen verbessern und Hürden zwischen ambulanter und stationärer Versorgung überwinden. Vor Ort sind die Gesundheitsprobleme der Menschen in der Region am besten bekannt, dort gibt es oft die passgenauesten Ideen für deren Lösung. Gerade in ländlichen und sozial benachteiligten Regionen sollen moderne **Gesundheits- und Pflegezentren** entstehen, in denen unterschiedliche Gesundheitsberufe zusammenarbeiten. Die wohnortnahe Hebammenversorgung, insbesondere auch in diesen Regionen, wollen wir sicherstellen und z.B. durch einen Sicherstellungszuschlag fördern.

- ➡ Kliniken sollen in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung beinhaltet. So wollen wir insbesondere notwendige ländliche Krankenhäuser und stationäre Abteilungen wie etwa Kindermedizin oder Notfallversorgung sichern. Zudem wollen wir, dass der Bund Vorgaben für eine einheitliche **Krankenhausplanung** machen kann und sich stärker an Investitionen beteiligt. Krankenhäuser, die etwa durch mangelnde Auslastung die erforderliche Qualität nicht sicherstellen können, werden wir nicht einfach aufgeben, sondern zu leistungsfähigen **Gesundheitszentren** umbauen. Die Notfallversorgung in Deutschland werden wir reformieren, damit jeder Mensch im Ernstfall schnell und verlässlich die nötige Hilfe bekommt. Wir wollen mehr **Psychotherapieplätze** und eine Einbindung von Hilfen bei Krisen in die Notfallversorgung.
- ➡ Die **Digitalisierung** im Gesundheitswesen soll den Patient*innen dienen und ihre Versorgung verbessern. Es genügt nicht, einfach nur, die Informationen digital zu verschicken und das Fax durch eine E-Mail zu ersetzen. Informationen müssen klug miteinander verknüpft werden. Unnötige Doppeluntersuchungen können mit der elektronischen Patientenakte vermieden werden, Patient*innen haben es so leichter digital auf Informationen und Dokumente wie den eigenen Impfpass zuzugreifen. Der **Patientenberatung (UPD)** wollen wir durch eine von den Patientenorganisationen getragene Stiftung eine unabhängige und verlässliche Struktur geben. Unterschiede zwischen den **Geschlechtern** müssen in der Forschung etwa zu Arzneimitteln und Therapieverfahren stärker berücksichtigt werden.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was sind die drei wichtigsten Lehren aus der Covid-19-Pandemie?

Der **öffentliche Gesundheitsdienst** wurde in den vergangenen Jahrzehnten kaputtgespart. Er benötigt dauerhaft mehr Personal, eine bessere Ausstattung und eine strukturelle Aufwertung. Ohne ausreichend **Pflegepersonal** ist alles nichts. Wir müssen attraktivere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal im Krankenhaus schaffen.

Wir waren nicht gut **verbereitet**. Kluge Pandemievorsorge, die Bevorratung mit lebenswichtiger Schutzausrüstung und Medikamenten und die Gesundheitsforschung brauchen einen größeren Stellenwert.

Was bringt die Bürgerversicherung?

Die Bürgerversicherung ist ein **gemeinsames Versicherungssystem** von privaten und gesetzlichen Krankenkassen. Im Gegensatz zu heute sind alle Versicherten solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Dafür können sich alle Versicherten unabhängig vom Einkommen die Absicherung leisten, die sie benötigen. Die Einbeziehung von privat Versicherten in den So-

lidarausgleich sowie die Einbeziehung anderer Einkunftsarten führt zu einer längerfristigen **finanziellen Stabilisierung** des Systems. Dies nützt vor dem Hintergrund der Kostensteigerungen allen gesetzlich und privat Versicherten, vor allem aber jenen mit geringeren Einkommen. Die private Krankenversicherung kann auch in der Bürgerversicherung fortbestehen, alle ihrer Versicherten beteiligen sich am Solidarausgleich. Mit der Bürgerversicherung werden die Nachteile für gesetzlich Versicherte aufgehoben und alle gut versorgt, auch Privatversicherte mit geringen Einkünften.

Wie können wir die Versorgung ländlicher Räume verbessern?

Bislang gibt es eine getrennte Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungserbringer*innen in der Gesundheitsversorgung. Dies wirkt als Anreiz, nur auf die eigenen ökonomischen Interessen zu blicken. Vor allem in ländlichen Regionen ist diese getrennte Versorgung nicht mehr zeitgemäß und sorgt für schlechtere Versorgung.

Wir wollen deshalb regionale Versorgungsverbünde fördern: In **Gesundheitsregionen** können regionale Ärztenetze und Gesundheitszentren gemeinsam mit Krankenhäusern die Verantwortung für die Versorgung in der Region übernehmen und hierzu Verträge mit Krankenkassen abschließen. Dadurch gibt es ein gemeinsames Interesse, sich für die Gesundheit und eine gute Versorgung der Menschen in der Region zu engagieren. Die Kompetenzen der Kommunen und deren Gesundheitsämter sollen enger einbezogen werden, zum Beispiel bei Gesundheitsförderung und Prävention.

Herz der Versorgung in solchen Regionen sind **ländliche Gesundheitszentren**. Diese sorgen nicht nur für eine bessere Versorgung, sondern auch für kürzere Wege gerade für chronisch kranke Menschen. Hier gibt es alles unter einem Dach: die Hausärztin, den Apotheker und die Therapeutin. Solche Zentren ermöglichen auch attraktivere Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen sowie andere Gesundheitsberufe. Diese Art der Versorgung ist bislang die Ausnahme in unserem Gesundheitswesen. Wir wollen sie zur Regel machen, besonders in strukturschwachen ländlichen Regionen. Bedarfsnotwendige Krankenhäuser in ländlichen Regionen sichern wir mit einer Reform der Krankenhausfinanzierung besser ab.

Wie funktioniert künftig die Krankenhausfinanzierung?

Bislang bekommen Krankenhäuser für jeden Fall je nach Aufwand eine Pauschale. In diesem System müssen sie möglichst viele Fälle abrechnen, um notwendige Strukturen erhalten zu können. Wir wollen ein neues Finanzierungssystem mit einer fallzahlunabhängigen Säule der Strukturfinanzierung einführen. So werden zum Beispiel bedarfsnotwendige ländliche Krankenhäuser, Kinderabteilungen oder Notfallambulanzen, die heute häufig Finanzierungsschwierigkeiten haben, auch unabhängig von der Fallzahl verlässlicher finanziert. Den verbleibenden fallzahlabhängigen Vergütungsteil wollen wir reformieren. Außerdem wollen wir den jahrzehntelangen Investitionsstau bei den Krankenhäusern auflösen, indem der Bund sich an der Investitionsfinanzierung beteiligt. Im Gegenzug soll er das Recht erhalten, bundesweite Prinzipien für die Krankenhausplanung zu definieren.

Wie wollen wir die Arbeitsbedingungen für Gesundheitsberufe verbessern?

Unser Ziel sind attraktive Arbeitsbedingungen für die im Gesundheitswesen tätigen Beschäftigten. Dafür ist aus unserer Sicht ein ganzes Bündel an Maßnahmen sinnvoll: Wir setzen uns ein für eine faire, möglichst tarifvertraglich geregelte, Bezahlung, eine kostenfreie Ausbildung, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eigenverantwortliche Tätigkeit und eine Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe auf Augenhöhe durch ein modernes Gesundheitsberuferecht sowie eine bedarfsgerechte und verbindliche Personalbemessung.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



Globale Entwicklung und Globalisierung

gruene.de/globalisierung

Globale Herausforderungen wie Pandemien, Hunger, Migration, Klima- oder Finanzkrise brauchen globale Lösungen. Die Zeit drängt. Wir wollen die weltweite sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Die Menschenrechte, die globalen Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaabkommen sind hierfür wichtige Fundamente. Deutschland und die EU müssen beim Schutz globaler Güter, einer gerechten Ressourcenverteilung und bei der Schaffung fairer Entwicklungschancen vorangehen und die notwendigen Mittel bereitstellen.

Unser Wirtschafts- und Wachstumsmodell ist unfair und stößt an planetare Grenzen. Klima-, Umwelt-, Ressourcen- und Verteilungskrisen sind die Folge. Die Ungleichheit in und zwischen den Staaten nimmt zu. Freiheit und menschliche Sicherheit sind bedroht. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung weiter befördert.

Als führende Exportnation muss Deutschland einen führenden Beitrag zur gerechteren und nachhaltigeren Globalisierung leisten. Wir fordern die **Einhaltung der Menschenrechte, der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie des 1,5 Grad Ziels** nicht nur von anderen ein. Wir müssen diese selbst systematisch im Blick behalten und hierfür die Ressourcen und Instrumente zur Verfügung stellen.

Wir wollen **Armut und soziale Ungleichheit** verringern, **Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Gesundheit** fördern, mit einer **globalen Agrarwende** den Hunger beenden, die **Klimakrise** bekämpfen, **Demokratie und Menschenrechte** stärken und **faire Handelsabkommen** schließen. Es ist im Eigeninteresse der Wirtschaft, mehr Verantwortung für das Gemeinwohl und eine gerechtere Globalisierung zu übernehmen. Wir setzen hierbei auch auf **globale Steuergerechtigkeit** sowie ein **wirkungsvolles Lieferkettengesetz**.

Entwicklungspolitik ist für uns **globale Strukturpolitik**, die Beiträge für globale Gerechtigkeit liefert und konkret zur Umsetzung dieser Ziele beiträgt. Das heißt für uns auch, unsere **Beziehungen zum Globalen Süden** von kolonialen und patriarchalen Denkmustern zu befreien, unsere Handelspolitik fairer zu gestalten, Staateninsolvenzverfahren zu schaffen, für **mehr Gerechtigkeit in internationalen Organisationen** wie Weltbank und IWF zu sorgen sowie unsere Verpflichtungen zur internationalen **Entwicklungs- und Klimafinanzierung** verlässlich einzuhalten. Wir wollen die **Vereinten Nationen und multilaterale Zusammenarbeit** stärken, um mit der EU und den VN mehr Wirkung für Entwicklung zu erzielen. Mit unseren Partner*innen im Globalen Süden aus Regierungen und **Zivilgesellschaft** arbeiten wir gleichberechtigt.

DAS HABEN WIR VOR:

GRÜNE ENTWICKLUNGSPOLITIK ALS GLOBALE STRUKTURPOLITIK

- ➡ Wir werden die **0,7-% Zusage zur Entwicklungsfinanzierung (ODA)** bis 2025 erfüllen sowie weitere **10 Mrd. für die internationale Klimafinanzierung** bereitstellen.
- ➡ Wir wollen alle Politikbereiche auf die sozial-ökologische Transformation ausrichten, einen **Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte** einrichten sowie einen **Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV** einführen.
- ➡ Klimagerechtigkeit treiben wir voran, indem wir **Klimapartnerschaften** bzw. die bestehenden **Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz** stärken und uns für einen neuen **Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten** einsetzen. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank sollen zu **Transformationsbanken** umgebaut werden.
- ➡ **Gesundheitssysteme** müssen leistungsfähig und für alle zugänglich sein. Dazu wollen wir die **WHO** als koordinierende Organisation der globalen Gesundheit **mit deutlich höheren Beiträgen** und einem klaren Mandat befähigen.
- ➡ Für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und der **Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen** werden wir die internationale Zusammenarbeit finanziell und konzeptionell darauf ausrichten, Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe zu erreichen sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in allen Projekten zu verankern.
- ➡ Wir wollen **Armut weltweit bekämpfen** und zur Stärkung von sozialen Sicherungssystemen beitragen. Durch **finanzielle Direkthilfen** („social cash transfers“) können in einem ersten Schritt im Rahmen der ODA-Mittel besonders Bedürftige abgesichert werden.

- '''→ Wir wollen die **globale Agrarwende vorantreiben**. Wir setzen uns ein für Agrarökologie, Landrechte, den Schutz der Biodiversität und regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen Nahrungsmittelspekulationen verbieten sowie die Rechte der Kleinbäuer*innen fördern.
- '''→ Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards sowie Menschenrechte entlang der gesamten internationalen Produktions- und Lieferkette achten und durchsetzen, braucht es auf europäischer Ebene ein **weitreichendes Lieferkettengesetz**. Unternehmen müssen im Schadensfall zivilrechtlich in Haftung genommen werden können.
- '''→ Wir wollen international **Mindeststandards für die Steuerpflichten** von Unternehmen und Staaten und die Vereinten Nationen in Steuerfragen stärken. Internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein **Transparenzregister** die Grundlage. Für überschuldete Staaten soll ein rechtlich verbindliches **Verfahren zur Umstrukturierung aller Schulden bei Staaten und privaten Gläubiger*innen** etabliert werden.
- '''→ Wir wollen eine **kooperative Weltwährungsordnung**. Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel mehr Liquidität bereitstellen. Deutschland und Europa können vorangehen und ihre **Stimmrechte zusammenlegen** sowie **nicht genutzte Sonderziehungsrechte Entwicklungsländern zur Verfügung stellen**, wie Kanada es bereits getan hat.



FRAGEN UND ANTWORTEN

Welchen Stellenwert haben die Themen Umweltschutz, Armutsbekämpfung und Soziales bei den Grünen?

Für uns Grüne gehören alle Bereiche untrennbar zusammen. Es gibt kein Entweder-Oder. Denn soziale Gerechtigkeit und der Schutz von globalen Gemeingütern wie der Meere, tropischer Regenwälder oder der Atmosphäre bedingen sich gegenseitig. Nur wenn wir den Schutz der natürlichen Grundlagen unseres Planeten UND die Menschenrechte berücksichtigen sowie das Recht auf Entwicklung respektieren, haben alle Länder dieser Welt die Chance auf zukunftsfähige Entwicklung im Rahmen der planetaren Grenzen. Nur das sichert gutes Leben weltweit. Gerade die reicheren Industrieländer müssen aufgrund ihrer Verantwortung mit gutem Vorbild vorangehen und die Umsetzung des Klimaabkommens und der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) als Vorreiter vorantreiben.

Was haben Entwicklungsgelder mit Migrations- und Grenzmanagement zu tun?

Entwicklungsgelder sind nicht dazu da, Menschen auf der Flucht von Europa fernzuhalten. Aber immer mehr Mittel werden für Migrations- und Grenzmanagement und die Abwehr von Flüchtlingen zweckentfremdet. Verstärkte Grenzen erschweren auch die regionale Entwicklung, zum Beispiel in Westafrika. Diese Gelder fehlen bei der Schaffung von Lebensperspektiven vor Ort. Denn Entwicklungszusammenarbeit soll dazu beitragen, dass Staaten und Regierungen in der Lage sind, ihren Bürger*innen ein Leben in Freiheit und Würde und ohne Furcht und Not zu ermöglichen. Wer verhindern will, dass Menschen überhaupt fliehen müssen oder gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, muss die strukturellen Ursachen von Flucht und damit auch unseren Teil der Verantwortung mit in den Blick nehmen. Deshalb machen wir uns z.B. für ein gerechtes Handelssystem, eine nachhaltige Agrarpolitik und einen Stopp der Rüstungsexporte an menschenrechtsverachtende Regime stark.

Warum müssen wir mehr Geld ausgeben, wenn das 0,7-% Ziel für globale Entwicklung doch 2020 erreicht ist?

2020 wurde das 0,7-% Ziel zwar erreicht, doch für die nächsten Jahre wurde wieder viel zu wenig Geld dafür im Haushalt eingeplant. Für die Bewältigung der Corona-Krise und die globale sozial-ökologische Transformation braucht es jedoch diese Finanzmittel. Wir wollen das 0,7-% Ziel für ODA dauerhaft und verlässlich erreichen. Außerdem rechnet die Bundesregierung die internationalen Klimagelder mit ein, obwohl diese separat versprochen wurden. Sie sind zusätzlich dringend nötig, damit armen Staaten bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise geholfen werden kann. Wir zeigen in unserem Grünen Finanzplan für Entwicklung und Klima, wie wir das 0,7%-Ziel verlässlich erreichen – ohne Flüchtlingskosten einzurechnen und mit zusätzlichen Klimageldern.

Wie stehen die Grünen zu Privatinvestitionen?

Privatinvestitionen und deutsche Firmen können wichtige Beiträge leisten, wie etwa beim Technologietransfer für Erneuerbare Energien. Aber Entwicklungszusammenarbeit (EZ) dient nicht vorrangig dazu, die deutsche Wirtschaft zu fördern. Dafür gibt es eigene Instrumente der Außenwirtschaftsförderung. Grüne EZ will vielmehr die Lebensbedingungen vor Ort im Globalen Süden verbessern. Dort soll inklusives wirtschaftliches Wachstum ermöglicht werden, indem mehr Wertschöpfung vor Ort verbleibt und nachhaltige Arbeitsplätze entstehen. Daher braucht es die Stärkung der lokalen Wirtschaft. Bei vielen privaten Projekten schöpfen aber vor allem internationale Unternehmen die Gewinne ab, oft sogar, ohne vor Ort Steuern zu zahlen oder nachhaltig zu wirtschaften.

Welche Auswirkung hat eine Nachschärfung des Lieferkettengesetzes auf die deutsche Wirtschaft?

Wir wollen nachschärfen, aber nicht zum Nachteil der Unternehmen. Denn nur mit einem wirksamen Lieferkettengesetz bleibt die exportabhängige deutsche Wirtschaft in Zukunft noch wettbewerbsfähig. Das haben viele Unternehmen längst erkannt und befürworten das Gesetz sowie auch seine Nachschärfung, etwa bezogen auf die Unternehmensgröße und die Tiefe der Berichterstattung. Einige Staaten (z.B. Großbritannien und Frankreich) haben bereits Gesetze erlassen und die EU plant, mit einem Gesetz nachzuziehen, das deutlich strengere Vorgaben vorsieht als das deutsche Gesetz. Ein starkes deutsches Lieferkettengesetz bereitet die Unternehmen also rechtzeitig auf die europäische Gesetzgebung vor.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



HAUSHALT

gruene.de/haushalt

Mit uns wird der Bundeshaushalt zukunftstauglich. Wir starten eine umfassende Investitionsoffensive, öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen und Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken. Dafür setzen wir auf eine vorsorgende Haushaltspolitik. Wir wollen für zehn Jahre 50 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich investieren. Wir brauchen bis 2030 ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen und kein Jahrzehnt des harten Sparens und des Investitionsstaus. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Schuldenbremse um eine Investitionsregel zu ergänzen.

Wir wollen den **Investitionsstau auflösen** und die Investitionen in unsere Infrastruktur und Klimaschutz verdoppeln. In vielen Schulen fällt der Putz von der Decke, bezahlbarer Wohnraum in Großstädten ist knapp und im ländlichen Raum ist das Internet zu lahm. Zu wenig Geld fließt für den Klimaschutz oder internationale Krisenprävention. Dies wollen wir ändern. Die USA, China und die meisten unserer europäischen Nachbarn investieren deutlich mehr als Deutschland. Im Finanzplan der Bundesregierung wird die Höhe der Investitionen eingefroren, der Status quo wird lustlos verwaltet. Das werden wir ändern.

Wir machen den Bundeshaushalt zukunftstauglich. Die Haushalte der nächsten Jahre sind unter starkem Druck. Deshalb muss die Haushaltspolitik einer klaren Strategie folgen und auf Klimaschutz, Zukunftsinvestitionen und die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherung ausgerichtet werden. Ökologisch schädliche Produktion soll nicht weiter belohnt werden. Immer noch gibt es klimaschädliche Subventionen in Höhe von über 50 Milliarden Euro jährlich. Sei es bei der Flugindustrie, dem schmutzigen Diesel oder der Subventionierung von Plastik. Das wollen wir ändern und eine doppelte Rendite erreichen: Klimaschädliche Produktion wird teurer und es entstehen gleichzeitig Spielräume im Haushalt, um in Klimaschutz zu investieren.

Wir werden sorgsam mit dem Steuergeld der Bürger*innen umgehen. In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt verschwendet. Die Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in teure Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben sich für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer erwiesen.

Kein Sparen in der Krise: Wir sind weiterhin in einer Notlage, die das wirtschaftliche Gleichgewicht stört. Deswegen ist es richtig, auch für 2022 damit zu planen, die Notfallregel der Schuldenbremse zu nutzen. Eine unnötig schnelle Tilgung kann der wirtschaftlichen Erholung die Luft abschnüren. Das muss verhindert werden. Notwendig sind jetzt politisch verbindliche Garantien, dass wir nach der Krise weder in Deutschland noch in Europa auf einen harten Sparkurs einschwenken. Die Tilgungsfristen für die Corona-Kredite sollten auf 50 Jahre verlängert werden.

DAS HABEN WIR VOR:

SO GEHEN WIR SORGSAM MIT DEM STEUERGELD DER BÜRGER*INNEN UM

- ➡ **Wir werden eine Investitionsoffensive starten.** In schnelles Internet, überall. In Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie. In klimaneutrale Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse und moderne Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird, und in diesem Jahrzehnt pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. So gelingt die sozial-ökologische Transformation, so schaffen wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.
- ➡ Um die Investitionen zu ermöglichen, wollen wir die **Schuldenregel reformieren und um eine Investitionsregel ergänzen.** So können wir die notwendigen zusätzlichen Investitionen mit Krediten finanzieren und damit neue Werte, neues volkswirtschaftliches Vermögen schaffen. Die Zinsen sind gerade historisch niedrig und bleiben es auch auf absehbare Zeit noch. Haben wir 1992 noch 14 Prozent der Steuereinnahmen für Zinsen ausgegeben, sind es heute gerade mal noch drei Prozent. Sie liegen deutlich unter der Rendite für öffentliche Investitionen. Daher ist es ökonomisch klug diese Möglichkeit zu nutzen. Für laufende Haushaltsausgaben sowie Erhaltungsinvestitionen wollen wir die bestehende Schuldenregel beibehalten. Laufende Ausgaben sollen also grundsätzlich durch laufende Einnahmen entsprechend der Regularien der Schuldenbremse gedeckt werden.
- ➡ **Bundshaushalt zukunftstauglich machen: Umweltschädliche Subventionen** werden wir schrittweise abbauen und den Bundshaushalt klimagerecht machen. In einem ersten Schritt können wir so 15 Milliarden Euro jährlich einnehmen und sie für die Finanzierung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des Bundes streben wir eine **Klimaquote** an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung dieser Klima-

schutzinvestitionen setzen wir auf **grüne Anleihen** (Green Bonds). Mit Gender-Budgeting erreichen wir eine konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen.

- ➡ **Haushaltssolidierung** geht nur gerecht. Jährlich entgehen der öffentlichen Hand Milliarden-Euro-Beträge durch Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltung. Durch eine konsequente Politik gegen Steuerhinterziehung könnten bedeutende Mehreinnahmen generiert und Steuergerechtigkeit hergestellt werden

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie wird das Grüne Wahlprogramm finanziert?

Als einzige Partei überhaupt haben wir einen Vorschlag, wie wir das wichtige Thema der Erhöhung von Zukunftsinvestitionen angehen. Dafür wollen wir – ausschließlich für Investitionen – eine Ergänzung der Schuldenbremse.

Für die anderen (nicht-investiven) Projekte machen wir ebenso Vorschläge:

- ➡ **Wir sagen, wo der Staat sparen soll: umweltschädliche Subventionen, Straßenbau, unsinnige Rüstungsprojekte, zusammen sind das mehr als 15 Mrd. Euro pro Jahr Einsparungen im Haushalt.**
- ➡ Wir fordern eine härtere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und –vermeidung sowie einen faireren Beitrag der Digitalkonzerne und der Finanzindustrie
- ➡ Wir wollen eine moderate Erhöhung der Beiträge von hohem Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwohls.

Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise und nach der aktuell geplanten Kreditaufnahme über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen hoch. Wir haben aber ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen sind sanierungsbedürftig und Deutschland gehört beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden.

Wie wollen die Grünen die Schuldenbremse ergänzen?

Wir ergänzen die Schuldenregeln um eine Investitionsregel. Investitionen, die neues Vermögen schaffen, sollen über Kredite finanziert werden können. Das kommende Jahrzehnt müssen wir wegen der Klimakrise, der Digitalisierung und des Sanierungsrückstandes zu einem Jahrzehnt

der Zukunftsinvestitionen machen. Unsere große Sorge ist aber, dass die enormen Tilgungsverpflichtungen aus der Corona-Zeit die Investitionstätigkeit sogar noch weiter drosseln werden. Das wäre fatal. **Geringe Schulden nützen zukünftigen Generationen nichts, wenn gleichzeitig das Klima kippt und die Infrastruktur zerfällt.** Deshalb sollten solche Investitionen auch aus Krediten finanziert werden können. Eine Studie belegt zudem, dass unser Investitionsprogramm zu einer höheren Wirtschaftsleistung führt und daher die Schuldenquote langfristig konstant bleibt.

DigitalPakt Schule, Kommunalinvestitionsförderfonds, Breitbandausbau, Förderprogramme im Energiebereich und beim Klimaschutz – der Bund stellt regelmäßig Geld bereit, das vor Ort gar nicht ankommt. Wie stellt ihr sicher, dass sich das ändert?

Die Gründe für den schlechten Mittelabfluss sind komplex. Sie sind unter anderem:

- ☞ Es fehlen Kapazitäten bei der Planung und beim Bau, sowohl öffentlich als auch privat.
- ☞ Förderprogramme sind oft zu komplex. Dadurch sind Kommunen oft mit der Förderlandschaft überfordert.
- ☞ Für einzelnen Kommunen sind die Ko-Finanzierungsbeiträge zu hoch.
- ☞ Planungsverfahren dauern meist sehr lange.

Im Kern dreht sich die Debatte um die **fehlenden Kapazitäten**. Klar ist, dass es etwas dauern wird, bis mehr Planerinnen und Planer eingestellt sind, bis sich die Kommunen auf eine dauerhafte Investitionsstrategie des Bundes eingestellt haben und ihre eigenen Prozesse darauf ausrichten. Aber: Die Kapazitäten werden sich nur erhöhen, wenn es verlässliche Zusagen des Bundes gibt, dauerhaft mehr zu investieren. Der Zickzackkurs der Bundesregierung bei Investitionen ist weder für die Bauwirtschaft, noch für die Länder und Kommunen verlässlich genug, um neue Kapazitäten bei Planung und Bau aufzubauen. Das senkt die Investitionsquote zusätzlich, weil so Investitionsmittel liegen bleiben. Was es braucht, ist eine verlässliche Investitionsstrategie. Der Bund muss das Signal senden: Wir haben verstanden, wir werden zum verlässlichen Partner für wichtige Investitionen in die Zukunft. Wir wollen eine Investitions-offensive für die nächsten zehn Jahre.



Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



INKLUSION

gruene.de/inklusion

Wir treten für eine inklusive Gesellschaft auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention ein, in der Menschen mit Behinderung ihre Fähigkeiten und Talente selbst einbringen können. Menschen mit Behinderungen haben ein Recht darauf, gleichberechtigt wohnen, lernen und arbeiten zu können und die Unterstützung zu wählen, die sie dafür brauchen. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Rechte und Chancen garantiert. Die inklusive Gesellschaft ist den Bedürfnissen der Menschen zugewandt, sie passt sich diesen immer weiter und immer wieder neu an. Egal ob in der Schule, im Büro, Stadion oder Theater. Sie fördert alle Schüler*innen individuell und ermöglicht auch alten und nicht so beweglichen Menschen ein gutes Leben. Deshalb profitieren davon alle.

Eine inklusive Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt und alle Menschen vor Diskriminierung und Gewalt schützt.

Behinderte Menschen haben **das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe** und auf Schutz vor Diskriminierung **in allen Bereichen der Gesellschaft** – von ihrer eigenen Wohnung über öffentliche Verkehrsmittel bis hin zum Sportstadion oder Theater. Zu viele Barrieren verhindern das allerdings. Es gibt zu wenig Wohnungen, Geschäfte, Arztpraxen, Freizeitstätten und Verkehrsmittel, in denen Menschen mit einem Rollstuhl oder anderen Hilfsmitteln gut zurechtkommen. Auch **Websites** müssen für blinde und gehörlose Menschen nutzbar gemacht werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass **behinderte Menschen die Berufe ausüben** können, die **ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechen**, und sie bei gleicher Qualifikation gleichberechtigt mit nicht behinderten Menschen eingestellt werden.

Wir wollen Schulen, in denen behinderte und nicht behinderte Kinder zusammen lernen und jedes Kind gemäß seinen Bedürfnissen und Talenten gefördert wird. Der Bund soll die Länder dabei unterstützen, **Schulen inklusiv** zu gestalten.

Wer **Unterstützung** wie Assistenz, Begleitung oder pädagogische Betreuung braucht, **soll da unterstützt werden, wo sie oder er leben will**, anstatt auf spezielle Einrichtungen verwiesen zu werden.

Zurzeit leben in Deutschland mehr als zehn Millionen behinderte Menschen. Durch den demografischen Wandel werden es immer mehr. Ihnen **die gleiche Teilhabe** am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist **ein Menschenrecht** und Gebot der **Gerechtigkeit**.

DAS HABEN WIR VOR:

FÜR EINE INKLUSIVE GESELLSCHAFT

- ➡ Betreiber*innen von Geschäften, kommerziellen Websites, Gaststätten, Hotels, Kinos usw. wollen wir mit einem **Barrierefreiheits-Gesetz** verpflichten, innerhalb eines realistischen Zeitraums Barrieren abzubauen. Waren und Dienstleistungen müssen genauso barrierefrei werden, wie die Orte, an denen sie angeboten werden. Dort, wo dies (noch) nicht möglich ist, sollen die Betreiber*innen ihre Angebote möglichst auf anderen Wegen zugänglich machen („angemessene Vorkehrungen“ treffen), etwa durch mobile Rampen oder Bring-Dienste.
- ➡ Behinderte Menschen sollen die **Assistenz, Hilfsmittel und andere Formen der Unterstützung**, die sie benötigen, erhalten. Wir wollen allen Menschen die auf Teilhabeleistungen angewiesen sind, ein **uneingeschränktes Wunsch- und Wahlrecht bei der Leistungsgestaltung** garantieren. Die Leistungen müssen sich am Bedarf der behinderten Menschen orientieren und unabhängig von Einkommen und Vermögen erbracht werden.
- ➡ Unter anderem durch eine Erhöhung der Bundesförderung soll der Anteil **barrierefreier Wohnungen** deutlich erhöht werden. Um selbstbestimmte Mobilität und selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir außerdem die Städtebauförderung für inklusive Stadtquartiere stärken und die **soziale Wohnraumförderung an Barrierefreiheit binden**.
- ➡ Wir wollen den **Arbeitsmarkt inklusiv** gestalten. Dafür sollen Arbeitsplätze an die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen angepasst werden. Menschen, die in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten, wollen wir den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Das **Budget für Arbeit** (ein unbefristeter Lohnzuschuss) werden wir ausbauen und Menschen, die es nutzen, in der Arbeitslosenversicherung absichern. Wir wollen **Arbeitgeber** einfacher und transparenter **fördern**, die **behinderte Menschen beschäftigen**. Große Arbeitgeber, die deutlich weniger behinderte Menschen beschäftigen als vorgeschrieben, sollen eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen, die wir in die Förderung inklusiver Beschäftigung investieren. Die **Schwerbehindertenvertretungen** wollen wir **stärken**.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet eine Pflicht zur Barrierefreiheit für die Wirtschaft?

Barrierefreie Produkte, Websites oder Dienstleistungen neu zu entwickeln, ist in der Regel nicht teurer als nicht barrierefreie. Auch bei Neubauten fallen die Mehrkosten in der Regel nicht ins Gewicht. Für bestehende Gebäude und Produkte muss und wird es Übergangsfristen geben. Können Barrieren im Einzelfall nicht abgebaut werden, sollen die Betreiber ihre Angebote im Rahmen des Möglichen auf anderen Wegen zugänglich machen („angemessene Vorkehrungen“ treffen). Mögliche Kosten werden bei der Beurteilung berücksichtigt. Solche „angemessenen Vorkehrungen“ können z.B. die Anschaffung einer mobilen Rampe oder das Angebot sein, Einkäufe einmal täglich zu den Kunden zu bringen.

Das Beispiel USA zeigt, dass Barrierefreiheit selbstverständlich sein kann, wenn der politische Wille da ist. Dort hat sich auch gezeigt, dass eine Verpflichtung der Wirtschaft sogar nutzen kann. Denn Barrierefreiheit bringt zusätzliche Kundschaft und kann Innovationsmotor sein. Aufzüge, Hörbücher und Spracheingaben zeigen, dass auch viele nichtbehinderten Menschen gerne barrierefreie Produkte nutzen.

Führt eine Ausweitung des Diskriminierungsschutzes nicht zu einer Klagewelle?

Schon als das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz eingeführt wurde, wurde eine Klagewelle befürchtet. Sie ist nicht eingetreten. Genauso wenig wird zu einer Klagewelle führen, den Schutz für alle Gruppen anzugleichen.

Wie stehen die Grünen zu spezialisierten Einrichtungen für behinderte Menschen?

Wir wollen behinderten Menschen echte Wahlfreiheit ermöglichen. Behinderte Menschen haben das gleiche Recht wie nicht behinderte Menschen, ihren Wohnort, ihre Schule oder ihren Arbeitsplatz frei zu wählen. Dieses Recht wird heute vielen vorenthalten, weil Gebäude nicht barrierefrei sind oder die benötigte Unterstützung nur in bestimmten Einrichtungen geleistet wird. Wir wollen das heutige Werkstattssystem zu einem System von Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme von bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mindestens auf Mindestlohn-niveau ermöglicht wird. Wir werden Arbeitnehmer*innen-Rechte sicherstellen und fördern den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Tagesförderstätten wollen wir in diesen Prozess mit einbeziehen. Wenn ein Leben mit der benötigten Unterstützung außerhalb spezieller Einrichtungen möglich ist, werden weniger solcher Einrichtungen gebraucht

Was sagen die Grünen zum Bundesteilhabegesetz?

Unser Ziel ist es, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln und Teilhabe zu garantieren – kein Zwang, Leistungen gegen den Willen der Betroffenen zusammen mit anderen in Anspruch zu nehmen („Poolen“), echtes Wunsch- und Wahlrecht, Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten und ein Bundesteilhabegeld. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach und unbürokratisch sein und Entscheidungen im Sinne der Menschen mit Behinderung schnell erfolgen.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



INNERE SICHERHEIT

gruene.de/sicherheit

Nur ein starker demokratischer Rechtsstaat kann Bedrohungen effektiv abwehren, Grundrechte schützen, Sicherheit für alle Bevölkerungsgruppen garantieren und unsere Freiheit bewahren. Unsere Demokratie muss wehrhaft bleiben, mit einer starken Zivilgesellschaft, selbstbewussten Parlamenten, einer gut ausgestatteten, transparenten und bürger*innennahen Polizei und einer handlungsfähigen, starken Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Eine wirksame Innenpolitik, die tatsächlich mehr Sicherheit schafft, gründet sich auf Fakten, bedient sich verfassungskonformer Instrumente und spielt nicht mit den Ängsten der Bevölkerung.

Wir stehen für einen **Paradigmenwechsel hin zu einer neuen progressiven und rationalen Sicherheits- und Kriminalpolitik**, die auf Fakten gründet, statt anlasslos Bürger*innen zu überwachen und Sicherheitsbehörden mit ausufernden Befugnissen auszustatten.

Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau, der Mord an Walter Lübcke, Waffenlager-Funde bei Rechtsextremen und Verschwörungsideologen, Rassismus und Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden, aber auch der islamistisch motivierte Anschlag auf dem Breitscheidplatz oder der homophob motivierte Mord in Dresden zeigen: Unsere Freiheit und Demokratie werden massiv angegriffen.

Dem wollen wir mit einer **bürgernahen, transparenten und starken Polizei** entgegentreten. Denn Deutschland ist grundsätzlich ein sicheres Land. Das liegt auch an der guten Arbeit vieler Polizistinnen und Polizisten. Unser Ziel ist es, die Sicherheitsbehörden künftig so aufzustellen, dass sie zielgerichtet und gut abgestimmt arbeiten und basierend auf klaren rechtsstaatlichen Prinzipien geordnet und effektiv kooperieren. Wir wollen demokratisch kontrollierte Institutionen, die konkrete Gefahren zielgerichtet abwehren, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind und das Vertrauen der Bürger*innen genießen.

Wir wollen eine **andere Schwerpunktsetzung in der Sicherheitspolitik**: Prävention und De-Radikalisierung sowie Waffenrechts-Verschärfungen müssen bei der Kriminalitätsbekämpfung im Mittelpunkt stehen. Durch konsequente Anwendung bestehender Gesetze wird effektiv die Sicherheit gefördert. Pauschale Straf- und Gesetzesverschärfungen ohne tatsächlichen Nutzen lehnen wir ab.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SORGEN WIR FÜR SICHERHEIT UND ERHALTEN DIE FREIHEIT

- ➡ Konkrete Gefahren werden nicht durch Massenüberwachung abgewehrt, sondern durch **zielgerichtete Maßnahmen**, wie die engmaschige Observation von Gefährdern, und konsequente Anwendung bestehender Befugnisse durch personell wie technisch gut ausgestattete Sicherheitsbehörden.
- ➡ **Starke, transparente und bürgernahe Polizei**: Für ihre Aufgaben wie Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung und den Schutz der Grundrechte wollen wir die Polizei stärken, in der Stadt und auf dem Land, analog und digital. Den früheren Personalabbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt wollen wir durch eine Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben und gleichzeitig spezialisierte Ausbildungen und Studiengänge ermöglichen. Wir wollen, dass die Polizei die Diversität der Bevölkerung widerspiegelt, eine bessere Fehlerkultur und die Einführung einer/s Bundespolizeibeauftragten, wohin sich Polizist*innen wie auch Bürger*innen bei Missständen wenden können sowie unabhängige wissenschaftliche Studien über verfassungsfeindliche Einstellungen.
- ➡ Die **Kooperation und Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden** auch über Ländergrenzen muss reformiert werden, wozu die Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren GTAZ (= Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum-zuständig für islamistischen Terrorismus) und GETZ (= Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum) gehört.
- ➡ Rationale Sicherheitspolitik setzt eine **solide Faktenlage und klare Zuständigkeiten** voraus. Deshalb werden wir den Periodischen Sicherheitsbericht wieder einführen, dessen Aussagekraft sich in der Vergangenheit bewährt hat.

- '''→ **Verschärfung des Waffenrechts:** Um Attentate zu erschweren, werden wir illegalen Waffenhandel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen verstärkt verfolgen. Doch jedes Jahr sterben Menschen auch durch legale Waffen, beim Hantieren mit ihnen oder durch Straftaten. Um ein valides Bild über die Dimensionen und Ursachen solcher Straftaten zu bekommen, muss dokumentiert werden, ob eine Straftat mit einer legalen oder illegalen Schusswaffe begangen wurde, ob es bei der Tat auch zu einer Schussabgabe kam und ob die oder der Tatverdächtige berechtigt war, die Waffe zu besitzen oder nicht. Jeder Mensch, der durch eine Waffe stirbt, ist einer zu viel. Deshalb wollen wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen - außer für Jäger*innen, die ohne diese Waffen ihre Aufgaben nicht erfüllen können - schrittweise beenden.
- '''→ **Verfassungsschutz neu ordnen:** Wir wollen den Verfassungsschutz strukturell neu aufstellen: zum einen mit einem unabhängigen, wissenschaftlich und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung. Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr, das mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Um Vertrauen zurückzugewinnen werden wir die Kontrolle der Arbeit der Nachrichtendienste stärken und den Einsatz menschlicher Quellen gesetzlich regeln.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was denken die Grünen über die Polizei?

Wir sind für eine personelle Stärkung, modernste Ausstattung und angemessene Aus- und Fortbildung der Polizei, um mehr Sicherheit und Bürger*innennähe zu schaffen. Schon seit vielen Jahren arbeiten wir in Bund und Ländern intensiv mit Polizei-Vertreter*innen zusammen - denn wir wissen, Freiheit fällt nicht vom Himmel und für ihren Schutz brauchen wir auch die Expertise und Erfahrungen der vielen Polizist*innen. Wenn wir gegen rechtsextreme Netzwerke in der Polizei schonungslos vorgehen wollen, dann tun wir das für eine wehrhafte Demokratie und zum Schutz des Großteils der Polizist*innen, die mit beiden Füßen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und dafür tagtäglich hohen Einsatz zeigen. Weil die Polizei für unsere Sicherheit so wichtig ist und das Gewaltmonopol des Staates ausübt, braucht sie aber auch eine starke rechtsstaatliche Kontrolle. Dies hat das Bundesministerium des Innern - seit 2005 durchgehend geführt von Ministern der CDU/CSU - bis heute sträflich vernachlässigt. Das Vertrauen in Polizei und Nachrichtendienste wurde in dieser Zeit durch viele Skandale stark beschädigt. Von dort gibt es auf alle Herausforderungen in der Inneren Sicherheit immer die gleichen Antworten: symbolhafte Law&Order-Politik im Hauruckverfahren, „Datensammelflut“ der Sicherheitsbehörden und tiefe Eingriffe in Grundrechte - ohne vorherige Fehleranalyse, ohne Prüfung der Effektivität und Wirksamkeit, ohne seriöse Folgenabschätzung. Nicht umsonst scheitern einschlägige Gesetze immer wieder vor dem Bundesverfassungsgericht.

Kommen mit geflüchteten Menschen auch Gefährder nach Deutschland?

Alle Geflüchteten wegen Einzelner unter Generalverdacht zu stellen, wäre unredlich und inhuman gegenüber den vielen Menschen, die durch größtes Leid gezwungen sind ihre bisherige Heimat zu verlassen.

Vereinzelt sind auch „Gefährder“ – ob getarnt oder später radikalisiert – nach Deutschland und Europa gekommen. Attentate zu verhindern ist zentrale Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Wenn bei der Registrierung im Asylverfahren der Verdacht auf Islamismus aufkommt, werden bereits zu Beginn Sicherheitsbehörden beteiligt.

Islamistischer Terrorismus ist kein neues Phänomen und hat seine Wurzeln auch inmitten unserer Gesellschaft. Es radikalisieren sich Menschen, die hier aufgewachsen sind. Das mussten wir in Frankreich, Belgien oder Deutschland erleben. Gewaltbereiter Islamismus spricht Jugendliche aller sozialen Schichten und aller religiösen, nationalen oder kulturellen Herkunft an. Zur Terrorabwehr gehört deshalb auch immer eine wirkungsvolle Prävention. Wir fordern: Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen müssen endlich gemeinsam in einem bundesweiten Präventionsnetzwerk arbeiten und Programme zur De-Radikalisierung und für Aussteiger*innen stärken.

Wie stehen die Grünen zum Verfassungsschutz?

Wir wollen einen strukturellen Neustart beim Verfassungsschutz. Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt, vor allem im Hinblick auf den NSU-Komplex und auf den Fall des islamistisch motivierten Attentäters vom Breitscheidplatz. Es sind Veränderungen beim Verfassungsschutz, insbesondere durch einen personellen Neuanfang, zu beobachten. Dennoch muss ein struktureller Neustart folgen, mit dem die Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird. Wir wollen deshalb ein Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr gründen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Um die Strukturen und Zusammenhänge demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen wie Islamismus oder Rassismus effizient zu beobachten und zu analysieren, wollen wir als zweite Säule ein unabhängiges, wissenschaftlich arbeitendes Institut zum Schutz der Verfassung errichten.



Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



KLIMA

gruene.de/klima

Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir in den nächsten Jahren konsequent handeln, können wir die Krise noch stemmen. Ambitionierter Klimaschutz bringt riesige Chancen mit sich: er schafft neue sichere Arbeitsplätze und klimagerechten Wohlstand, macht unsere Städte und ländlichen Räume lebenswerter und ist die Voraussetzung dafür, die Freiheit kommender Generationen zu erhalten. Diese Chance gilt es jetzt zu ergreifen.

Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Dieser verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kippunkten im Klimasystem zu verhindern. **Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen.** Dafür ist schnelles und substanzielles Handeln in den nächsten Jahren entscheidend.

Wir erhöhen das **deutsche Klimaziel für 2030 auf mindestens -70%** und wollen **in 20 Jahren Klimaneutralität** erreicht haben. Den **Kohleausstieg wollen wir auf 2030** vorziehen.

Wir wollen die Erneuerbaren massiv ausbauen. Dafür werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Unser Ziel sind **1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren.** Außerdem wollen wir die Solarenergie in die Fläche bringen, bspw. neben Autobahnen und Schienen. Um den Ausbau der **Windenergie voranzubringen, sorgen wir dafür, dass 2 Prozent der Landesfläche** dafür genutzt werden kann, Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen wir.

Die Bahn und den ÖPNV machen wir fit für dieses Jahrhundert und geben für den ländlichen Raum eine **Mobilitätsgarantie** ab. In den Städten sorgen wir für autofreie Kieze und Innenstädte. **Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden. Kurzstreckenflüge wollen wir bis 2030 überflüssig machen,** indem wir die Bahn massiv ausbauen.

Wir wollen, dass die Milliarden an öffentlichen Geldern der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden.

Vom Klimaschutz profitieren alle. Es sind vor allem Menschen mit geringeren Einkommen, die schon heute am meisten unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden. Auf der anderen Seite sind es gerade jene Menschen mit höheren Einkommen, die das Klima übermäßig belasten, indem sie größere Autos fahren und mehr Wohnraum beanspruchen. Die negativen Folgen haben aber alle zu tragen. Für uns ist klar: **Klimaschutz muss für alle und überall möglich und bezahlbar sein.**

DAS HABEN WIR VOR:

WIE WIR DEUTSCHLAND KLIMAFREUNDLICH MACHEN WOLLEN

- ➡ Mit einem **Klimaschutz-Sofortprogramm** werden wir in allen Sektoren wirksame Maßnahmen anstoßen und bestehende Ausbauhindernisse beseitigen.
- ➡ Durch einen **klugen Mix aus Ordnungsrecht, Anreizen und Förderung sowie CO₂-Preisen** sorgen wir dafür, dass Klimaschutz sozial gerecht ist und sich auch ökonomisch lohnt. Die anstehende **Reform des EU-Emissionshandels (ETS)** muss eine deutliche Reduzierung von Zertifikaten beinhalten. Dadurch wollen wir einen CO₂-Preis im Bereich Strom und Industrie erreichen, der dafür sorgt, dass immer stärker Erneuerbare statt Kohle zum Einsatz kommen. Sollte das nicht schnell genug gelingen, setzen wir auf einen **nationalen CO₂-Mindestpreis im ETS von 60 Euro**. Damit wird es gelingen, dass der Kohleausstieg bereits 2030 vollzogen werden kann.
- ➡ Den nationalen CO₂-Preis im Bereich Wärme und Verkehr wollen wir bereits im Jahr 2023 auf 60 Euro erhöhen. Danach soll der CO₂-Preis so ansteigen, dass er in Verbindung mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert.
- ➡ **Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis geben wir vollständig an die Menschen zurück: als Energiegeld, das wir als Pauschale pro Kopf ausbezahlen, und als Strompreissenkung durch eine geringere EEG-Umlage.** Das kommt vor allem Familien und Menschen mit geringem Einkommen zugute, denn gerade sie verbrauchen sehr viel weniger CO₂ als Menschen mit hohem Einkommen. Beziehende*innen von Transferleistungen wie Arbeitslo-

sengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grund-sicherung angerechnet wird. So findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Menschen mit besonderen Belastungen unterstützen wir über einen Klimabonus-Fonds, etwa beim Umstieg auf ein emissionsfreies Fahrzeug.

- ☛ Wir werden Klimaschutz systematisch in unsere Rechtsordnung aufnehmen. Wir wollen dem Staat mehr Möglichkeiten geben, durch eine intelligente Steuergesetzgebung klimaschonendes Verhalten zu belohnen und die fossilen Energieträger den wahren Preis zahlen zu lassen. Für Genehmigungsprozesse führen wir eine **Klimaverträglichkeitsprüfung** ein. Mit einer **CO₂-Brems**e machen wir Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe und stellen sicher, dass Gesetze mit den nationalen Klimaschutzzielen und dem CO₂-Budget vereinbar sind.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet ambitionierter Klimaschutz für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft?

Klimaschutz ist Kern einer zukunftsfähigen Wirtschaft. „Made in Germany“ soll zukünftig nicht nur für Qualität und Innovation, sondern auch für nachhaltige Produkte und Prozesse stehen. Ideen dafür liegen in vielen Bereichen längst auf dem Tisch. So lässt sich Stahl mit grünem Wasserstoff ohne klimaschädliche Kohle herstellen, neue Werkstoffe und alternative Verfahren erhöhen die Klimaverträglichkeit von Zement, biotechnologische Verfahren und nachwachsende Rohstoffe weisen in der Chemieindustrie den Weg aus der Erdölchemie.

Ging es in den Debatten mit der Industrie früher häufig noch um die Frage des „ob“, so geht es heute um die Frage des „wie“. Die Automobilkonzerne wissen, dass die Zukunft in einer klimaneutralen Mobilität liegt. Unternehmen aus der Grundstoffindustrie wie Stahl oder Chemie erarbeiten inzwischen Dekarbonisierungspläne, die eine realistische Chance auf Umsetzung haben, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist bereits in vollem Gange. Viele wirtschaftlich wichtige Länder haben bereits angekündigt, zur Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral werden zu wollen, darunter u.a. die USA, Japan und Südkorea. In der Umwelttechnik haben wir bereits gezeigt, wie es gehen kann: Beinahe 2,8 Millionen Menschen arbeiten allein in Deutschland im Umweltschutz. Fast jedes dritte Unternehmen gibt in Umfragen an, dass seine Umweltinnovationstätigkeit auch durch Umweltgesetze und -regulierungen ausgelöst worden ist.

Wie wirkt sich Klimaschutz auf die Arbeitsplätze in Deutschland aus?

Klimaschutz schafft gute und zukunftssichere Arbeitsplätze. Zugleich tragen wir Sorge dafür, dass keine Beschäftigten zurückgelassen werden. In der Summe ist Klimaschutz ein riesiger Arbeitsplatzmotor. Alleine der Erneuerbaren-Sektor schafft ein Vielfaches der Arbeitsplätze, die

z.B. in der Kohleindustrie wegfallen, dazu kommen neue Arbeitsplätze in der Wasserstoff-Industrie, bei der Batterieherstellung, im Handwerk oder bei der Bahn. Wir wollen die ökologische Modernisierung mit den Beschäftigten gestalten.

Einer McKinsey-Studie zufolge kann eine Strategie für Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zusätzlich fünf Millionen neue Jobs in Europa bringen. Allein in Deutschland werden bis 2035 fast 800.000 zusätzliche Jobs in klimarelevanten Bereichen entstehen. Neue Jobs, die entstehen, sollen auch gute Jobs sein – tarifgebunden, mitbestimmt, sicher und gut bezahlt. Dort, wo sich Jobprofile und Arbeitsplätze grundlegend verändern, braucht es in der ökologischen Transformation ein breites und wirksames Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren.

Wie kann Klimaschutz sozial gerecht sein?

Als einzige Partei haben wir Grüne ein konkretes Konzept, wie ambitionierter Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Wir sorgen dafür, dass Klimaschutz für alle möglich und bezahlbar ist. Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis geben wir vollständig pro Kopf als Energiegeld zurück. Das kommt vor allem Familien und Menschen mit geringem Einkommen zugute, denn gerade sie verbrauchen sehr viel weniger CO₂ als Menschen mit hohem Einkommen.

Ist das Grüne Wahlprogramm kompatibel mit dem Pariser Klimaabkommen?

Ja, Paris ist unsere Grundlage. Wir müssen jetzt schnell und effektiv ins Machen kommen, um überhaupt noch die Chance zu haben, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dieses Jahrzehnt ist dafür entscheidend. D.h. wir brauchen sofort den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und einen schnelleren Kohleausstieg, eine Mobilitätswende, eine Sanierungswelle für Gebäude, einen wirksamen CO₂-Preis, den Abbau von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen und eine umwelt- und klimagerechte Umgestaltung der Landwirtschaft. Jedes Zehntelgrad zählt.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



KOMMUNEN

gruene.de/kommunen

Menschen beurteilen die Demokratie nach den Erfahrungen, die sie vor Ort machen. Wir wollen gute Lebensbedingungen für alle Menschen – überall in Deutschland. In jeder Gemeinde und in jeder Stadt sollen die Menschen eine intakte Umwelt und gute Schulen und Kitas vorfinden, gesund leben und sich politisch beteiligen können. Die öffentlichen Einrichtungen müssen für alle Menschen gut erreichbar sein. Das zu gewährleisten ist die Aufgabe von Kommunalpolitik. Sie braucht dafür Handlungsspielräume und eine solide Finanzausstattung.

In Deutschland gibt es seit Jahren **große Unterschiede bei den Lebensbedingungen**. Es gibt arme und reiche Städte, arme und reiche Gemeinden. Durch die Corona-Pandemie drohen sich diese Unterschiede zu verstärken.

Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen überall. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob Kinder gute Schulen und Kitas und ein gesundes Umfeld vorfinden, und so einen guten Start ins Leben haben oder nicht. Auch, wenn nicht in jeder Gemeinde oder in jedem Ortsteil Schwimmbäder, Büchereien oder Theater vorhanden sein können, so muss doch gewährleistet sein, dass solche Orte des Zusammenlebens leicht erreichbar sind. Dafür braucht es auch einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr und gut ausgebaute Radwege.

Wir wollen, dass individuelle Entfaltung und gesellschaftliches und politisches Engagement überall im Land möglich sind. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders und Orte gegen Einsamkeit und Vereinzelung.

All das sind **Aufgaben der Kommunalpolitik**. Sie braucht die gesetzlichen, planerischen und finanziellen Mittel, um die Schulen gut auszustatten und die Schuldächer zu reparieren. Sie braucht diese Mittel, um einen attraktiven und verlässlichen öffentlichen Personennahverkehr anzubieten, um Grünflächen anzulegen und zu pflegen, um Radwege zu bauen und zu unterhalten, um Begegnungsorte für Familien und alte Menschen zu schaffen, um kulturelle Einrichtungen oder Sportanlagen zu betreiben und um Menschen die demokratische Teilhabe zu ermöglichen.

Da die Kommunen nur wenig Einfluss auf ihre Einnahmen haben, sind Bund und Länder gefordert, **Städte, Gemeinden und Landkreise auskömmlich auszustatten und bei der Gesetzgebung die Situation der Kommunen mit in den Blick zu nehmen**.

DAS HABEN WIR VOR:**SO SORGEN WIR FÜR
LEBENSWERTE KOMMUNEN**

- ➡ Wir wollen gemeinsam mit Bund und Ländern eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern. Regionen, die heute mit großen Problemen konfrontiert sind, sollen so die Möglichkeit erhalten, ihre Zukunft wieder selbst gestalten zu können. Anhand von nachvollziehbaren Kriterien sollen in allen Bundesländern verstärkt Finanzmittel in bisher strukturschwache Regionen fließen. Es ist entscheidend, dass die Mittelvergabe nicht mehr nur nach wirtschaftlicher Stärke, sondern auch nach Infrastrukturausstattung und sozialen Kriterien erfolgt. Zudem ist uns eine kommunale Zusammenarbeit innerhalb dieser Regionen wichtig.
- ➡ Regionalbudgets sollen Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort die finanziellen Mittel und damit die Möglichkeit geben, in Eigenverantwortung für die Region wichtige und sinnvolle Projekte anzugehen. Für zentrale Versorgungsbereiche wie zum Beispiel Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir Mindeststandards entwickeln und mit einer Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ überall in Deutschland Orte des sozialen Miteinanders wie Marktplätze, Gemeindezentren und Sportstätten fördern. Wir wollen gezielt Forschungsinstitute und Bundeseinrichtungen in strukturschwache Regionen vor allem in Ostdeutschland bringen. So können dort Arbeitsplätze geschaffen werden und die Regionen werden attraktiv auch für junge Familien.
- ➡ Wir wollen für die Kommunen eine solide und auskömmliche Finanzausstattung sicherstellen. Nur so können sie die ihnen zugewiesenen Aufgaben bewältigen und ihre Zukunft entwickeln. Nur so können sie investieren, Bürger*inneninitiativen unterstützen, soziale Einrichtungen und Angebote im Sport- oder Kulturbereich finanzieren.
- ➡ Dafür wollen wir, dass Bund und Länder die Städte und Gemeinden bei der Tilgung ihrer Altschulden fair unterstützen. Die gemeindlichen, Corona-bedingten Steuerausfälle der Kommunen müssen von Bund und Ländern ausgeglichen werden, damit Städte und Gemeinden handlungsfähig bleiben. Kommunen sollen künftig stärker von der Wertschöpfung vor Ort profitieren.
- ➡ Förderprogramme, die sich an Kommunen richten, müssen einfacher und unbürokratischer werden. Die Hürden für finanzschwache Kommunen, diese Gelder abzurufen, müssen gesenkt werden. Eine Kompetenzagentur soll die Kommunen beim Abruf der Mittel unterstützen. Mittelfristig braucht es eine höhere Grundfinanzierung der Kommunen, damit vor Ort entschieden werden kann, welche Ausgaben priorisiert werden.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Sind nicht alleine die Bundesländer für ihre Kommunen zuständig?

Verfassungsrechtlich sind die Länder für die Kommunen zuständig. Allerdings ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine bundesweite Aufgabe, für die auch der Bund zuständig ist. Sichtbar wurde diese Zuständigkeit, als die Bundesregierung eine Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland eingesetzt hat. Leider wurden deren Ergebnisse aber nicht oder nur sehr unzulänglich umgesetzt.

Der Bund beschließt die Gesetze. Oft sind es jedoch die Kommunen, die die Gesetze umsetzen müssen. Und meist kostet das Geld, häufig viel Geld. Als Beispiel sei der geplante Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter genannt. Diese sinnvolle und längst überfällige Aufgabe ist für die zuständigen Städte und Gemeinden sehr teuer. Hier braucht es dringend finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder. Alleine können die Kommunen diese und andere ihnen neu übertragenen Aufgaben nicht schultern. Wenn der Bund solche zusätzlichen Angebote beschließt, so muss er auch dafür sorgen, dass sie finanziert werden.

Was hat der Bund in den letzten Jahren für die Kommunen getan?

Der Bund hat die Kommunen in den letzten Jahren immer wieder unterstützt. So war zum Beispiel die höhere **Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft** für Hartz-IV-Bezieher*innen hilfreich für Kommunen, die durch diese Kosten stark belastet wurden. Auch der Ausgleich der Corona-bedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer durch Bund und Bundesländer im Jahr 2020 war eine gute und notwendige Hilfe.

Allerdings sind die **Städte, Gemeinden und Landkreise durch die Corona-Krise stark belastet**. Sie müssen neue Aufgaben in den Gesundheits- und Ordnungsämtern bewältigen. Sie hatten Einnahmeausfälle nicht nur bei der Gewerbesteuer, sondern auch bei der Einkommensteuer oder durch die wegfallenden Kitagebühren, mussten auch die geringere Auslastung von Bussen und Bahnen verkraften. Außerdem mussten sie viele Einrichtungen lange Zeit schließen, wie zum Beispiel Bäder oder Büchereien. Die Einnahmen sind in dieser Zeit weggefallen, aber viele Fixkosten wie etwa Personal- und Heizkosten fielen dennoch an.

Städte und Gemeinden in touristisch attraktiven Regionen, mit vielen gastronomischen Betrieben und Hotels wurden durch die Coronakrise besonders hart getroffen. Durch die Schließung des Einzelhandels werden alle Innenstädte eine grundlegende Wandlung erleben.

Um die Coronakrise bewältigen zu können, **müssen Städte und Gemeinden investieren** können. Sie sind immerhin für 55 Prozent der öffentlichen Investitionen verantwortlich und haben schon vor der Krise einen immensen Investitionsstau in Höhe von ca. 150 Milliarden Euro vor sich hergeschoben.

Um einer **Verödung der Innenstädte vorzubeugen**, müssen die Städte und Gemeinden neue Ideen entwickeln, neue Möglichkeiten erhalten, die Innenstädte als öffentliche Orte weiterzuentwickeln. Auch hierfür brauchen sie finanzielle Mittel. Dafür wollen wir einen Städtebau-Notfallfonds auflegen.

Aus diesen Gründen müssen Bund und Länder auch für die Jahre 2021 und 2022 die Corona-bedingten Steuermindereinnahmen der Kommunen ausgleichen. Der Bund muss **Investitionsprogramme** auflegen, die den Städten und Gemeinden unbürokratisch bei ihrer Investitionstätigkeit helfen. Nur so kommen die Städte und Gemeinden glimpflich aus der Krise.

Für die Altschulden sind nur die Länder zuständig, in denen die Kommunen mit den hohen Schuldenständen liegen. Ist das nicht ungerecht?

Die Bundesländer, deren Kommunen hohe Altschuldenbestände angesammelt haben, müssen ihren hoch verschuldeten Kommunen helfen. Allerdings können sie dies nicht alleine bewältigen. Gründe für hohe Altschulden sind der Strukturwandel in den Regionen und die Bundesgesetzgebung, vor allem im Sozialbereich. Deshalb ist auch der Bund verantwortlich für die Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik. In den ostdeutschen Bundesländern liegt das Altschuldenproblem bei den Wohnungsunternehmen. Auch hier muss der Bund beim Abbau der Altschulden helfen.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



LÄNDLICHE RÄUME

gruene.de/land

In der Stadt wie auf dem Land: Wir wollen, dass jede*r in Deutschland gut und selbstbestimmt leben kann. In den ländlichen Regionen braucht es lebendige Dörfer und Kleinstädte, in denen die öffentlichen Dienstleistungen funktionieren und man leben kann, ganz wie man mag. Wo das Internet schnell, der Handyempfang exzellent ist. Für den Einkauf muss man nicht umständlich weit fahren, Bus und Bahn kommen regelmäßig und auch nach 20 Uhr. Es gibt Kita, Schule und Krankenhaus, interessante Ausbildungs- und Arbeitsplätze, eine intakte Wirtschaft sowie ausreichend Sportplätze und Jugendeinrichtungen. Wir wollen die Regionen in ihrer Vielfältigkeit stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen.

Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und eine gute regionale Daseinsvorsorge, auch in den Regionen, wo es noch nicht so gut läuft. Wir machen die Stadt- und Dorfkerne wieder zu lebendigen Orten der Begegnung. Unser Ziel ist es, dass Menschen überall im Land sich frei entfalten, Mitmachen und engagieren können. Dazu brauchen sie Möglichkeiten, sich auszutauschen und ihre Kommune aktiv und nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Dieses Engagement ist unverzichtbar für lebenswerte Regionen. Wir brauchen gute Infrastruktur und den Zugang zu öffentlichen Gütern wie bspw. einen zuverlässigen ÖPNV.

Wohnen und Arbeiten auf dem Land wollen wir zusammenbringen und damit Rückkehr- und Bleibeperspektiven schaffen. Wer im Dorf nicht nur zum Schlafen ist, dem bleibt auch Zeit und Raum für Austausch und Mitgestaltung. Wenn es eine medizinische Betreuung in der Nähe gibt, dann ist auch ein lebenslanges Wohnen in gewohnter Umgebung möglich. Der geöffnete Dorfladen oder die gut besuchte Gaststätte machen den Dorfkern attraktiv und schaffen Orte des Zusammenlebens.

Die Menschen vor Ort wissen am besten, was es braucht. **Für gleichwertige Lebensverhältnisse und eine starke kommunale Selbstverwaltung müssen die Kommunen finanziell gut aufgestellt und leistungsfähig sein.** Wir wollen die Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Denn wir brauchen handlungsfähige Kommunen, die in die Infrastrukturen des Zusammenlebens wie Schulen, schnelles Internet, Bus und Bahn investieren können.

Immer mehr Fleischereien und Bäckereien müssen schließen. Statt regional produzierten Lebensmitteln kann man vielerorts nur noch die abgepackten Importe im Supermarkt kaufen. **Wir wollen das regionale Lebensmittelhandwerk wieder stärken und so die Nahversorgung mit Produkten aus der Region sichern.** So schaffen wir auch einen Absatzmarkt für die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe sowie für Handwerksbetriebe.

DAS HABEN WIR VOR:

SO STÄRKEN WIR DEN LÄNDLICHEN RAUM

- ☞ **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land:** Wir wollen eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern, damit Bund und Länder gemeinsame Aufgaben gemeinsam übernehmen. Regionen mit großen Versorgungsproblemen sollen wieder investieren und gestalten können. **Regionalbudgets** geben Bürger*innen und Akteur*innen in Förderregionen die Mittel in die Hand, ihre Städte und Dörfer selbstbestimmt zu entwickeln. Wir wollen Funklöcher stopfen und überall den Rechtsanspruch auf schnelles Internet umsetzen, mit garantierten Mindestbandbreiten. Damit beispielsweise guter ÖPNV überall das gleiche bedeutet, wollen wir für alle Mobilitätsangebote verbindliche Mindeststandards setzen. Eine **regional verbundene Gesundheitsversorgung** sorgt dafür, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich versorgt werden.
- ☞ **Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land:** Um lebendige Ortskerne zu erhalten, in denen jede*r gut leben, lernen und arbeiten kann, wollen wir Zersiedelung und Flächenfraß in ländlichen Regionen begrenzen, bestehende Gebäude vor dem Verfall bewahren und eine ausreichend schnelle Breitband- und Mobilfunkversorgung sichern. Wir schaffen eine Bundesstrategie zur Förderung von „Orten des Zusammenhalts“, wo Begegnungen und Austausch stattfinden. Wir unterstützen die Umnutzung von Leerstand beispielsweise für Co-Working-Spaces, soziale und kulturelle Einrichtungen oder die Wiederansiedlung von Lebensmittelgeschäften in kleinen Ortschaften.
- ☞ **Nahversorgung und Wertschöpfung in den Regionen:** Das eingeschränkte Leben in der Coronakrise hat uns vor Augen geführt, wie wichtig regional funktionierende Lieferketten sind. Wir wollen die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln stärken und so dem Betriebsterben entgegenreten. In öffentlichen Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und ökologische Produkte einsetzen – so schaffen wir Nachfrage und faire Preise. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch lokale Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von regionalen Produkten für Schutz vor Betrug.

'''→ **Mobilitätsgarantie:** Gerade auf dem Land ist das Auto für viele unverzichtbar. Mit Solaranlage auf dem Dach und Stromspeicher im Keller und einer Wandladestation in der Garage kann das E-Auto praktisch und preiswert aufgeladen werden und wir bringen so die Antriebswende weg vom Verbrenner voran. Wir wollen mit den Ländern eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einführen, erweiterte Angebote an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen entwickeln und Radwege ausbauen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet die Energiewende für Menschen auf dem Land?

Das Klima zu schützen nützt allen Menschen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Denn Klimaschutz ist Menschheitsschutz. Den Ausbau von Solaranlagen in der Stadt und von Windenergie auf dem Land wollen wir so gestalten, dass Anwohner*innen möglichst wenig eingeschränkt werden. So wollen wir den Bau von Windenergieanlagen auch in direkter Nähe zu Industrie und Gewerbe unterstützen und durch Repowering erreichen, dass alte Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungsstärkere ersetzt werden können. Mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung sorgen wir für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche Standortwahl und stärken zugleich den Schutz von Vögeln und Fledermäusen.

Die Förderung der E-Mobilität unterstützt gerade dort den Umstieg, wo das Auto auch auf lange Sicht unverzichtbar ist. Mit einer Mobilitätsgarantie sichern wir Mobilität gerade in ländlichen Regionen. Unser Energiegeld und eine Senkung der EEG-Umlage sorgen dafür, dass die Verteuerungen durch einen CO₂-Preis sozial verträglich ausgeglichen werden. Wer auf dem Land lebt, wenig verdient und etwa weit zur Arbeit pendeln muss, bekommt außerdem einen Klimabonus für den Kauf eines, auch gebrauchten, E-Autos oder für den Tausch der alten Öl- oder Gasheizung mit einer erneuerbaren.

Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



LANDWIRTSCHAFT

gruene.de/agrar

Wir wollen Umwelt-, Tier-, Klima- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung miteinander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen – das begreifen wir als Aufgabe für die nächsten Jahre. Wir stehen für eine Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur arbeitet, Tiere respektvoll behandelt, Bäuerinnen und Bauern ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht und uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt. Wir wollen die regionale Erzeugung und Vermarktung stärken und so dem Betriebssterben der letzten Jahre entgegenreten.

Mit einem **grundlegenden Wandel der Agrarpolitik** sichern wir unsere Lebensgrundlagen. Das geht nur mit einem Verständnis von Natur, die sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz verpflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme, aber auch faire Bezahlung von Landwirt*innen und ein geändertes Ernährungssystem. Die Agrarpolitik der vergangenen Jahre hat die Landwirtschaft in eine Sackgasse geführt. Industrialisierung und Intensivierung wurden vorangetrieben auf Kosten der Natur, der Tiere und letztendlich auf Kosten der Bäuer*innen, die allzu oft keine fairen Preise für ihre Erzeugnisse bekommen.

Indem wir dafür sorgen, dass die Landwirtschaft deutlich klimaschonender wird, stoppen wir auch den massiven Verlust der **Artenvielfalt**. Ökolandbau trägt dazu wesentlich bei.

Die Tierhaltung in Deutschland muss von Masse nach Klasse umgebaut werden. Wir wollen eine **tieregerechte Haltung** gezielt fördern und die gesetzlichen Regeln verbessern, damit die Tiere ausreichend Platz, Auslauf, Licht und Beschäftigung erhalten. Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis getrieben: Bäuerinnen und Bauern werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr produzieren, um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben immer kürzer, die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen.

Damit Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit der Natur arbeiten und davon ihren Lebensunterhalt sichern können, werden wir das System der Agrarförderung umbauen. Die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** der EU sollte zu einem Instrument für eine ökologische Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft.

DAS HABEN WIR VOR:**SO GESTALTEN WIR GRÜNE
LANDWIRTSCHAFT**

- ➡ Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die **Landwirt*innen durch eine Umbauförderung, faire Preise für ihre Arbeit und verpflichtende Haltungskennzeichnungen auf den Produkten für alle Tierarten unterstützen**. Tierhaltung soll strikt an die Fläche und Obergrenzen pro Stall gebunden werden. Den Umbau werden wir durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte ebenso gezielt fördern wie die Weidetierhaltung. **Qualzucht, Amputationen und Eingriffe ohne Betäubung wollen wir beenden, den Einsatz von Antibiotika senken und Tiertransporte auf vier Stunden begrenzen**.
- ➡ **Die Gelder der GAP sollen künftig an gesellschaftliche Leistungen gebunden werden** – also für mehr Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzmaßnahmen fließen. Die bevorstehende Förderperiode werden wir nutzen, um einen **Ökolandbau-Anteil von 30 Prozent sowie eine Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes bis 2030 zu erreichen**. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert.
- ➡ Durch eine systematische **Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für Glyphosat und andere besonders umwelttoxische Wirkstoffe** werden wir den Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit gestalten und die Artenvielfalt damit schützen. Um den Einsatz von Pestiziden insgesamt zu reduzieren, führen wir eine **Pestizidabgabe** ein. Die Ausbringung von Pestiziden in Natur- und Trinkwasserschutzgebieten werden wir untersagen. Die Landwirt*innen werden durch Gelder der Pestizidabgabe dafür entschädigt.
- ➡ Wir wollen die **Züchtung von robusten Sorten und die Forschung für ökologisches Saatgut** vorantreiben sowie die Forschung zu alternativen Ansätzen stärken, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen. Dabei muss der Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren einerseits die Freiheit der Forschung gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen. Wir werden daher an einem strengen Zulassungsverfahren und am Vorsorgeprinzip festhalten.
- ➡ Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden daher mit Hilfe des Wettbewerbsrechts **gegen Dumpingpreise im Lebensmittelhandel und gegen Bodenspekulation und den Ausverkauf von ländlichen Flächen** vorgehen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Ökolandbau, Tierschutz & Co. – wie wirkt sich das auf die Preise aus?

Viele Menschen haben genug von Skandalen und Gift im Essen. Sie sind bereit, für gutes und gesundes Essen einen fairen Preis zu zahlen. Das hat bei den Eiern geklappt – heute sind fast alle Eier aus Freilandhaltung. Wir wollen gutes Essen zu fairen Preisen, die sich Verbraucher*innen leisten können und Bäuer*innen ihr Auskommen sichern. Der von uns vorgeschlagene „Tierschutz-Cent“ für den Umbau der Tierhaltung würde einen Liter Milch um ca. 2 Cent teurer machen, eine Packung Butter um 4 Cent. Gleichzeitig hilft er entscheidend, eine tiergerechte Haltung in der Landwirtschaft umzusetzen. Klar ist aber auch: Für Menschen mit wenig Geld ist das kein Klacks. Die fünf Euro täglich, die derzeit im Hartz-IV-Satz für Lebensmittel berechnet werden, sind schlicht zu wenig. Für alle Menschen in Deutschland muss es möglich sein, sich gut und gesund zu ernähren. Kostensteigerungen wollen wir durch einen höheren Mindestlohn und für diejenigen, die Sozialleistungen beziehen, durch höhere Regelsätze und die Einführung einer neuen Berechnungsmethode im Rahmen der Grünen Garantiesicherung berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir gutes Kita- und Schulesen fördern. Davon profitieren gerade Kinder aus ärmeren Familien.

Viel mehr Ökolandbau, weniger Pestizide, keine Gentechnik – können so genügend Lebensmittel erzeugt und die Versorgung gesichert werden?

Nicht der Ökolandbau, sondern die Futtermittelproduktion für unsere ausufernde industrielle Massentierhaltung verbraucht unnötig viel landwirtschaftliche Fläche. Beim Einsatz von Pestiziden muss erreicht werden, dass ihr Einsatz nicht die Biodiversität und damit auch die Grundlagen der Landwirtschaft zerstört. Deshalb brauchen wir ein gezieltes Pestizidreduktionsprogramm. Die Agrogentechnik hat bis heute nichts zur Welternährung beigetragen. Im Gegenteil: Sie hat den massenhaften Anbau von Futtermitteln und Einsatz von Pestiziden sowie die Monopolisierung und Monotonisierung in der Landwirtschaft angeheizt. Bisher tragen Kleinbauern in der Hauptsache die Welternährung. Viele Studien zeigen, dass für unsere Lebensmittelversorgung die Stärkung einer umweltgerechten, ökologischen Pflanzenproduktion vor Ort nachhaltiger ist als Massentierhaltung, Pestizide, Saatgutmonopole und Risikotechnologien.

Klimaschutz in der Landwirtschaft – wie soll das gehen?

Auch die Landwirtschaft muss ihren Teil zum Klimaschutz beitragen. Ca. ein Viertel der globalen Treibhausgase stammt aus der Landwirtschaft. Dabei spielt die Tierhaltung mit knapp 70 Prozent der landwirtschaftlichen Treibhausgase eine zentrale Rolle. Die Art der Tierhaltung bestimmt auch, wie die Flächen in Deutschland und anderswo bewirtschaftet werden. Wir wollen eine Tierhaltung, die auf Qualität setzt statt auf Masse, denn für die industrielle Massentierhaltung haben wir noch nicht einmal genügend Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen. Auch Lebensmittelverluste in der gesamten Kette vom Acker bis hin

zu den Verbraucher*innen schaden dem Klima: 22 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen werden dadurch unnötig ausgestoßen. Für Klimaschutz in der Landwirtschaft wollen wir künftig die Fördergelder der EU-Agrarpolitik an Natur-, Umwelt- und Tierschutzleistungen binden und nicht mehr länger an den Flächenbesitz. Dann können Maßnahmen gefördert werden, die gut für Klima und Landwirte sind, wie Humusaufbau oder Agroforstsysteme. Grünlandumbruch wollen wir verbieten und Moorböden wiedervernässen. Zur Anpassung an die Klimakrise und gegen das Insektensterben helfen Ansätze, die das ganze Anbausystem in Richtung Regionalität und Vielfalt verändern – deshalb sind der ökologische Landbau und die Agrarökologie mit angepassten, robusten Sorten unsere Leitbilder.

Wie stehen die Grünen zu Agrogentechnik?

Auch die sogenannte neue Gentechnik, CRISPR/Cas und weitere Techniken, sind gentechnische Methoden, die direkt in die Erbsubstanz des Tiers oder der Pflanze eingreifen, sodass veränderte Eigenschaften an die Nachkommen weitergegeben werden. Damit ist die Technik bei Freisetzung in die Umwelt sehr schwer rückholbar oder kontrollierbar – ein Grund, das Vorsorgeprinzip strikt anzuwenden und gentechnisch veränderte Lebewesen zumindest vor einer Zulassung für die Anwendung in nichtgeschlossenen Systemen eingehend zu prüfen und auf dem Markt zu kennzeichnen, wie es in der EU der Fall ist.

Denn aus unserer Sicht sind noch viele Fragen offen: Ohne Kontrolle und Kennzeichnung – wie können sich Menschen beim Einkauf für oder gegen Gentechnik entscheiden? Wie können die gentechnikfrei und ökologisch wirtschaftenden Landwirte oder Verarbeiter vor Verunreinigungen geschützt werden? Wie können schon jetzt bekannte ungewollte Fehler der sehr neuen Gentechniken (CRISPR/Cas ist erst seit 2012 bekannt) ausgeschlossen werden?

Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren sein, einerseits die Freiheit der Forschung zu gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Es gilt daher, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festzuhalten. Eins ist für uns ganz klar: Bei allen Eingriffen in die Natur – insbesondere bei solchen, die nicht rückgängig zu machen sind – müssen Risiken nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen werden.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



MEDIEN- UND KULTURPOLITIK

gruene.de/medien-und-kultur

Die Künste sind frei und sie müssen keinen Zweck erfüllen. Kultur ist von zentraler Bedeutung für die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die Persönlichkeitsbildung. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der Pandemie zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und Reichhaltigkeit findet und Kultur und kulturelle Bildung die politische Förderung bekommen, die sie benötigen. Kritischer, vielfältiger und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle, genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und non-profit Medienlandschaft.

Die Corona-Krise hat gezeigt, auf welch dünnem Eis der Kulturbetrieb steht. Vom einen auf den anderen Tag gerieten viele Kulturschaffende in existenzielle wirtschaftliche Notlagen. **Wir wollen den Kulturbetrieb krisenfest machen und damit die kulturelle Vielfalt langfristig sichern.** Kulturschaffende sollen angemessen vergütet und sozial besser abgesichert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass **kulturelle Angebote für alle zugänglich** sind, dass Frauen im kulturellen Leben angemessen repräsentiert sind und ökologisches Engagement in der Kulturszene unterstützt wird („Green Culture“).

Unsere Erinnerungskultur wollen wir erweitern um die Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes und für die Erfahrungen migrantischer Bürger*innen öffnen. Die Anerkennung bisher wenig beachteter Opfergruppen des Nationalsozialismus ist unser Ziel.

Medien, die gründlich recherchieren und unabhängig von staatlichem oder wirtschaftlichem Einfluss informieren, sind die Voraussetzung dafür, dass Bürger*innen sich fundierte Meinungen bilden können. In einer pluralistischen Medienlandschaft ist Platz für verschiedenste Perspektiven. Damit der **öffentlich-rechtliche Rundfunk stark und zukunftsfest** aufgestellt ist, arbeiten wir für eine funktionsgerechte Finanzierung, die einem definierten Programmauftrag folgt. Weil er von allen finanziert wird, muss er auch alle erreichen. Aus seiner besonderen Stellung

und dem Anspruch, die Vielfalt der Lebenswelten, Meinungen und Interessen der Bevölkerung abzubilden, ergibt sich auch sein Reformbedarf. Die Digitalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss vorangetrieben und seine bisherigen Angebote überprüft werden. **Auch private lokale Medien wollen wir stärken, insbesondere dort, wo sie anspruchsvolle journalistische Angebote machen.**

DAS HABEN WIR VOR:

FÜR EINE FREIE MEDIEN- LANDSCHAFT

- ➡ Mit einer nachhaltigen Wiederaufbaustrategie wollen wir nach der Pandemie die **Kommunalfinanzen stärken**, so dass Spielraum für den Erhalt von Kulturorten geschaffen und der **Kulturbetrieb krisenfest** wird. Außerdem wollen wir das Zuwendungsrecht reformieren, damit Kultureinrichtungen für Krisenzeiten Rücklagen bilden können. Mit einem Fonds werden wir **Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss schützen**. Wir wollen die **Künstlersozialkasse stärken**, Rechtssicherheit für die Mitgliedschaft schaffen und die freiwillige Weiterversicherung für Selbständige in der Arbeitslosenversicherung vereinfachen. Kreative sollen angemessen an den Gewinnen der Plattformen beteiligt werden. Den Film und Kinos wollen wir angesichts des schnellen Wandels der Produktions- und Vertriebsformen besonders stärken.
- ➡ Mit dem **kostenlosen Eintritt für Schüler*innen in staatlichen Museen** und die **Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken** wollen wir den Zugang zu Kultur erleichtern. Insbesondere in ländlichen Regionen wollen wir Kultureinrichtungen zu Begegnungsorten, sogenannten „Dritten Orten“, zwischen Arbeit und Zuhause umgestalten.
- ➡ **Kultur braucht Frauen**. Bei der Besetzung von Intendanzen, bei staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und in Juries werden wir eine Quote einführen.
- ➡ Wir wollen den **Kulturbetrieb ökologisch** aufstellen. Dafür werden wir einen „**Green Culture Fonds**“ als Förderinstrument zur Finanzierung der notwendigen Investitionen für die ökologische Transformation des Kulturbetriebs einrichten.
- ➡ Bisher wenig beachtete **NS-Opfergruppen** wie die sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ sowie „Euthanasie“-Opfer sollen durch eine angemessene Entschädigung anerkannt werden. Durch eine zentrale Erinnerungsstätte wollen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über unser **koloniales Erbe** vorantreiben.

- '''→ Zusammen mit den Ländern initiieren wir eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie **öffentlich-rechtliche Medien** im 21. Jahrhundert aussehen sollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rundfunkräte die Vielfalt unserer Gesellschaft besser abbilden. Die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender wollen wir zu gemeinsamen Plattformen weiterentwickeln.
- '''→ Lokale Medien brauchen eine mit den Ländern abgestimmte, **staatsfern organisierte Förderung**. Um Qualitätsjournalismus zu stärken werden wir die **sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen** für gemeinnützigen wie kommerziellen Journalismus substantiell verbessern.



FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet die sozial-ökologische Transformation für die Kulturszene?

Gerade weil die Kulturszene durch die Coronakrise so stark gebeutelt ist, müssen wir ihr bei der sozial-ökologischen Transformation unter die Arme greifen. Wir stellen mit unserem „Green Culture“-Konzept Geld und Strukturen zur Verfügung, um den Kulturbetrieb zukunftsfähig zu gestalten. Und das in einem angemessenen Tempo. Diese Hilfe ist keine Überforderung, sondern Unterstützung – denn die Kulturszene ist schon längst beim Thema ökologische Nachhaltigkeit aktiv – bisher jedoch vor allem ehrenamtlich, ohne strukturierte Hilfen seitens der Bundeskulturpolitik. Ökologische Filmproduktionen, CO2-sparende Ausstellungspräsentationen, umweltfreundliche Touren und viele andere wegweisende Entwicklungen sollten die politische Unterstützung erhalten, die sie verdienen.

Was bedeutet eine Quote für den Kulturbetrieb und die Freiheit der Künste?

Die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Kulturbetrieb zeigt: Künste sind frei, vorausgesetzt sie sind männlich. Obwohl Frauen teilweise die Mehrheit der Studiengänge ausmachen und hochqualifiziert sind, bleiben sie etwa in Orchestern, Ensembles oder in der freien Szene nach wie vor unterrepräsentiert. Auf der Leitungsebene kommen sie nur selten an. Die Quote bringt nicht nur eine echte Kunstfreiheit, sondern durch die Perspektiven der Frauen auch mehr Vielfalt. Die Erfahrung aus anderen gesellschaftlichen Bereichen hat gezeigt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nicht ausreichen, um Geschlechtergerechtigkeit zu schaffen.

Warum ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk wichtig für die Vielfalt?

Vielfalt kann nicht allein quantitativ, sondern muss qualitativ bestimmt werden. Unabhängige Information ist heute wichtiger denn je. Ob zum Beispiel Gesundheitsinformationen verlässlich und nicht von Interessen der Pharmaindustrie beeinflusst sind, macht gerade in Pandemiezeiten einen großen Unterschied aus. Auch nehmen die Versuche ausländischer Regierungen zu, gezielte Desinformation über soziale Medien zu verbreiten. Wir brauchen deshalb Journa-

list*innen, die frei von wirtschaftlichen und politischen Interessen recherchieren und informieren. Und sie müssen für ihre Arbeit alle zur Verfügung stehenden Verbreitungskanäle nutzen können. Wir wollen deshalb den Programmauftrag so modernisieren, dass die öffentlich-rechtlichen Medien viel stärker als bisher auch online aktiv sein können.

Wie stehen die Grünen zum Einfluss der Politik auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Wir wollen keine Beeinflussung des öffentlich-rechtlichen Programms durch politische Akteur*innen. Daher wollen wir auch in Zukunft keine Steuerfinanzierung, sondern an der Beitragsfinanzierung festhalten, da sie die Grundlage für Unabhängigkeit bildet. Staatsferne und Unabhängigkeit der Medien sind für uns unverhandelbar. Und wir wollen, dass Bürger*innen mehr darüber mitbestimmen können, wie ihr Rundfunk aussehen soll. Dafür müssen die Rundfunkräte, die kontrollieren sollen, ob der Programmauftrag eingehalten wird, vielfältiger werden, damit die unterschiedlichen Perspektiven unserer Gesellschaft Berücksichtigung finden.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



MODERNER STAAT

gruene.de/moderner-staat

Die großen Umbrüche und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft fordern einen modernen und effektiven Staat, fordern mehr denn je den Willen zur Kooperation, zum Zusammenführen, zum Kompromiss, der mehr ist als die Summe seiner Teile. Demokratische Gesellschaften können mehr, indem sie sich vernetzen, voneinander lernen und ihre Kräfte bündeln. Es braucht einen neuen Stil der Zusammenarbeit innerhalb der Regierung, der Regierung mit dem Parlament, im Umgang mit der Opposition und den Bürger*innen. So wollen wir den Staat und die Verwaltung bürger*innennäher, innovativer und schneller machen, als Grundlage für eine funktionierende Demokratie.

Wir wollen das **Verhältnis von Regierung, Parlament und Bürger*innen neu begründen**: starke Parlamente und Abgeordnete, neue Formen der Beteiligung, die frühe Einbeziehung von Bürger*innen bei Planungsprozessen, die transparente Einbeziehung der demokratischen Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Fakten.

Wir wollen unsere **Verwaltung modernisieren, sie kreativer, digitaler und innovativer machen und besser ausstatten**. Wir wollen Mut machen zu experimentieren und eine positive Fehlerkultur zu entwickeln. Unsere **Staatlichkeit soll bunter und feministischer werden**.

Wir gehen die Digitalisierung des Staates ganzheitlich an. Digitale Leistungen des Staates sollen als transparente und offene Plattform für Bürger*innen und Wirtschaft verstanden werden. Wir verfolgen dabei die **Vision eines digitalen, antragslosen und proaktiven Sozialstaats**. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte Anträge geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

Wir planen den Aufbau neuer Behörden und Verwaltungsstrukturen, weil wir einen starken und effizienten Staat wollen, der zu den Aufgaben passt. Dazu gehört dann auch, dass wir **überprüfen, was es nicht mehr braucht, was zugemacht werden kann, was besser werden muss**.

DAS HABEN WIR VOR:**SO MACHEN WIR DEN STAAT
BÜRGER*INNENNÄHER,
INNOVATIVER UND SCHNELLER**

- ➡ Weil sozial-ökologische Transformation und Digitalisierung, die Modernisierung des Staates und des öffentlichen Dienstes nur als Gemeinschaftsprojekte gelingen, wollen wir einen Konvent auf den Weg bringen, um aufbauend auf den Lehren aus der Pandemie das **Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen neu und tiefgreifend zu justieren**.
- ➡ Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die Repräsentanz. Mit **Bürger*innenräten** schaffen wir die Möglichkeit, die Alltagsexpertise von Bürger*innen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen.
- ➡ Derzeit dauert es oft viel zu lange, Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab. Unser Ziel ist, alle Planungs- und Umsetzungszeiten zu halbieren. Dafür schaffen wir **mehr öffentliche Planungskapazitäten, binden Bürger*innen frühzeitig ein, bündeln Verfahren und starten auf allen Ebenen eine Personaloffensive** in Planungsbehörden und zuständigen Gerichten.
- ➡ Wir wollen **digitale Ämter**, die serviceorientiert, schnell und zuvorkommend sind. Verwaltungsverfahren sollen stets digital gedacht und gestaltet werden, vor allem auch in der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Mit barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren und unnötige Bürokratie abbauen.
- ➡ Den öffentlichen Dienst wollen wir wieder stärken und ihn zugleich modernisieren. Mehr Stellen, eine große Fortbildungsoffensive, gute Bezahlung, flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst fit für das 21. Jahrhundert.
- ➡ Wir wollen den **Personalausweis auf dem Smartphone**. Jede Person soll eine kostenfreie digitale Identität erhalten können, um digitale Angebote nutzen zu können. Im Rahmen einer ganzheitlichen eGovernment-Strategie wollen wir ein Smartphone-Wallet für alle Sektoren, mit dem ein Mobilpass für unterschiedlichste Mobilitätsangebote, Serviceangebote der Verwaltung, eHealth- und eJustice-Infrastrukturen und auch digitale Beteiligungsformate ermöglicht werden.

- ➡ Eine klimaneutrale Bundesverwaltung umfasst die Versorgung mit Ökostrom, die Umstellung der Fuhrparks der Bundesbehörden und die Modernisierung der Gebäude des Bundes. Zudem sorgen wir dafür, dass der **Bund seine Beschaffung und seine Förderkriterien an der Einhaltung von ökologischen, Menschenrechts- und sozialen Standards orientiert.**
- ➡ Wir wollen eine Kultur behördlicher Zusammenarbeit, mehr Projektorientierung sowie der Ermöglichung innovativer Ansätze. **Innovationseinheiten und agile Projektteams in den Behörden** sollen diesen Kulturwandel befördern und zugleich für Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg sorgen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Können die Grünen tatsächlich etwas verändern?

Die Hände in den Schoß zu legen und zu resignieren ist unsere Sache nicht. Die Coronapandemie hat uns die Grenzen unserer öffentlichen Verwaltungen gezeigt, der Veränderungsdruck ist jetzt groß. Die Menschen, die in den Verwaltungen arbeiten, haben tagtäglich großes geleistet, aber viele systemische Probleme standen im Weg. Und in deutschen Verwaltungen gibt es längst viele positive Ansätze, auf denen es aufzubauen lohnt. Bürgerbeteiligung wurde in den letzten Jahrzehnten immer weiter ausgebaut und verbessert. In einzelnen Verwaltungen werden längst innovative Formen der Zusammenarbeit erprobt, aber die Digitalisierung erhält leider immer noch viel zu langsam Einzug. Dabei sind Digitalisierung, Bürgerorientierung und Transformation kein Entweder-Oder, sondern werden nur gemeinsam gelingen. Wir sind überzeugt, wenn Veränderung von der Politik vorgelebt und gewollt wird und wir den Veränderungsdruck nach Corona positiv nutzen, wird es mit der Modernisierung des Staates gelingen.

Was bedeutet die Digitalisierung für das Verhältnis von Staat und Bürger*innen?

Eine Digitalisierung, die sich an den Bürger*innen orientiert, wird das Verhältnis von Staat und Bürger*innen auf eine neue Basis stellen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Türen des Staates auch für den persönlichen Kontakt mit Bürger*innen geöffnet bleiben und durch mobile Angebote ergänzt werden. Der Austausch von Unterlagen unter den Behörden muss nach Zustimmung und unter Beachtung des Datenschutzes möglich sein.

Wie wollen die Grünen für Bürger*innenbeteiligung sorgen?

Wir sind für mehr Beteiligung und mehr Demokratie. Eine vielfältige Demokratie braucht Einmischung, Repräsentanz, Lust zur Auseinandersetzung und Kompromissfähigkeit. Deshalb setzen wir uns für Bürger*innenräte auf Bundesebene ein. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die Alltagsexpertise von zufällig ausgewählten Bürger*innen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Erfahrungen aus Planungsprozessen zeigen darüber hinaus, dass die frühzeitige Einbindung der Bürger*innen vor Ort in der Regel dazu führt, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden können.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



NATURSCHUTZ

gruene.de/naturschutz

Eine intakte Natur ist unser aller Lebensgrundlage. Saubere Luft, fruchtbare Böden, gesunde Nahrungsmittel und Trinkwasser ermöglichen gutes Leben. Dafür braucht es funktionierende Ökosysteme. Doch die Art und Weise unseres bisherigen Wirtschaftens schadet der Natur und damit auch uns selbst. Das Artensterben gefährdet wie die Klimakrise unser Leben und das kommender Generationen. Wir wollen die Natur schützen und wiederherstellen. Um die Artenkrise zu bekämpfen, brauchen wir eine Umkehr in der Landwirtschaft und Schutzgebiete, die tatsächlich schützen.

Wir wollen unseren **Artenreichtum bewahren und vor Zerstörung schützen**. Die biologische Vielfalt zu schützen, ist eine wichtige Aufgabe in vielen Politikbereichen – von der Landwirtschaft über den Meeresschutz bis hin zur Einfuhrkontrolle exotischer Tiere. Unser Ziel ist der **Schutz der Natur an Land, auf dem Wasser und in der Luft**. Also auf Wiesen und Feldern, in Flüssen und Seen, in den Wäldern und auf dem Meer.

Unser Ziel ist eine **Landwirtschaft, die mit der Natur wirtschaftet und die Artenvielfalt erhält** – ohne Umweltgifte und Überdüngung. Dafür werden wir uns für mehr Ökolandbau und eine faire Verteilung der Agrargelder zugunsten von Umwelt- und Naturschutz in der Landwirtschaft einsetzen. So stellen wir etwa beim Import von Soja oder Palmöl sicher, dass für diese Produkte keine Wälder gerodet werden müssen.

Die **Natur soll sich erholen und sich dort, wo das nötig ist, wieder herstellen**. Denn eine gesunde Natur schützt auf vielfältige Weise unser Klima und macht unsere Umwelt robuster gegen die klimatischen Veränderungen. Moore und lebendige Böden absorbieren viel CO₂, naturnahe Wälder kühlen und speichern Wasser und CO₂ und überstehen Klimaschwankungen besser als Monokulturen. Deshalb werden wir **Moore wiedervernässen, Auen, Flüsse und Seegraswiesen renaturieren**. So finden auch gefährdete Tiere und Pflanzen wieder Lebensraum. Wir wollen artenreiches Grünland wieder aufleben lassen. Wir werden 10 Prozent der Klimagelder aus dem Energie- und Klimafonds für Projekte zur Wiederherstellung von Natur und Ökosystemen, die dem Klimaschutz dienen, ausgeben. Und auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche soll sich wieder **echte Wildnis entwickeln**, wo Pflanzen und Tiere ungestört leben können.

DAS HABEN WIR VOR:**FÜR EINE GESUNDE UMWELT
UND INTAKTE NATUR**

- ➡ Wir wollen Schutzgebiete, die tatsächlich schützen. Zur besseren Vernetzung der Gebiete wollen wir Naturschutzkorridore schaffen. Gemeinsam mit den Ländern werden wir die **Naturschutzwirkung der Natura-2000-Gebiete verbessern, Nationalparke und andere Schutzgebiete – wo möglich – vergrößern bzw. neue schaffen sowie das nationale Naturerbe stärken**. Den Wildnisfonds werden wir aufstocken und dafür einsetzen, dass auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche Wildnis entsteht.
- ➡ Auch wollen wir als ersten Schritt **mindestens 5 Prozent unserer Wälder der Natur überlassen**, um hier die Urwälder von morgen wachsen zu lassen. Denn ursprüngliche Natur heißt in Deutschland in erster Linie unbewirtschafteter Wald. Heute ist unser Wald durch die Klimakrise stark bedroht, deshalb brauchen wir **naturnahe, artenreiche Waldökosysteme**, die widerstandsfähiger sind als Monokulturen. Wir wollen gesetzliche Mindeststandards für eine naturnahe Waldbewirtschaftung festlegen und den ökologischen Umbau und die natürliche Wiederbewaldung unterstützen. Die **Bewirtschaftung von Flächen der öffentlichen Hand gehört an ökologische Kriterien geknüpft** – im Wald nach FSC- oder Naturlandstandards, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau-Zertifizierung.
- ➡ **Um die Zerstörung der Meere zu stoppen, wollen wir großflächige Zonen in Meeresschutzgebiete ausweisen**, in denen keinerlei Nutzung stattfindet. Wir werden dafür auch den Ausstieg aus dem Kies- und Sandabbau in Schutzgebieten vorantreiben. Wir streben außerdem eine Umstellung der Fischerei auf umwelt-, klima- und artenschonende Fangmethoden an. Dazu gehört auch ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der klima- und umweltschädlichen Grundscheppnetzfisherei und eine naturschutzgerechte Regulierung von Stellnetzen.
- ➡ Unsere Meere verkommen zum Endlager für Plastikmüll. Der Plastikeintrag in die Umwelt muss so schnell wie möglich gestoppt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass **Plastikmüll nicht mehr exportiert wird, wenn er nicht hochwertig recycelt wird**. Zur Reduktion von Mikroplastik in der Umwelt, insbesondere in unseren Gewässern, wollen wir als ersten Schritt ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Pflegeprodukten.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet Artenschutz für die Energiewende?

Die Nutzung von Energie aus Wind kann sehr wohl im Einklang mit der Natur gestaltet und ausgebaut werden. Dafür braucht es eine verbindliche Bund-Länder-Strategie, die bundesweite und länderspezifische Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien definiert. Darüber können dann besondere Vorrang- bzw. Eignungsflächen für Wind sowie Ausschlussgebiete für den Schutz gefährdeter Arten definiert werden. Neben dem Ausgleich für den Eingriff in die Natur durch Windenergieanlagen sollen darüber hinaus gezielte Artenschutzprogramme den Bestand der bedrohten Arten verbessern. So wird ein Win-win-Projekt für die Energiewende und den Artenschutz daraus.

Was bedeutet Artenschutz für Planungen?

Unser Planungsrecht sieht zum Schutz von Natur und Umwelt bestimmte Prüfungen vor, bevor ein Eingriff in die Natur erfolgen darf. Oft wird diesen vorgeworfen, Planungen zu verzögern oder zu behindern. Wir brauchen aber beides: Neue Infrastruktur für eine klimagerechte Gesellschaft, wie den schnellen Ausbau von Erneuerbaren-Anlagen oder mehr Bahnstrecken, UND den Schutz unserer Natur und unserer Artenvielfalt. Das darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Oftmals werden Planungen auch nicht maßgeblich durch Schutzvorgaben behindert und verzögert, sondern aus anderen Gründen, wie z.B. Personalmangel oder ineffiziente Abläufe. Wir wollen daher bei den tatsächlichen Ursachen für Verzögerungen ansetzen. Ausgedünnten Planungs- und Genehmigungsstellen wollen wir eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive entgegensetzen. Außerdem wollen wir die Öffentlichkeit frühzeitig und umfassend in die Planung einbinden. Das schafft Akzeptanz und Konflikte können frühzeitig erkannt und gelöst werden. Aufeinanderfolgende Verfahren wollen wir miteinander verzahnen und doppelte Prüfungen einsparen. Mit Fristenregelungen verkürzen wir die Verfahrensabläufe.

Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG

gruene.de/modernisierung

Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. „Made in Germany“ soll zukünftig nicht nur für Qualität und Innovation, sondern auch für nachhaltige Spitzenprodukte und Prozesse stehen – seien es E-Autos, klimaneutraler Stahl oder saubere Batterien. Wir wollen national und auf europäischer Ebene den Rahmen setzen, dass sich in allen Branchen ein Wettbewerb um die klimafreundlichsten Lösungen entwickelt, um Unternehmen bei uns zu halten, gute Arbeit zu sichern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und vor allem Klimaschutz sozial verträglich zu gestalten.

Eine klimagerechte Gesellschaft zu werden, ist eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Unser auf zehn Jahre angelegtes Investitions- und Transformationsprogramm von insgesamt 500 Milliarden Euro legt die Basis für eine **grundlegende Modernisierung** des Standorts Deutschland.

Mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik stellen wir die Weichen auf ökologische Modernisierung und nachhaltiges Wirtschaften, damit die **Unternehmen Technologievorreiter** bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse werden können.

Die **Innovationskraft** der Unternehmen steht für uns im Vordergrund, also mehr in Forschung und in bahnbrechende Technologien zu investieren. Aber auch Angebot und Nachfrage für neue Technologien durch öffentliche Auftragsvergabe und durch gemeinsame europäische Projekte zu stimulieren, ist zentral, um Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen.

Ob Käseverpackung oder Laptop – wir schaffen die gesetzlichen Grundlagen dafür, dass alle Produkte **langlebig, reparierbar und wiederverwertbar** werden. Im Ergebnis heißt das Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz. Für Unternehmen bringt das neue Marktchancen und Rohstoffe ohne Importe.

Digitalisierung ermöglicht Innovationen und wird ganze Branchen vollständig verändern. Damit das volle Potenzial genutzt wird, braucht es Gestaltung! So wollen wir z.B. auch mit digitalen Anwendungen besser und schonender unsere Ressourcen managen.

Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und der Unternehmen nicht nur an Wachstum und Rendite, sondern auch **anhand objektiver sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen** und die Wirtschaftsförderung entsprechend ausrichten.

Wir erleichtern es Investoren, Kapital von schmutzigen **in grüne und nachhaltige Investitionen** umzulenken.

Die **öffentliche Beschaffung** wollen wir konsequent auf die ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen ausrichten, damit die Nachfrage ankurbeln und Leitmärkte für innovative Produkte schaffen.

Damit der Wandel auch zur Chance für die Beschäftigten wird, wollen wir die Möglichkeiten der **Mitgestaltung stärken** und bessere Angebote für passgenaue Qualifizierung und Weiterbildung schaffen.

DAS HABEN WIR VOR:

SO MODERNISIEREN WIR KONKRET

- ➡ Für eine klimaneutrale Industrie brauchen wir Ökostrom – entweder direkt oder bei der Herstellung von grünem Wasserstoff. Dafür beschleunigen wir den **Ausbau der erneuerbaren Energien und der nötigen Infrastruktur**. Hürden bei der Eigenstromversorgung bauen wir ab und fördern die effiziente Verwendung von Energie. Den Umstieg auf CO₂-freie Verfahren fördern wir mit Zuschüssen, attraktiven steuerlichen Bedingungen für Investitionen und mit Klimaverträgen, mit denen temporär höhere Kosten abgedeckt werden. Mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler Grundstoffe in bestimmten Produkten pushen wir Leitmärkte für CO₂-freie Produkte und Verfahren.
- ➡ Wir schaffen Anreize durch **ökologisch ehrliche Preise für CO₂** und den Abbau von klimaschädlichen Subventionen. Mit der EU-Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil wird.

- ➡ Auf EU-Ebene schaffen wir mit einem neuen Produktrecht eine europäische Reparatur- und Recyclingindustrie und machen die **Kreislaufwirtschaft zum Standard**. In der Chemieindustrie wollen wir **weg von fossilen Rohstoffen** und setzen auf neue innovative Produkte, Prozesse und Verfahren. Dafür wollen wir u.a. die steuerliche Bevorzugung von Erdöl bei der Produktion von Plastik abbauen.
- ➡ **Bei der öffentlichen Beschaffung sollen ökologisch nachhaltige Produkte und Technologien vorrangig** zum Einsatz kommen. Für mehr Wettbewerb um innovative Lösungen beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung.
- ➡ Wir werden alle **Rechen- und Datacenter des Bundes nachhaltig umstellen**, mit erneuerbarer Energie betreiben und zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen.
- ➡ **Mit einem Jahreswohlstandsbericht erfassen wir die Wohlstandsentwicklung in Deutschland zutreffender**. Er stellt den Beitrag einer gesunden Natur, von guter Bildung oder einer gerechten Einkommensverteilung neben die rein ökonomische Wachstumsbetrachtung. Die Nachhaltigkeits- und Klimawirkungen von Förderprogrammen und öffentlichen Ausgaben sollen zukünftig klar und überprüfbar dargestellt werden. Entsprechend ändern wir die Erfolgsmessung auf Unternehmensebene und ergänzen die Bilanzierungsregeln um soziale und ökologische Werte.
- ➡ Öffentliche Gelder, wie z.B. Kapitalanlagen von Bund oder Bundesagentur für Arbeit, sollen ohne fossile Finanzierungen angelegt werden. **Ein transparenter Nachhaltigkeitsstandard am Kapitalmarkt** ermöglicht es Investoren gezielt in sowohl ökologisch als auch sozial nachhaltige Anlagen zu investieren. Für besonders nachhaltige Finanzprodukte wollen wir ein EU-Label schaffen. Für die Investitionen in Klimaschutz wollen wir Green Bonds nutzen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie wirkt sich die Transformation auf Arbeitsplätze aus?

Unsere Ideen für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft sind ein echter Jobmotor. Wir schaffen mit unseren Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in den kommenden Jahren hunderttausende neue Jobs – Green Jobs. Manche Jobs werden sich wandeln, andere werden wegfallen, das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Gerade deshalb wollen wir eine bestmögliche Qualifizierungsgarantie. Das bedeutet, der Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarf muss frühzeitig erkannt und die Beschäftigten und Unternehmen müssen unterstützt werden. Dazu

gehört ein Recht auf Freistellung genauso wie der Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung bis hin zu einer neuen Qualifizierungs-Kurzarbeit für Unternehmen und Beschäftigte, die zeitlich begrenzt einen ökologischen Transformationsprozess zu bewältigen haben. Entscheidend für ein Gelingen der sozial-ökologischen Transformation ist zudem eine Mitbestimmungskultur, die Beschäftigten Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet und ihre Kompetenz in den Wandel miteinbezieht. Dafür schlagen wir beispielsweise ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht für Beschäftigtenvertreter*innen bei der Verbesserung der Klimabilanz des Unternehmens vor.

Wie funktioniert eine klimaneutrale Grundstoffindustrie?

Für einige Branchen und Prozesse liegen bereits umsetzungsreife Pläne auf dem Tisch. So lässt sich Stahl mit grünem Wasserstoff in Direktreduktionsanlagen ohne klimaschädliche Kohle herstellen. Strombasierte Prozesse, wie z.B. die Elektrolyseanlagen in der Chlor-Alkali Chemie, können durch erneuerbaren Strom sehr einfach klimaneutral werden. Auch die Ammoniaksynthese der Chemie kann auf Ökostrom umgestellt werden, braucht aber zusätzlich grünen Wasserstoff.

Viele wärmebasierte Produktionsprozesse der Industrie, bspw. bei Nichteisen-Metallen oder Papier, lassen sich von einer Kohle- oder Gasbefeuerung vergleichsweise einfach auf strombasierte Prozesse umstellen.

In anderen Bereichen gibt es dagegen erst Ideen und Konzepte, deren Umsetzbarkeit sich noch beweisen muss. So können neue Werkstoffe und alternative Verfahren die Klimaverträglichkeit der Zementherstellung erhöhen. Biotechnologische Verfahren und nachwachsende Rohstoffe weisen in der Chemie den Weg aus der klimaschädlichen Erdölchemie, hier besteht allerdings noch erheblicher Entwicklungs- und Erprobungsbedarf.

Während in der Stahlbranche Investitionen in CO₂-freie Technologien gleich über Klimaverträge abgesichert werden können, müssen im Bereich der Kunststoffchemie oder bei der Zementherstellung vermutlich zuerst Pilotanlagen über direkte Zuschüsse oder Sonder-AfAs gefördert werden, bevor ein großindustrieller Einsatz möglich und sinnvoll ist.

Wenn wir aber jetzt bei der Industrie massiv auf Innovationen und neue Verfahren setzen, könnten wir enorme Mengen an klimaschädlichem CO₂ einsparen. Derzeit verursachen die energieintensiven Industrien rund 15 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes. Wollen wir die Klimaziele erreichen, müssen auch sie innerhalb der nächsten 20 Jahre klimaneutral werden. Darum ist es für den Industriestandort Deutschland und seine vielen Arbeitsplätze sinnvoll und lohnend, jetzt endlich in die Vorderhand zu kommen.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



PFLEGE

gruene.de/pflege

Welche Bedeutung Pflege in unserer Gesellschaft und unserem Gesundheitssystem hat, ist in der Pandemie noch einmal eindrücklich klar geworden. Und auch, wie ernst es um sie bestellt ist. Die Menschen in Stadt und Land müssen sich darauf verlassen können, dass sie unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu guter Versorgung und guter Pflege haben. Wir geben der Pflege einen neuen Wert und setzen uns für attraktivere Arbeitsbedingungen, eine bessere Bezahlung und eine angemessene Personalausstattung ein. Und wir schaffen Sicherheit für Menschen, die Pflege brauchen, und für diejenigen, die sich um pflegebedürftige Angehörige oder Freund*innen kümmern.

Wer im Alter oder bei Krankheit Unterstützung braucht, wünscht sich zu Recht Pflegekräfte, die sich mit Sorgfalt und Kompetenz kümmern. Dafür brauchen Pflegekräfte Zeit und gute Arbeitsbedingungen. Das geht nur mit mehr Fachkräften. Um diese zu gewinnen oder im Beruf zu halten, setzen wir uns für gute Arbeits- und Lohnbedingungen, selbständiges und eigenverantwortliches Arbeiten, digitale Anwendungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, aber auch eine fundierte Ausbildung und Qualifizierungsangebote ein.

Wir wollen die Pflegekräfte entlasten, damit sie mehr Zeit für den eigentlichen Kern ihrer Aufgabe haben: Die **Digitalisierung** kann dabei mit praktischen Anwendungen enorm helfen und die Selbständigkeit und Qualität für zu Pflegenden erhöhen. Um intelligente Pflegeunterstützung auch kompetent anwenden und ihre Weiterentwicklung mitgestalten zu können kommt der **Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften** hohe Bedeutung zu.

Damit gute Pflege möglich ist und finanzierbar bleibt, wollen wir, dass einen ihren Möglichkeiten entsprechenden Beitrag für eine **nachhaltige und gerechte Finanzierung von Pflege leisten**. Über die Pflege-Bürgerversicherung und die doppelte Pflegegarantie werden wir dafür die Grundlagen schaffen.

Die meisten Menschen werden von ihren **Angehörigen** gepflegt. Damit sie dieses wichtige Engagement weiterhin gut meistern können, wollen wir sie über finanzielle und praktische Unterstützungsleistungen **stärken** und eine bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf ermöglichen.

Pflegerische Angebote in einer alternden Gesellschaft sollten vielfältig und auf den jeweiligen konkreten Bedarf zugeschnitten sein. Uns liegt dabei am Herzen, die Ambulante Pflege zu stärken und besser im Umfeld einzubetten. Auf diese Weise werden die Menschen darin unterstützt, selbstbestimmt im Alter zu bleiben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und so lange wie sie es wünschen in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben. Im Sinne von **Vorsorge als Leitprinzip** kommt Gesundheitsförderung und Prävention dabei eine besondere Bedeutung zu.

DAS HABEN WIR VOR:

SO VERBESSERN WIR DIE PFLEGE IN DEUTSCHLAND KONKRET

- ➡ **Fachkräftesicherung:** Wir wollen durch **eine wissenschaftliche Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen**, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften, den Abbau unnötiger Bürokratie und die Ermöglichung neuer Arbeitszeitmodelle, etwa der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um Überlastung vorzubeugen und den Personalverlust im medizinischen und pflegerischen Bereich einzudämmen. Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die gesetzliche Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif bezahlen.
- ➡ Die **Angehörigenpflege ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft** und der Sorgeskultur. Mit der **PflegeZeit Plus** wollen wir Menschen, die andere versorgen, vor finanziellen Notlagen schützen und sie bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine **Lohnersatzleistung für einen dreimonatigen Vollausstieg und dreijährige Teilausstieg**, die pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert. Weil neben finanzieller auch praktische Unterstützung wichtig ist, setzen wir uns für den Ausbau kommunaler Unterstützungsstrukturen ein. Dafür wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für **Quartierspflege** schaffen und den Kommunen ermöglichen, eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das vor Ort zu gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen bereitstellen, die sich hier auf den Weg machen. Ein wichtiger Baustein ist dabei der Ausbau von ambulanten Angeboten und der **Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege**.

☞ Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für die Pflege aufbringen. Wir wollen, dass Pflegebedürftige die für sie notwendigen Pflegeleistungen erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer **doppelten Pflegegarantie** wollen wir die **Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln**. So garantieren wir, dass die selbst aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die Pflegeversicherung soll alle darüber hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Mit einer solidarischen Pflege-Bürgerversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der **Finanzierung des Pflegerisikos** beteiligen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was wollen die Grünen gegen den Fachkräftemangel tun?

Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen und besonders in der Pflege ist kein neuer Trend – er zeichnet sich bereits seit langem ab. Pandemie und Demografie treiben diese Entwicklung voran. Wir haben bereits jetzt zu wenige Pflegekräfte – und viele verlassen den Beruf, wegen der Arbeitsbedingungen oder um sich neu zu orientieren. Diesen Trend müssen wir aufhalten und umkehren, zum Beispiel durch eine patientenorientierte Organisation von Pflegeprozessen nach internationalen Standards, durch mehr Digitalisierung des Gesundheitswesens, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, durch alters- und geschlechtersensible Personalkonzepte und Arbeitszeiten, die die besonderen Herausforderungen der Lebenslagen von Mitarbeiter*innen im Blick haben, Unterstützung der beruflichen Weiterentwicklung und umfassende Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz.

Wie können wir uns Pflege im Alter leisten und wer soll das bezahlen?

Pflegebedürftige Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen erhalten ihrem Pflegegrad entsprechende Leistungen, die für die pflegerischen Leistungen aufgewendet werden. Alles, was die Pflege darüber hinaus kostet, wie beispielsweise Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten, muss aus eigener Tasche bezahlt werden. Jede Verbesserung, wie mehr Personal oder eine tarifliche Bezahlung des Personals, erhöht den zu leistenden Eigenanteil an den Pflegekosten. Wer sich das nicht leisten kann, erhält von der Kommune die Sozialleistung „Hilfe zur Pflege“. Davon betroffen ist etwa ein Drittel der stationär versorgten Menschen – eine wachsende Zahl, die die Kommunen zunehmend belastet.

Wir wollen, dass pflegebedürftige Menschen für sie passgenaue Pflegeleistungen erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit der **doppelten Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile sofort senken und dauerhaft deckeln**. Durch die Umkehr der Finanzierungslogik der Pflegeversicherung werden gleichzeitig die Kommunen finanziell entlastet, weil sie weniger „Hilfe zur

Pflege“ leisten müssen. Um das zu finanzieren, schaffen wir eine solidarische Pflege-Bürgerversicherung in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er oder sie braucht. Die Pflege-Bürgerversicherung bezieht alle in die Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems ein. Auch Beamte, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen. Neben Löhnen und Gehältern sollen Beiträge auf Zins- und Kapitalerträge erhoben werden.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



QUEERPOLITIK

gruene.de/queer

Wir setzen uns ein für ein Zusammenleben, in dem Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*- und queere Menschen (LSBTIQ* oder queer) selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben und gleichberechtigt teilhaben können. In einer demokratischen Gesellschaft haben alle das Recht, jederzeit und an jedem Ort ohne Angst sie selbst sein zu können. Die weiterhin bestehenden Benachteiligungen und Barrieren wollen wir beseitigen. Anfeindungen gegen LSBTIQ* treten wir entschieden entgegen.

Freiheit schützen, gleiche Rechte vollenden, Diskriminierung bekämpfen und Akzeptanz stärken sind unsere Ziele. Wir werden den Schutz und die Rechte von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität sicherstellen.

Die Akzeptanz von LSBTIQ* ist **auch dank** des vielfältigen **Engagements zivilgesellschaftlicher Organisationen** und **jedes** einzelnen **Coming Outs** in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Dennoch bestehen einige diskriminierende Regelungen bis heute fort. Denn jahrzehntelange rechtliche Kriminalisierung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Demütigung haben zur gesellschaftlichen Abwertung von LSBTIQ* beigetragen. Bevormundung, Benachteiligung bis hin zu Gewalt, prägen heute noch das Leben vieler LSBTIQ*. Gegen gesetzliche Diskriminierungen, sowie Benachteiligungen, Hasskriminalität und Anfeindungen im Alltag setzen wir ein starkes Signal.

Wir berücksichtigen die besonderen Bedarfe von LSBTIQ* in verschiedenen Politikbereichen. Wir wollen, dass queere Menschen sich in ihrer Umgebung akzeptiert fühlen, dass sie ohne Angst Hand in Hand spazieren gehen können, sich in der Schule offen zeigen dürfen, auf dem Sportplatz nur nach sportlicher Leistung bewertet werden und im Senior*innenheim selbstverständlich von ihrer liebsten Person erzählen können.

DAS HABEN WIR VOR:**SO SCHAFFEN WIR GLEICHE RECHTE**

- ➡ Den fortbestehenden gesetzlichen Diskriminierungen wollen wir mit der Ergänzung der „sexuellen Identität“ in Artikel 3 Absatz 3 des **Grundgesetzes** entgegentreten. Wir werden einen bundesweiten **Aktionsplan „Vielfalt leben!“** für die **Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt** vorlegen mit dem Ziel, LSBTIQ* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren. Dazu gehört auch eine langfristige **Strukturförderung** der LSBTIQ*-Verbände, -Organisationen und -Stiftungen.
- ➡ Gegen LSBTIQ* gerichtete **Hasskriminalität** werden wir entschieden bekämpfen und ahnden. Das diskriminierende **Blutspendeverbot** für homo- und bisexuelle Männer sowie für transgeschlechtliche Personen wollen wir aufheben. Um **queere Jugendliche** insbesondere auch im ländlichen Raum zu schützen und zu stärken, wollen wir eine **bundesweite Aufklärungskampagne** für junge Menschen starten. Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern dafür einsetzen, dass sich geschlechtliche Vielfalt und **Diversität in den Lehr- und Bildungsplänen** wiederfinden.
- ➡ Mit einem **Selbstbestimmungsgesetz** werden wir dafür sorgen, dass das überholte Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird und die Berichtigung des Geschlechtseintrages und des Namens unkompliziert vorgenommen werden kann. Den Anspruch auf **Kostenübernahme für medizinische körperangleichende Maßnahmen** wollen wir gesetzlich verankern.
- ➡ Alle medizinisch nicht notwendigen Operationen und Behandlungen an **intergeschlechtlichen Kindern** wollen wir lückenlos verbieten.
- ➡ Mit der **Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einer elterlichen Mitverantwortung**, die auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr Sicherheit. **Zwei-Mütter-Familien** sollen nicht mehr das Stiefkindadoptionsverfahren durchlaufen müssen. Deshalb wollen wir das Abstammungsrecht so reformieren, dass die Co-Mutter analog zu Vätern in heterosexuellen Ehen automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt. Bei Kinderwunsch sollen alle Paare die Möglichkeit einer **Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung** erhalten. Mit dem **Pakt für das Zusammenleben** werden wir eine neue Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

☞ Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der **Yogyakarta-Prinzipien** zum Schutz von LSBTIQ* eintreten. In der **Entwicklungspolitik** wollen wir hier einen neuen Fokus setzen. Innerhalb der EU streben wir **gemeinsame Mindeststandards** an, die den Schutz von Minderheiten gewähren.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Warum muss sich Politik mit sexuellen oder geschlechtlichen Minderheiten beschäftigen?

Trotz großer gesellschaftlicher und rechtlicher Fortschritte bestehen Anfeindungen und Ausgrenzung von LSBTIQ* nach wie vor. So machen immer noch 82 Prozent der lesbischen, schwulen und bisexuellen Jugendlichen und 96 Prozent der transgeschlechtlichen Jugendlichen Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität. Laut der im Mai 2020 von der EU-Grundrechte-Agentur veröffentlichten Studie berichten 13 Prozent queerer Menschen in Deutschland, dass sie in den letzten fünf Jahren gewalttätig angegriffen wurden, weil sie LSBTIQ* sind. 45 Prozent der Befragten vermeiden oft oder immer, sich mit ihrem Partner* bzw. ihrer Partnerin* in der Öffentlichkeit an der Hand zu halten. Besonders groß wird die Bedrohung durch Anfeindungen auf der Straße und im Öffentlichen Personennahverkehr erlebt. Damit können wir als Gesellschaft nicht zufrieden sein. Deshalb wollen wir einen breit angelegten bundesweiten Aktionsplan für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt.

Diskriminierung hat schwerwiegende Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit, sodass LSBTIQ* öfter von Depressionen oder Angststörungen betroffen sind. Im Ergebnis ist das Suizidrisiko homosexueller Jugendlicher gegenüber heterosexuellen Altersgenoss*innen signifikant – nämlich um das Vier- bis Sechsfache – erhöht. Studien belegen zudem, dass unter obdachlosen Jugendlichen besonders viele queere Jugendliche, nämlich rund 25 Prozent, zu finden sind.

Was bedeutet „Gleiche Rechte und gleiche Teilhabe“?

Gleiche Rechte und gleiche Teilhabe bedeutet, dass Minderheiten auch Gehör finden, auch innerhalb der Mehrheitsgesellschaft. Das hat mit Dominanz noch lange nichts zu tun, ist aber für viele noch ungewohnt. Aber nur so nehmen wir unser Grundgesetz wirklich ernst. Denn die Würde aller Menschen ist unantastbar, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und niemand darf diskriminiert und ausgeschlossen werden. So wird unsere Demokratie wirklich vollständig und robust, weil sie niemanden ausgrenzt und niemanden bevorzugt. Das führt natürlich auch zu Konflikten, Interessensgegensätzen und damit zu notwendigen Aushandlungsprozessen. Aber genau das macht eine starke Demokratie aus.

Wie hoch ist die Gefahr von unüberlegten „Geschlechtswechsel“ bei Kindern und Jugendlichen?

Das grüne Selbstbestimmungsgesetz ermöglicht ab der Vollendung des 14. Lebensjahres die Berichtigung des Geschlechtseintrages und die Änderung der Vornamen auch ohne Mitwirken der Eltern. Ab diesem Alter werden Jugendliche beispielsweise auch straf- oder religionsmündig. Etwas ganz anders sind medizinische Maßnahmen, wie Operationen oder Hormonbehandlungen, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Über sie entscheiden stets Ärzt*innen. Medizinische Fachgesellschaften verabschieden dazu autonom Richtlinien.

Außerdem sind wir überzeugt: Niemand unternimmt solche gravierende Veränderungen unüberlegt oder „aus Spaß“. Das bestätigen Studien aus den Ländern, wo bereits seit Jahren transgeschlechtliche Menschen unbürokratisch ihren falschen Geschlechtseintrag berichtigen dürfen.

Was bedeutet das Selbstbestimmungsgesetz für Frauenrechte und Frauenschutz?

Vollkommen klar ist, dass Gewaltschutz von Frauen ohne Wenn und Aber gelten muss. Frauen müssen sich sicher und diskriminierungsfrei im öffentlichen Raum bewegen können. Dies schließt selbstverständlich auch trans* Frauen ein. Deshalb sollen Schulen, Sportvereine, Schwimmbäder und ebenso Einrichtungen für Geflüchtete oder Unterkünfte für Obdachlose ihre Angebote so gestalten, dass Gewaltschutz für alle Frauen gewährleistet wird.

Fälle, in denen Menschen mit trans- oder intergeschlechtlicher Geschichte die Angebote von Schutzräumen missbräuchlich genutzt haben, sind nach Angaben der Frauenhauskoordination (diese vertritt ca. 2/3 der Frauenhäuser in Deutschland) nicht bekannt.



Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



RECHTS- EXTREMISMUS

gruene.de/rechtsextremismus

Wir zeigen klare Kante gegen menschenfeindliche Propaganda, rechte Gewalt und Rechtsterrorismus. Wir wollen eine Sicherheitspolitik, die rechtsextreme Netzwerke sichtbar macht und sie zerschlägt, statt sie weg zu definieren. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel im Umgang mit verfassungsfeindlichen Bedrohungen. Wir bauen den Verfassungsschutz strukturell um und verbessern seine Analysefähigkeit. Außerdem gehen wir gegen Rechtsextremismus mit einer koordinierten Gesamtstrategie vor: wissenschaftliche Untersuchungen über verfassungsfeindliche Tendenzen in Sicherheitsbehörden, verlässliche Finanzierung zivilgesellschaftlicher Prävention mit einem Demokratiefördergesetz und Verschärfungen im Waffenrecht.

Von Rechtsextremist*innen geht aktuell die größte Bedrohung für unsere Demokratie und die Innere Sicherheit aus. Sie greifen Menschen gezielt gewaltsam an, versuchen auf breiter Front, Andersdenkende einzuschüchtern, Menschenverachtung salonfähig zu machen, Teile der Zivilgesellschaft und Institutionen zu unterwandern.

Wir wollen, dass die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – für alle Sicherheitsorgane an oberster Stelle steht. Mit einem Bündel aus Prävention, Schutz und Sanktionsmaßnahmen wollen wir Rechtsextremismus zurückdrängen und unsere Demokratie schützen.

Nicht zuletzt die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau und der Mord an Walter Lübcke zeigen: Die gewaltbereiten Anhänger*innen der menschenverachtenden Ideologie des Rechtsextremismus setzen sie gnadenlos in Taten um. **Mindestens 208 Menschen wurden seit 1990 in Deutschland getötet, weil sie nicht in das rechtsextreme Weltbild der Täter*innen passten.**

Rechtsextreme sitzen in den Parlamenten, schüren auch dort ein Klima der Verrohung. Sie vollführen den Schulterschluss zwischen Neonazis, Schlägertrupps und der „Neuen Rechten“. Das Grundrecht auf Asyl wollen sie abschaffen, die Religionsfreiheit für Muslim*innen stellen sie in

Frage. Sie fördern antisemitische Verschwörungsmythen, greifen die Gleichstellung von Frauen an, wollen Lesben, Schwule und trans- und intergeschlechtliche Menschen wieder entrechteten. Sie versuchen über Verschwörungsideologien in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen – mobilisieren und rekrutieren verstärkt in den sozialen Medien, sind immer stärker Träger der „Corona-Proteste“, propagieren und praktizieren dort radikale Rücksichtslosigkeit.

Die sich immer stärker und breiter vernetzenden **Strukturen rechtsextremistischer Kräfte** und die von ihnen ausgehenden Gefahren **werden von der Bundesregierung seit Jahren verkannt**, dabei reichen sie heute schon bis in Sicherheitsbehörden und auch in den Bundestag hinein. Die alten Antworten der Sicherheitspolitik, wie der übermäßige und ungesteuerte Einsatz von V-Leuten in der Szene, haben das Problem vertieft, statt zu seiner Lösung beizutragen.

DAS HABEN WIR VOR:

SO KÄMPFEN WIR GEGEN RECHTS

- ➡ **Menschen effektiv vor Rechtsextremist*innen schützen:** Rechte Gewalt und Hass wollen wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Die Gefahr, die z.B. von radikalen „Reichsbürger*innen“ ausgeht, zeigt: Das **Waffenrecht** muss endlich verschärft werden. Wir gehen das Vollstreckungsdefizit bei Haftbefehlen gegen Straftäter*innen aus der rechten Szene endlich an, denn derzeit sind mehrere Hundert von ihnen untergetaucht. **Hassgewalt soll online wie offline konsequent erfasst und verfolgt werden.** Wer im Netz andere auf menschenverachtende Weise beleidigt, zur Gewalt aufruft oder Menschen bedroht, darf nicht ungestraft davonkommen.
- ➡ **Sicherheitsbehörden endlich besser gegen rechte Netzwerke aufstellen:** Der Verfassungsschutz hat jahrelang überzeugte Rechtsextreme als V-Leute staatlich finanziert. Damit wurde die Szene mehr gefördert als geschwächt. Wir wollen deshalb einen **strukturellen Neustart beim Verfassungsschutz.** Weiterhin werden wir die **parlamentarische Kontrolle** von Polizei und Geheimdiensten verstärken. Die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden im Bereich Rechtsextremismus muss dringend erhöht werden, z.B. in Bezug auf Online-Phänomene und Verschwörungsideologien. Angesichts der Gefahren, die von **rechtsextremen Netzwerkstrukturen** – auch in Sicherheitsbehörden – ausgehen, muss ihre Identifizierung und Zerschlagung Priorität haben. Das wurde jahrelang vom unionsgeführten Innenministerium verkannt. Dafür brauchen wir auch unabhängige wissenschaftliche Studien über verfassungsfeindliche Tendenzen in Sicherheitsbehörden.

'''→ **Zivilgesellschaft und Prävention gegen Rechts nachhaltig stärken und fördern:** Zum Glück gibt es viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die dem Hass Paroli bieten und wertvolle Arbeit für unsere Demokratie leisten. Diese Arbeit muss endlich verlässlich finanziert werden. Dafür schaffen wir ein **wirksames Demokratiefördergesetz**. Wir bauen Präventionsarbeit massiv aus auf Basis einer ganzheitlichen vernetzten **bundesweiten Präventionsstrategie**, um Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewalt bereits an der Wurzel zu bekämpfen, damit junge Menschen diesen Denkmustern gar nicht erst verfallen. Dazu gilt es, in menschenrechtsorientierte Bildung, Sensibilisierung und Medienkompetenz, auch innerhalb von Behörden, verstärkt zu investieren.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was ist mit dem Linksextremismus?

Wir kümmern uns um die Bekämpfung von jeder Gefahr für die öffentliche Sicherheit und unsere demokratische Gesellschaft. Jeder Form von Menschenfeindlichkeit und ideologisch motivierter Gewalt treten wir entschieden entgegen. Selbstverständlich auch dann, wenn sie aus dem linken politischen Spektrum kommt. Angesichts des wieder erstarkten Rechtsterrorismus in Deutschland, angesichts rechter Morde, ausgehobener Waffenlager von Rechtsextremen und deren zahlreichen Versuchen, Sicherheitsbehörden zu unterwandern, zeigt sich jedoch deutlich: **Neben der Bedrohung durch islamistischen Terror geht die Gefahr mörderischer Anschläge heute besonders von Rechts aus.**

Wie stehen die Grünen zum Verfassungsschutz?

Wir wollen einen strukturellen Neustart beim Verfassungsschutz. Der Verfassungsschutz hat beim rechtsterroristischen NSU kläglich versagt und hat sich wegen seiner Blindheit gegenüber rechten „Gefährdern“, einem unreflektierten Einsatz von V-Leuten und seiner Neigung, Informationen nicht auszutauschen, in seiner jetzigen Form oft als Sicherheitsrisiko erwiesen. Auch im Fall des islamistisch motivierten Attentäters vom Breitscheidplatz hat das Bundesamt für Verfassungsschutz versagt. Insbesondere durch einen personellen Neuanfang in der Amtsleitung gibt es zwar positive Veränderungen, **jetzt muss der Verfassungsschutz aber auch strukturell neu aufgestellt werden:** Wir wollen deshalb ein Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr gründen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Um die Strukturen und Zusammenhänge demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen wie Islamismus oder Rassismus effizient zu beobachten und zu analysieren, wollen wir als zweite Säule ein unabhängiges, wissenschaftlich arbeitendes Institut zum Schutz der Verfassung errichten.

Was bedeutet der Kampf gegen Rechts für die Meinungsfreiheit?

Meinungsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie und wird von uns Grünen immer verteidigt, auch wenn es um die Freiheit unserer politischen Konkurrent*innen geht. Aber gegen jede Art menschenverachtender Parolen halten wir entschieden dagegen. In Zeiten, in denen Feinde der offenen Gesellschaft immer lauter ihre hasserfüllten Parolen brüllen und die Grenzen des Diskurses in menschenverachtende Richtung verschieben wollen, braucht es klare Kante. Extrem rechte Medien wollen gezielt die Grenze zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie verwischen – mit Auswirkungen bis in die „Mitte“ der Gesellschaft. Sie alle arbeiten daran, dass die Abwertung von Menschen zunehmend als „normal“ empfunden wird. Daran darf es aber keine Gewöhnung geben, denn aus hasserfüllten Worten folgen Taten. Deshalb ist auch klar: Wenn zur Gewalt aufgerufen, zum Hass angestachelt, die Menschenwürde ganzer Bevölkerungsgruppen oder Einzelner angegriffen wird, muss die Staatsanwaltschaft aktiv werden.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



RECHTSPOLITIK

gruene.de/recht

Wir Grüne verteidigen den freiheitlichen Rechtsstaat und die Bürgerrechte, auch wenn es unbequem ist. Grüne Rechtspolitik steht für den konsequenten Schutz von Grund- und Menschenrechten, für das Grundgesetz. Wir streiten für bestens ausgestattete Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, für die Unabhängigkeit von Justiz und selbstverwalteter Anwaltschaft, für die Objektivität von Staatsanwaltschaft und Polizei. Und wir arbeiten dafür, dass alle den gleichen Zugang zum Recht haben.

Wir stehen für einen starken Rechtsstaat, der die Bürgerrechte immer im Blick hat, Freiheit und Sicherheit gewährleistet und effektiv gegen Diskriminierungen und Benachteiligungen vorgeht. Alle Menschen sollen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Auch die Rechte von Kindern wollen wir besser schützen.

Der Rechtsstaat muss dafür sorgen, dass Menschen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam durchsetzen können, zum Beispiel in Fällen wie dem Diesel-Abgas-Betrug.

DAS HABEN WIR VOR:

SO VERWIRKLICHEN WIR UNSERE RECHTSPOLITISCHEN ZIELE

⇒ Den Rechtsstaat gibt es nicht zum Nulltarif, daher wollen wir gezielt dort die Finanzierung verbessern, wo es bisher hakt. Wir wollen Staatsanwaltschaft und Gerichte besser ausstatten, sie brauchen dringend **Entlastung durch mehr Personal. Zur Entlastung der Justiz können aber auch außergerichtliche Streitbeilegung, die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten und eine flächendeckende Ausstattung mit moderner Technik beitragen.** Daher werden wir die Digitalisierung der Justiz wie auch ihren Personalbedarf durch einen Bund-Länder-Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung des Ende 2021 auslaufenden Pakts für den Rechtsstaat finanzieren.

- ☞ Ein guter Rechtsstaat braucht aber auch gute Gesetze. Daher wollen wir zentrale Leitvorgaben für Staat und Gesellschaft im Grundgesetz sichtbar und steuerungsfähig verankern.
- ☞ Wir wollen den **Begriff der „Rasse“** im Grundgesetz durch „rassistisch“ ersetzen und die bestehenden Diskriminierungsverbote durch einen Gewährleistungsauftrag („Der Staat gewährleistet Schutz gegen jedwede gruppenbezogene Verletzung der gleichen Würde aller Menschen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“) ergänzen.
- ☞ Diskriminierungen aufgrund der „**sexuellen Identität**“ wollen wir explizit ausschließen.
- ☞ Wir werden sicherstellen, dass die Rechte und das Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und maßgeblich berücksichtigt werden. Deshalb müssen **starke Kinderrechte** entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz.
- ☞ Der **Klimaschutz** ist die Menschheitsaufgabe, um unser Leben auf dem Planeten zu sichern. Wir wollen die Vorgaben des Pariser Klimavertrages sowie den Atomausstieg im Grundgesetz verankern und **Ökologie** als weiteres Grundprinzip staatlichen Handelns stärken.
- ☞ Das **Wahlalter** wollen wir in der nächsten Legislaturperiode auf 16 Jahre senken.
- ☞ **Wir wollen den Zugang zum Recht stärken.** Gerichtsverfahren kosten (fast immer) Geld. Der freie und gleiche Zugang zum Recht ist Kernstück eines gelebten Rechtsstaats und soll unabhängig vom Geldbeutel oder Wohnort für jede*n offen sein. Damit Menschen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam durchsetzen können, wollen wir die **Gruppenklage einführen**, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden effektiv zu ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz bekommen. Den kollektiven Rechtsschutz wollen wir deshalb verallgemeinert und vereinfacht als Gruppenklage in die Zivilprozessordnung integrieren. So stellen wir sicher, dass auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden die Geschädigten effektiv zu ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz erhalten.
- ☞ Wir fördern und **vereinfachen die elektronische Kommunikation zwischen Bürger*innen und Justiz**. Dazu gehört der leichte Zugang zum Recht durch schnelle Online-Verfahren für einfache Rechtssachen.
- ☞ In Strafverfahren wollen wir die **Opferrechte von Kindern weiter stärken**. Mehrfache Vernehmungen müssen vermieden und die Befragungen kindgerecht ausgestaltet sein.
- ☞ **Sexualisierte Gewalt gegen Kinder muss konsequent aufgeklärt und verfolgt werden**, vor allem durch mehr – insbesondere auch auf Internetkriminalität spezialisiertes – Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaften.

- '''→ Das **Strafrecht ist für uns Ultima Ratio**. Aber wo es zu strafbarem und strafwürdigem Verhalten kommt, muss dieses auch geahndet werden. Wenn nötig, müssen dazu auch Straftatbestände angepasst werden, aber nur dann, wenn tatsächlich Schutzlücken bestehen, die nicht nur das Ergebnis von Vollzugsdefiziten sind. Was aber nicht vor ein Strafgericht gehört, wollen wir aus der Strafbarkeit rausnehmen, so Strafverfolgung und Justiz entlasten und mehr auf schwere Fälle konzentrieren. Deshalb werden wir eine unabhängige Evaluation der Strafgesetze auf Wirksamkeit und Notwendigkeit starten.
- '''→ Zum Beispiel richtet das strafrechtliche Verbot von Cannabis mehr Schaden an, als dass es nützt. Deshalb werden wir dem Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem **Cannabiskontrollgesetz** auf der Grundlage eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen und klare Regelungen für die Teilnahme am Straßenverkehr einführen. Außerdem setzen wir uns für intelligente Alternativen zur Strafsanktion ein, etwa gemeinnützige Arbeit („Schwitzen statt sitzen“). Das entlastet die Justiz.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was sagen die Grünen zum Thema Strafverfolgung?

Die Koalition aus CDU/CSU und SPD hat das Straf- (und Strafverfahrensrecht) in den letzten Jahren allerdings völlig inkonsistent verschärft und es gibt keine Belege für die Wirksamkeit dieser Politik. Aus diesem Grund haben wir in der Vergangenheit Strafrechtsänderungen teilweise widersprochen und wollen eine gründliche Evaluation. Wir wollen ein funktionierendes ausgewogenes und gerechtes Straf- (und Strafverfahrens)recht. In der Kriminalwissenschaft ist es seit Jahrzehnten Allgemeingut: **Nicht höhere Strafen haben abschreckende Wirkung, sondern eine höhere Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden**. In einer effizienten und gerechten Strafverfolgung muss daher der Schwerpunkt liegen und nicht im ständigen Hochschrauben beim Strafmaß.

Warum dauern Gerichtsverfahren vielfach lange und was wollen die Grünen da ändern?

Damit Menschen schneller zu ihrem Recht kommen und auch Urteile nicht zu lange auf sich warten lassen, braucht die Justiz die nötige personelle und technische Ausstattung. **Wir brauchen aber zusätzlich ein groß angelegtes Justizmodernisierungsprogramm**. Gerade die Corona-Zeit hat dabei noch einmal deutlich gemacht, dass insbesondere auch das Prozessrecht einer Reform bedarf, damit beispielsweise auch das volle Potenzial von Videokonferenzen in geeigneten Gerichtsverfahren genutzt werden kann. Wir wollen in Fortsetzung und Konkretisierung des bis Ende 2021 laufenden Paktes für den Rechtsstaat einen Bund-Länder-Digitalpakt Justiz vereinbaren und angemessen finanzieren.

Warum wollen die Grünen Whistleblower schützen?

Hinweisgeber*innen verteidigen die Rechte anderer und gehen dabei große persönliche Risiken ein. Wir wollen, dass Whistleblower*innen wie Edward Snowden, dem wir die Aufdeckung der weltweiten Ausspähung und Massenüberwachung durch zahlreiche Nachrichtendienste zu verdanken haben, frei und sicher in einem demokratischen Land leben können und ihnen dies auch in Deutschland anbieten.

Davon abgesehen muss die EU-Whistleblower-Richtlinie endlich in Deutschland umgesetzt werden. Die Frist dazu endet schon im Dezember 2021 und hätte eigentlich schon vor der Wahl passieren müssen. CDU/CSU und SPD haben das Thema aber nur vor sich hergeschoben. Für uns ist klar: Wir wollen ein Hinweisgeberschutzgesetz, das die EU-Whistleblower-Richtlinie ambitioniert und umfassend in nationales Recht umsetzt und durch einen Entschädigungsfonds ergänzt wird. Damit die Furcht vor dem persönlichen finanziellen Ruin infolge der Offenlegung von gegebenenfalls strafbaren Handlungen den/die Whistleblower*in nicht abhält.

Was tun die Grünen gegen Wirtschaftskriminalität?

Wir Grüne wollen eine bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten, die aus Unternehmen heraus begangen werden. **Der Rechtsstaat misst sich schließlich nicht zuletzt daran, wie er mit den Verfehlungen der Starken und den Rechten der Schwachen umgeht.** Auch ist es nachweislich schlecht für den Wirtschafts- und für den Rechtsstandort Deutschland, wenn strafwürdiges Verhalten in großem Stil nicht verfolgt wird, denn **Wirtschaftsstraftaten machen einen Großteil der polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus.** Bei Rechtsverstößen werden wir Unternehmen deshalb künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Ziel ist, die bereits verstreut bestehenden Regelungen in einem **eigenständigen Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität** zusammenzufassen und zu ergänzen.

Um zu verhindern, dass Rechtsverstöße von Unternehmen wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht geahndet werden können, soll künftig auch an das Organisationsverschulden angeknüpft werden können. **Wichtig ist vor allem, dass unrechtmäßig erlangte Gewinne nicht bei den Täter*innen verbleiben,** zum Beispiel, indem unrechtmäßiger Gewinn bei der Abschöpfung geschätzt werden darf.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



RENTE

gruene.de/rente

Alle Menschen sollen im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können. Sie müssen sich sicher sein, dass sich ihre Rentenbeiträge im Alter auszahlen und ihnen keine Armut droht. Priorität hat für uns daher die dauerhafte Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus. In einem ersten Schritt zur Bürgerversicherung sorgen wir dafür, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) aufgenommen werden. Die geflopte Riester-Rente wollen wir durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen. Dieser kann die gesetzliche Rente sinnvoll ergänzen.

Wir sorgen dafür, dass die Menschen sich darauf verlassen können, dass die gesetzliche Rentenversicherung den **Lebensstandard im Alter weitgehend sichert**. In den kommenden Jahren sinkt die Zahl der Erwerbstätigen stark, während die Zahl der Rentner*innen steigt, was die gesetzliche Rentenversicherung finanziell vor eine erhebliche Herausforderung stellt. Unser zentrales Ziel ist die **Stabilisierung des Rentenniveaus** bei mindestens 48 Prozent. Bei einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente angewiesen und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet.

Unsere sozialen Sicherungssysteme beruhen auf dem Solidaritätsprinzip. Je mehr Menschen einbezogen sind, desto stabiler sind sie. Heute sind aber ganze Berufe bzw. Berufsgruppen wie Beamt*innen oder Abgeordnete gar nicht Teil dieses gesetzlichen Sozialversicherungssystems. Das wollen wir ändern, in dem wir erste Schritte zu einer **Bürgerversicherung in der Rente** gehen, die perspektivisch alle Bürger*innen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezieht. **Schutz vor Altersarmut:** Wer einen großen Teil seines Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt hat, muss eine Rente erhalten, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Insbesondere **Frauen** wollen wir besser vor Armut im Alter schützen.

Wir wollen auch die **private und betriebliche Altersvorsorge stärken**. Kapitalgedeckte Altersvorsorge kann man deutlich billiger und deutlich gewinnträchtiger organisieren als das heute geschieht. Wir wollen die Riester-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen.

Wir halten an der **Rente mit 67** fest. Wir wollen es den Beschäftigten aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SORGEN WIR FÜR EIN SOLIDES UND SOLIDARISCHES RENTENSYSTEM

- ➡ Das **gesetzliche Rentenniveau** wollen wir durch einen Maßnahmenmix dauerhaft auf heutigem Stand stabilisieren: Die Frauenerwerbstätigkeit wollen wir unter anderem durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit und verbesserte Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit erhöhen. Wir wollen ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gesünderes und längeres Arbeiten ermöglichen. Prekäre Beschäftigung muss überwunden werden, denn nur gute Löhne führen auch zu einer guten Rente. Vor allem die von uns geplante sofortige Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat eine deutliche Wirkung.
- ➡ Die Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer universellen **Bürger*innenversicherung** weiterentwickeln. In einem ersten Schritt sollen Abgeordnete sowie alle Selbstständigen, die nicht anderweitig abgesichert sind, in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden.
- ➡ **Wirkungsvoller Schutz vor Altersarmut:** Geringverdienende wollen wir mit einem **arbeitgeberfinanzierten Mindestrentenbeitrag** effektiv vor Altersarmut schützen. Arbeitgeber in Niedriglohnbranchen sollen verpflichtet werden, ihre Zahlungen für Beschäftigte an die Rentenkasse aufzustocken. Die Menschen wären dann im Alter nicht mehr auf Sozialleistungen angewiesen. Nach 45 Beitragsjahren ergäbe das eine Rente von derzeit rund 1.230 Euro.
- ➡ Wir wollen die Grundrente reparieren und zu einer echten **Garantierente** weiterentwickeln. Die von der Koalition eingeführte Grundrente schützt Rentner*innen nicht ausreichend vor Armut, weil die Zugangshürden zu hoch sind. Von der zielgenauen und unkomplizierten Garantierente profitieren insbesondere Frauen. Wer 30 Versicherungsjahre hat, soll nach heutigem Stand rund 1000 Euro erhalten – und zwar über die gesetzliche Rentenversicherung, ohne Bedürftigkeitsprüfung. Ehepaare werden dabei gemeinsam betrachtet.

- ➡ Die Riesterrente ist ein Fehlschlag. Die Riester-Produkte sind intransparent, teuer und haben oft eine sehr geringe Rendite. Wir wollen sie durch einen „**Bürgerfonds**“ in öffentlicher Verwaltung ersetzen, den wir für die betriebliche wie auch die private Vorsorge öffnen. Er gewährleistet attraktive Renditen, investiert langfristig und überwindet die Kurzfristorientierung der Märkte. Bestehende Riester-Verträge sollen Bestandsschutz genießen, sofern die Kunden dies wünschen.
- ➡ Die **betriebliche Altersversorgung** wollen wir stärken, damit mehr Beschäftigte Zugang erhalten. Alle Arbeitgeber*innen sollen ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und sie dabei finanziell unterstützen. Besonders für kleinere Unternehmen steht mit dem Bürgerfonds eine kostengünstige Variante zur Verfügung.



FRAGEN UND ANTWORTEN

Warum hat für die Grünen eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung Priorität?

Die gesetzliche Rentenversicherung ist – das haben die vergangenen Jahre gezeigt – kapitalgedeckten Formen der Altersvorsorge in weiten Teilen überlegen. Gesetzlich Versicherte genießen eine größere Sicherheit und können ihr Einkommen im Alter bereits frühzeitig abschätzen. Ihre Renditen bei Altersrenten sind denjenigen der Riester-Rente mindestens ebenbürtig. Zusätzlich verfügt die gesetzliche Rente über ein breites Leistungsspektrum (z.B. Familienleistungen, Erwerbsminderungsrente, Reha, usw.), das kapitalgedeckte Produkte nicht bieten können.

Dennoch kann eine kapitalgedeckte, private oder betriebliche Altersvorsorge die gesetzliche Rente sinnvoll ergänzen, dazu schlagen wir die Errichtung eines Bürgerfonds vor.

Wie sollen Geringverdienende nach Meinung der Grünen eine auskömmliche Rente erlangen?

Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen nicht in unsicheren oder prekären unterbezahlten Verhältnissen arbeiten müssen, u.a. durch einen höheren Mindestlohn und mehr Tarifbindung. Wir wollen Familie und Beruf so in Einklang bringen, dass beide Eltern arbeiten können. Dazu unterstützen wir flexiblere Arbeitszeitmodelle und bauen die Betreuungsmöglichkeiten in der Kita und in der Grundschule aus. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Frauen endlich genauso gut bezahlt werden wie Männer.

Auch wenn wir das Rentenniveau stabilisieren, reicht das noch nicht für alle Menschen mit niedrigem Einkommen oder Erwerbsunterbrechungen. Gerade für Geringverdiener*innen muss die Politik deshalb mehr machen: Unsere Vorschläge sind höhere Arbeitgeber-Rentenbeiträge für Geringverdienende (s.o.) und die Grüne Garantierente.

Was bedeutet der Mindestrentenbeitrag für Arbeitgeber?

Zu einer gerechten Gesellschaft und einer sozialen Marktwirtschaft gehören faire Löhne, aber auch die Chance auf eine auskömmliche Rente, auch für Geringverdiener*innen. Auch wer ein kleines Einkommen hat, soll langfristig im Alter nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sein.

Durch den arbeitgeberfinanzierten Mindestrentenbeitrag steigen die Lohnnebenkosten im Niedriglohnsektor geringfügig. Für Arbeitgeber bedeutet das maximale Mehrkosten von etwas über 50 Cent pro Arbeitsstunde, die in die gesetzliche Rentenversicherung fließen. Dieser Betrag ist notwendig, um auch Geringverdiener*innen im Alter gut abzusichern und staatliche Unterstützung aus Steuermitteln zu vermeiden.

Gilt die Rentenversicherung auch für Abgeordnete?

Wir wollen, dass alle in die Rentenversicherung einbezogen werden, auch Abgeordnete. Deshalb werden wir sie bereits bei den ersten Schritten zu einer Bürgerversicherung einbeziehen. Die Vorsorge für das Alter ist in Deutschland aus historischen Gründen stark nach Berufsstand gegliedert. Das ist leider bis heute so und betrifft auch unsere Abgeordneten. Wir wollen diesen Zustand beenden.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



SOZIALPOLITIK

gruene.de/sozialpolitik

Wir sichern die sozialen Netze. Corona hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem und wie zentral der Sozialstaat ist. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, gerade in Zeiten persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz, unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollen zu den schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders werden.

Stärkung unterer Einkommen: Wer Vollzeit arbeitet, soll von seiner Arbeit gut leben können. Es geht dabei um nicht weniger, als um Respekt vor getaner Arbeit, damit das Geld zum Leben reicht. Das ist heute oft nicht der Fall: Denn heute stopft die Grundsicherung Lücken, die in vielen Fällen durch nicht-existenzsichernde Löhne oder geringe Honorare von Selbständigen sowie Defizite bei den vorgelagerten Sozialleistungen (Wohngeld, Arbeitslosenversicherung usw) entstehen.

Alle Menschen sollen **gegen die wichtigen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit abgesichert sein**, durch den Schutz der Sozialversicherungen. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, was schon lange Realität ist: dass das System der sozialen Sicherung nicht ausreichend schützt. Insbesondere Solo-Selbständige und Kulturschaffende fallen heute häufig durch das soziale Netz. Damit Kinder **eine gute Kindheit** haben und nicht in Armut aufwachsen, wollen wir die finanzielle Situation von Familien verbessern und Kinder von Geburt an mit einer Kindergrundsicherung eigenständig absichern.

Alle Menschen brauchen Wohnungen, die sie sich leisten können. Menschen mit keinem oder nur geringem Einkommen sollen es einfacher haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden und entsprechende Unterstützung zu bekommen.

Wir wollen Hartz IV überwinden und durch eine Garantiesicherung ersetzen. Die Regelsätze sind heute zu niedrig, um Teilhabe zu ermöglichen und viele Menschen erhalten trotz Anspruch keine Unterstützung. Selbst etwas hinzuverdienen lohnt oft kaum. Die Garantiesicherung schützt vor Armut, und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Sie stärkt Menschen in Zeiten des Wandels und eröffnet Chancen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SCHÜTZEN WIR WIRKUNGSVOLL VOR ARMUT

- ➡ Wir wollen den **Mindestlohn auf 12 Euro** anheben und die **Tarifbindung stärken**. Um prekäre Arbeit einzudämmen sollen auch bei Leiharbeit gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden, sachgrundlose Befristungen abgeschafft und Kettenbefristungen eingeschränkt werden.
- ➡ Den steigenden Wohnkosten wollen wir begegnen durch **mehr Wohnungsbau** und bessere **Regeln für die Miet- und Immobilienmärkte**. Mit dem Klimawohngeld ermöglichen wir auch Menschen mit geringem Einkommen, in klimafreundlichen Wohnungen zu leben.
- ➡ Für eine solidarische soziale Sicherung wollen wir die Gesundheits-, Pflege- und Rentenversicherung zu **Bürgerversicherungen** weiterentwickeln. Alle Bürgerinnen und Bürger – und damit alle Einkunftsarten – sollen in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen und damit gut abgesichert werden.
- ➡ Als eine Antwort auf die Umbrüche am Arbeitsmarkt und für eine selbstbestimmte berufliche Laufbahn wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** entwickeln. Die Arbeitsversicherung soll die Menschen bei Weiterbildung unterstützen und ihnen den Lebensunterhalt sichern.
- ➡ **Mit der Grünen Garantiesicherung ersetzen wir Hartz IV** und sichern das Existenzminimum sowie die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie ist in Bausteinen angelegt, die schrittweise umsetzbar sind:
- ➡ Wir wollen das Regelsatzermittlungsverfahren reformieren und die **Regelsätze im ersten Schritt um 50 Euro anheben**.

- '''→ Um das Existenzminimum immer zu garantieren und Kürzungen darunter auszuschließen, wollen wir die **Sanktionen abschaffen**. Das passgenaue Beratungsangebots wollen wir stärken und die **Arbeitsförderung** in den Jobcentern verbessern. Die Jobcenter sollen nicht mehr für die Verwaltung der Grundsicherung zuständig sein, sondern sich künftig ganz auf Vermittlung und Förderung konzentrieren können.
- '''→ Wir wollen das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft überwinden und die **Leistungen schrittweise individualisieren**, indem auf die Anrechnung von Einkommen der Partner*in verzichtet wird – in einem ersten Schritt für nicht verheiratete Paare.
- '''→ Die **Anrechnung von Einkommen wird verbessert**, damit zusätzliche Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt.
- '''→ Auf die aufwendige **Vermögensprüfung** wollen wir verzichten und sie durch eine einfache und bürokratiearme Selbstauskunft ersetzen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie soll die Garantiesicherung finanziert werden?

Eine umfängliche Garantiesicherung, wie von uns skizziert, erfordert erhebliche Mittel. Wir haben sie daher in Bausteinen angelegt, die schrittweise umsetzbar sind. Die Garantiesicherung ist zwingend in ein arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Gesamtkonzept für gute Arbeit und bessere Löhne einzubetten.

Was passiert, wenn es keine Sanktionen mehr gibt und was tritt an die Stelle von Sanktionen?

Das Beispiel der Berliner Joboffensive zeigt, dass Sanktionen in der Vermittlungsarbeit überflüssig werden, wenn die Rahmenbedingungen für eine individuelle Beratung und Betreuung auf Augenhöhe stimmen. Um Arbeitssuchende zu befähigen und zu unterstützen, wieder finanziell auf eigenen Beinen stehen zu können, braucht es ein Kooperations- und Vertrauensverhältnis zwischen Leistungsberechtigten und Vermittler*innen. Das gelingt nur durch individuelle Beratung und Förderung auf Augenhöhe statt Standardmaßnahmen unter der Androhung von Sanktionen. Statt zu sanktionieren, werden wir besondere Mitarbeit künftig honorieren z.B. indem das Jobcenter die Kosten für Fort- und Weiterbildung übernimmt bzw. stärker unterstützt.

Bekommen Vermögende Leistungen der Garantiesicherung?

Nein. Indem wir statt einer Vermögensprüfung eine Selbstauskunft einführen, senken wir den Verwaltungsaufwand. Um Missbrauch vorzubeugen, sollen Antragstellende künftig rechtlich bindend erklären, über kein erhebliches Vermögen zu verfügen. Bei begründetem Zweifel

und dem Verdacht auf eine beachtliche Überschreitung der Vermögensgrenze kann dann eine Überprüfung stattfinden. Gleichzeitig entfallen Barrieren für vor allem Solo-Selbstständige, die während krisenbedingter Erwerbslosigkeit nicht gezwungen werden, Rücklagen für das Alter aufzubrechen.

Warum ist eine Bürgerversicherung sinnvoll?

Je lückenloser die soziale Absicherung über die Sozialversicherungen ist, desto weniger sind die Menschen auf Sozialleistungen angewiesen. Gerade die kleinen Selbstständigen haben in der Corona-Krise gemerkt, was für einen Wert eine Sozialversicherung auch für sie hätte. Wenn sie in der gesetzlichen Rentenversicherung wären, wären ihre Ansprüche insolvenzgeschützt und pfändungssicher. Sie würden auch von der Arbeitslosenversicherung profitieren; so hätten sie eine solide Einkommensversicherung in der Krise. Ziel der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege ist eine solidarisch finanzierte Absicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er oder sie braucht. Das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung hat viele Nachteile für Versicherte und setzt falsche Anreize. (siehe auch: [gruene.de/gesundheitspolitik](https://www.gruene.de/gesundheitspolitik))

Was ist mit den Beamten?

Bei der Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung beteiligen sich alle an der solidarischen Finanzierung, auch Beamte, Selbstständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete, und werden so auch besser abgesichert. Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt*innen und viele privat Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Wir verbessern die Versorgung gesetzlich Versicherter, beenden die Benachteiligung gesetzlich versicherter Beamt*innen und sichern privat Versicherte, die sich nur den Basistarif leisten können, besser ab. Priorität auf dem Weg zur Bürgerversicherung in der Rente hat für uns eine bessere Absicherung derer, denen heute oft Armut im Alter droht. Das sind die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen und Langzeitarbeitslose.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



SOZIAL GERECHTER KLIMASCHUTZ

gruene.de/klimaschutz-sozial

Die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft bringt riesige Chancen mit sich und schafft klimagerechten Wohlstand: wirtschaftlichen Aufschwung, Innovationen und Zukunftsjobs sowie eine Steigerung der Lebensqualität und des gesundheitlichen Wohlbefindens. Allerdings zeigen sich diese Chancen oft erst mittel- bis langfristig. Mit unserer Klimaschutz- und Sozialpolitik nehmen wir die berechtigten Sorgen und Ängste ernst und machen den Betroffenen echte Angebote im Übergang.

Unser Ziel ist ein sozial gerechter Klimaschutz, der sowohl den Zusammenhalt der Gesellschaft adressiert als auch **bei konkreten Maßnahmen die soziale Ausgewogenheit garantiert**.

Um unsere Klimaziele zu erreichen und die grundsätzlich vorhandene Bereitschaft für Klimaschutz auch in parlamentarische Mehrheiten zu überführen, brauchen wir eine hohe **Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen**.

Gut gemachter Klimaschutz geht mit einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit einher. Das ist allein schon deshalb so, weil Umweltzerstörung und Klimakrise vor allem ärmere Menschen treffen, während Wohlhabende und Reiche für deutlich mehr Emissionen verantwortlich zeichnen. Maßnahmen gegen Umweltzerstörung und für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen können dazu beitragen, diese Ungerechtigkeiten zu verringern.

Die Klimapolitik der letzten Jahre hat von unten nach oben verteilt. Das ist umso gravierender, weil gleichzeitig ohnehin schon großen Ungerechtigkeiten in diesem Land den Zusammenhalt gefährden – z.B. bei der lückenlosen Existenzsicherung, explodierenden Mieten oder prekären Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung insbesondere bei den sozialen Berufen. Dabei ist die **Stärkung des sozialen Zusammenhalts** grundlegend für die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen.

DAS HABEN WIR VOR:**SO SCHAFFEN WIR KLIMAGE-
RECHTEN WOHLSTAND
FÜR ALLE UND FEDERN
BELASTUNGEN AB**

- ➡ Wir wollen die ökologische Modernisierung mit den Beschäftigten gestalten. **Neue Jobs**, die entstehen, sollen auch **gute Jobs** sein – tarifgebunden, mitbestimmt, sicher und gut bezahlt. Dafür wollen wir die Mitbestimmung ausbauen und die Tarifbindung stärken.
- ➡ Gerade auch dort, wo sich Jobprofile grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen, braucht es in der ökologischen Transformation ein noch viel besseres **Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung**. Mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren.
- ➡ Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt und vollständig an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben **der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld** an, das jede*r Bürger*in erhält. Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet. **Besonders Betroffene, etwa Pendler*innen mit niedrigem Einkommen, unterstützen wir bei der Anpassung zusätzlich mit einem Klimabonus-Fonds**, der mit großzügigen Hilfen unterstützt, etwa beim Umstieg auf ein emissionsfreies Fahrzeug.
- ➡ **Die CO₂-Bepreisung im Wärmebereich soll von den Hauseigentümer*innen getragen werden.** Klein- und Kleinstvermietende werden mit einer Härtefallregelung unterstützt.
- ➡ Nicht nur aus ökologischen und gesundheitsfördernden Gründen, sondern auch aus sozialen Gründen ist der **massive Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs**, des Schienenverkehrs sowie des Radverkehrs entscheidend. Hierauf muss der eindeutige Schwerpunkt staatlicher Investitionen liegen. Es sind die Menschen mit kleinen Einkommen, die überwiegend auf guten ÖPNV angewiesen sind und deutlich seltener einen eigenen Pkw besitzen.
- ➡ Um mögliche Kostensteigerungen etwa bei der Ernährung zu kompensieren, wollen wir **Menschen mit niedrigem Einkommen** durch einen **höheren Mindestlohn** und für Sozialleistungsbeziehende durch **höhere Regelsätze** verbessern.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was genau hat es mit dem Energiegeld auf sich?

Den CO₂-Preis wollen wir sozial gerecht gestalten. Alle Einnahmen fließen in Form eines Energiegelds pro Kopf an die Menschen zurück. Je höher der CO₂-Preis, desto höher das Energiegeld. Wenn also der CO₂-Preis steigt, bekommt jede und jeder auch mehr Geld durch das Energiegeld zurück. Familien und Menschen mit geringen Einkommen haben so unterm Strich mehr in der Tasche. Pro Kopf ergibt sich etwa bei einem CO₂-Preis von 60 € ein Energiegeld von 75 € im Jahr, die zu Jahresbeginn ausgezahlt werden. Wer wenig fossile Energie verbraucht, hat am Ende des Jahres ein Plus, wer viel verbraucht, ein Minus. Klimafreundliches Verhalten wird belohnt. Dazu gilt grundsätzlich: Menschen mit hohen Einkommen verbrauchen auch mehr CO₂. Sie haben größere Häuser, größere Autos etc. Sie zahlen also mehr. Alle Studien zeigen, dass ein CO₂-Preis gerecht wirkt, wenn er mit einem fairen Ausgleich wie dem Energiegeld verbunden wird.

Wie sollen Menschen die E-Autos und Wärmepumpen finanzieren?

Neben dem Energiegeld wollen wir Menschen mit niedrigen Einkommen gezielt helfen. Mit einem Klimabonus wollen wir sie besonders unterstützen, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen. Z.B. durch einen hohen Kaufzuschuss für E-Autos, auch für Gebrauchte. Oder durch Zuschüsse für die Gebäudesanierung und ein Förderprogramm für Wärmepumpen. Wir brauchen bei der Förderung eine soziale Staffelung, denn es ist ungerecht, dass bspw. Beamtinnen dieselbe Förderung für ein E-Auto bekommen wie jemand, der zum Mindestlohn schuftet. Außerdem ist es wichtig, dass wir die Mieter*innen nicht mit dem CO₂-Preis allein lassen. Sie können ja nicht darüber bestimmen, wie ihre Wohnung geheizt wird, da müssen die Hauseigentümer*innen vollständig in die Pflicht genommen werden.

Wie sieht ein konkretes Beispiel für sozial gerechten Klimaschutz aus?

Eine Familie, die noch ihren alten Benziner fährt und in einem Einfamilienhaus mit Ölheizung wohnt, wird insgesamt um 113 € im Jahr belastet. Für Menschen mit niedrigem Einkommen, die jeden Euro umdrehen, ist das natürlich spürbar. Deshalb ist es so wichtig, dass wir diese Menschen dabei unterstützen, z.B. ein gebrauchtes E-Auto anzuschaffen oder die Heizung auf eine Wärmepumpe umzustellen. Dafür haben wir den Klimabonus-Fonds für Geringverdienende entwickelt. Wenn die genannte Familie z.B. auf ein E-Auto umsteigt, wird sie nicht mehr belastet, sondern um 200 € entlastet.

Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



STEUERPOLITIK

gruene.de/steuern

Eine gerechte Steuerpolitik ist die Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft und für das Gemeinwohl. Mit einer gerechten, nachhaltigen und soliden Steuerpolitik können wir starke Ungleichheiten ausgleichen, Umwelt und Klima schützen und für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern sorgen. Wir wollen durch steuerliche und finanzielle Anreize klima- und umweltfreundliche Lösungen ermöglichen und belohnen. Ebenso sorgen wir mit einem gerechten Steuersystem dafür, dass Einkünfte und Vermögen gerecht verteilt werden und alle nach ihrer Leistungsfähigkeit zu unserem Zusammenleben beitragen.

Wir wollen klimafreundliches Verhalten belohnen und klimaschädliche Subventionen abbauen. Gerade jetzt, nach der Corona-Krise, braucht es einen neuen Aufbruch. Deshalb wollen wir das **Steuerrecht so ausgestalten, dass es die notwendigen Investitionen in die ökologische und digitale Modernisierung fördert.** Damit werden wir die erforderliche Modernisierung der Wirtschaft unterstützen und sie fit für die Zukunft machen.

Gesellschaften, in denen die Ungleichheit gering ist, sind zufriedener. Alle sollen einen fairen Beitrag leisten. Hierzu werden wir bestehende Ungerechtigkeiten beseitigen. **Zum einen werden wir Menschen und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten und zum anderen sehr wohlhabende und reiche Menschen sowie große Konzerne stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen.** Auch schaffen wir Gleichbehandlung von Frauen und Männern und brechen so veraltete Strukturen auf. Durch die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sorgen wir endlich für gleiche Teilhabe an der Willensbildung der Gesellschaft.

Derzeit empfinden viele Bürger*innen das Steuersystem als ungerecht. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen haben kaum Möglichkeiten zur Steuergestaltung, Reiche und große Konzerne können sich verhältnismäßig leicht ihren steuerlichen Pflichten entziehen. Die großen Steuer-skandale wie Cum-Ex und die Paradise Papers haben das Ungerechtigkeitsempfinden verstärkt und das Vertrauen in die Behörden erschüttert. Das wollen wir ändern. Wir nehmen den **Kampf gegen Steuerbetrug und aggressiver Steuergestaltung** auf. Für die Akzeptanz und die Bereitschaft, sich an den Kosten des Gemeinwesens zu beteiligen, ist es unerlässlich, dass sich niemand den steuerlichen Pflichten entziehen kann. Dazu werden wir **Steuerumgehung und aggressive Steuergestaltung bekämpfen und diejenigen, die versuchen, Steuern zu hinterziehen, zur Rechenschaft ziehen.**

DAS HABEN WIR VOR:**SO KOMMEN WIR ZU EINER
GERECHTEN STEUERPOLITIK**

- ➡ **Abbau klimaschädlicher Subventionen:** Faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Klimaschädliche Subventionen, wie das Dieselpri­vileg, die Dienstwagenbesteuerung, die Steuerbefreiung von Kerosin und Erdöl für die Plastikherstellung, senken die Preise für klimaschädliche Produkte und verdrängen umweltfreundliche Alternativen. Deshalb bauen wir diese schrittweise ab. In einem ersten Schritt können wir so 15 Milliarden Euro jährlich einnehmen und sie für die Finanzierung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen.
- ➡ **Einführung einer individuellen Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag für Neu­ehen:** Um auch im Steuerrecht der Lebenswirklichkeit vieler Ehepaare gerecht zu werden und die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben, wollen wir für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bereits bestehende Ehen können sich frei entscheiden, ob sie zu diesem neuen System übergehen möchten oder aber beim derzeitigen Splitting bleiben. Die Lohnsteuerklasse V, die die Zweitverdiener benachteiligt, werden wir abschaffen, so dass die Steuerbelastung gleichmäßiger und gerechter zwischen den Partnern verteilt wird, in der Summe aber unverändert bleibt.
- ➡ **Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen:** Mit einer Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags schaffen wir gezielte Entlastung für kleine und mittlere Einkommen. Darüber hinaus werden Familien mit Kindern, gerade mit kleinen und mittleren Einkommen, durch die Kindergrundsicherung deutlich besser gestellt. Besonders Menschen mit geringem Einkommen profitieren von unserem Energiegeld.
- ➡ **Anhebung des Spitzen- und Reichensteuersatzes:** Um die Entlastung in den unteren Einkommensbereichen zu ermöglichen, wollen wir die Einkommensteuer bei hohen Einkommen moderat anheben. Ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 Euro bei Alleinstehenden bzw. 200.000 Euro bei Paaren werden wir den Steuersatz durch eine neue Stufe auf 45 % anheben. Für Spitzenverdiener ab einem zu versteuernden Einkommen ab 250.000 Euro bzw. 500.000 Euro wollen wir den Steuersatz durch eine weitere Stufe auf 48 % anheben. Diese Steuererhöhung betrifft etwa 2% der Einkommensteuerpflichtigen. Die große Mehrheit wird über den höheren Grundfreibetrag entlastet.

- ""→ **Gleiche Besteuerung von Kapital und Arbeit** durch die Abschaffung der Abgeltungsteuer, damit Zinsen und Kapitalerträge nicht geringer besteuert werden als Löhne und Gehälter. Dividenden werden damit, bei Menschen, die nicht den Spitzensteuersatz zahlen, deutlich geringer besteuert als heute, weil für sie wieder das Teileinkünfteverfahren gilt, was die Dividende teilweise steuerfrei stellt. Zinsen hingegen werden wieder höher besteuert.
- ""→ **Einführung einer neuen Vermögensteuer:** Wenn die Corona-Krise vorbei ist, wollen wir für die Länder eine neue Vermögensteuer einführen. Die Vermögensteuer soll erst ab hohem Vermögen von mehr als 2 Millionen Euro pro Person greifen und jährlich 1 % betragen. Um Unternehmen damit nicht zu überfordern, wollen wir Begünstigungen für Betriebsvermögen im gebotenen Umfang einführen und zugleich Investitionsanreize schaffen.
- ""→ **Kampf gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung:** Wir wollen, dass jeder einen fairen Beitrag leistet. Dazu werden wir die Steuervermeidung großer Konzerne eindämmen und uns für ein ambitioniertes Country-by-Country-Reporting (Offenlegung der Steuerzahlungen großer Konzerne nach Ländern) sowie für eine angemessene Besteuerung digitaler Großkonzerne einsetzen. Ein europäischer Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent unterbindet den schädlichen Steuerwettbewerb innerhalb der EU. Darüber hinaus stärken wir die Steuerverwaltung deutlich und schaffen zur Bekämpfung von Steuervermeidung eine Spezialeinheit auf Bundesebene. Damit bringen wir unsere Finanzverwaltung auf Augenhöhe mit den Steuertrickser*innen und -betrüger*innen.
- ""→ **Einführung einer Finanztransaktionssteuer:** Um Spekulationen und die Orientierung an kurzfristigen Zielen an den Finanzmärkten einzudämmen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer, möglichst im Verbund mit anderen europäischen Staaten, einführen. Damit wollen wir auch die Akteure auf den Kapitalmärkten angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie wirkt sich eine Vermögensteuer aus, wenn ich ein Eigenheim in guter Lage habe?

Wir wollen mit der Vermögensteuer sehr vermögende Menschen stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Aus diesem Grunde soll sie erst ab einem Vermögen von 2 Millionen Euro pro Person greifen. Damit ist sichergestellt, dass auch ein Eigenheim in sehr guter Lage allein noch nicht zum Anfall der Vermögensteuer führen wird. Darüber hinaus ist die Vermögensteuer eine Ländersteuer. Die konkrete Ausgestaltung muss daher in enger Abstimmung mit den Bundesländern erfolgen.

Was bedeutet die Vermögensteuer für Unternehmen und Arbeitsplätze?

Wir werden bei der Vermögensteuer im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang Begünstigungen für Betriebsvermögen einführen. Zusätzlich schaffen wir Anreize für Investitionen, um so die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen zu berücksichtigen. Da Unternehmen dadurch Vermögensteuer sparen können, wenn sie investieren, werden neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen.

Bei einem Bruttogehalt ab 100.000 Euro sind 45% Steuern fällig - wen betrifft das überhaupt?

Wir machen das Steuersystem gerechter, indem wir gezielt Familien, kleine und mittlere Einkommen entlasten und fordern einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens von denen, die es sich leisten können. **Nur etwa 2 % der Steuerpflichtigen erzielen 100.000 Euro oder mehr.** Denn die Einkommensgrenze bezieht sich auf das zu versteuernde Einkommen, nicht auf das Bruttogehalt. Das zu versteuernde Einkommen ist deutlich niedriger, weil davon u.a. schon die Aufwendungen für Altersvorsorge und Krankenversicherung sowie alle Werbungskosten und Betriebsausgaben sowie eventuelle Kinderfreibeträge abgezogen werden. Darüber hinaus wird auch nur der Teil des Einkommens, der 100.000 Euro übersteigt, mit 45% belastet.

Was machen die Grünen auch für Unternehmen?

Wir wollen ein gerechtes und nachhaltiges Steuersystem, dass sowohl die Umwelt und eine gerechte Verteilung der Steuerlast in den Blick nimmt. Aus dem Grunde werden wir erstens nicht einfach die Steuern anheben, sondern die Steuer entsprechend der Leistungsfähigkeit erheben. Deshalb entlasten wir kleine und mittlere Einkommen durch die Anhebung des Grundfreibetrags und erhöhen im Gegenzug bei hohen Einkommen die Steuersätze. Dies ist keine Steuererhöhung, sondern etwa aufkommensneutral.

Zweitens richten wir auch unsere Steuerpolitik an den Bedürfnissen der Wirtschaft aus. So haben wir uns gerade in der Pandemie für einfache und funktionierende Unterstützungsmaßnahmen, wie großzügige Stundungsregelungen und einen auf vier Jahre in die Vergangenheit ausgeweiteten Verlustrücktrag, der gerade kleinen und mittleren Unternehmen eine deutliche Entlastung gebracht hätte, eingesetzt. Darüber hinaus wollen wir durch eine gezielte Förderung von Investitionen in die ökologische und digitale Modernisierung der Wirtschaft durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten den Aufbruch aus der Krise schaffen. Ferner wollen wir Unternehmen bei der ökologischen Transformation unterstützen indem wir ihnen die Differenz zwischen Vermeidungskosten und CO₂-Preis erstatten (Carbon Contracts for Difference).

Was tun die Grünen bei den großen Konzernen?

Wir wollen ein gerechtes und nachhaltiges Steuersystem. Um das zu erreichen, sagen wir der Steuervermeidung und -hinterziehung gezielt den Kampf an. Durch Einführung des lang verhinderten öffentlichen Country-by-Country-Reporting, der Einführung einer Anzeigepflicht auch für inländische Steuergestaltungen und regelmäßigen Steuerlückenschätzungen werden wir die Steuertricks der Konzerne offenlegen. Steuerschlupflöcher wollen wir schließen. Um eine bessere Kontrolle von großen Konzernen zu erreichen, wollen wir auch die Finanzbehörden stärken und schaffen eine hoch qualifizierte Spezialeinheit auf Bundesebene.

Ebenso werden wir durch die Einführung einer Digitalkonzernsteuer Internetriesen wie Google, Facebook und Co. angemessen besteuern und wollen durch die Einführung eines europäischen Mindeststeuersatzes von 25 % ohne Ausnahmen Steuerdumping, bei dem langfristig alle Staaten verlieren, beenden. National gehen wir auch voran, indem wir die Abzugsfähigkeit von Zinsen und Lizenzgebühren beschränken bzw. verstärkt Quellensteuern auf Zahlungen in Niedrigsteuerrländer erheben.

Was bedeuten die Pläne zum Ehegattensplitting für untere und mittlere Einkommen?

Die jetzige Regelung des Splittings ist sozial ungerecht, denn die mögliche Höhe der Steuerersparnis durch das Ehegattensplitting steigt mit dem Einkommen der Empfängerhaushalte deutlich an. Paare in unteren Einkommensbereichen, die wenig Steuern bezahlen, profitieren daher nur sehr gering vom Splitting. Außerdem ist das Ehegattensplitting mit Blick auf die Geschlechtergerechtigkeit und die Absicherung von Kindern und Familien kontraproduktiv. Wir wollen stattdessen eine echte Familienförderung, unabhängig vom Familienstand. Daher wollen wir das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen durch eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Freibetrag ersetzen. Und durch die geplante Kindergrundsicherung kommt es gerade bei Eltern mit Kindern zur deutlichen Besserstellung unterer und mittlerer Einkommen. Für bestehende Ehen wollen wir das Ehegattensplitting in der heutigen Form übrigens beibehalten. Damit erkennen wir einmal getroffene Lebensentscheidungen an und sichern so Verlässlichkeit.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



TIERSCHUTZ

gruene.de/tierschutz

Tiere sind fühlende Wesen, die wie wir Freude und Zufriedenheit, aber auch Angst und Leid empfinden können. Wir Menschen haben die Pflicht, mit ihnen verantwortlich umzugehen und sie gut zu behandeln. Häufig werden Tiere jedoch so gehalten, dass es ihnen schlecht geht. Damit Tiere, die wir halten, ein besseres Leben haben, werden wir zu ihrem Schutz die gesetzlichen Regeln zur Tierhaltung deutlich verstärken. Die industrielle Massentierhaltung ist nicht mehr haltbar – weder für Umwelt und Klima noch für die Tiere. Wir wollen, dass deutlich weniger Tiere deutlich besser gehalten werden.

Tiere sind fühlende und intelligente Wesen, und wir haben die Verantwortung, sie als solche zu behandeln. Tieren muss es möglich sein, ihre art eigenen Bedürfnisse auszuleben – also etwa an der frischen Luft zu sein, sich bewegen zu können und mit Artgenossen in Kontakt zu treten. Das gilt in der Landwirtschaft, aber auch im Zirkus und im Zoo.

Die bisherige Bundesregierung hat das Thema Tierschutz allenfalls für Sonntagsreden genutzt. Ein Großteil der Tiere in der Landwirtschaft lebt **in engen Ställen** mit wenig Platz und ohne Auslauf. Bei einem Stallbrand können die Tiere kaum gerettet werden. Viele Rassen sind so stark auf Leistung gezüchtet, also dass sie immer mehr Milch, mehr Fleisch oder mehr Eier produzieren, dass die Tiere massive gesundheitliche Schäden davontragen. Um die Haltung von zu vielen Tieren in viel zu kleinen Ställen zu ermöglichen, werden – z.T. auch standardmäßig – immer noch Amputationen an den Tieren durchgeführt. So werden bei Kühen Schnäbel gekürzt, bei Ferkeln Schwänze amputiert und bei Kälbern Hörner ausgebrannt.

Wir wollen die Tierhaltung grundlegend umbauen und allen Tieren ein würdiges Leben ermöglichen. Eine Haltung, die das möglich macht, wollen wir gezielt fördern und die gesetzlichen Regeln verbessern. Tiere brauchen mehr Platz, Auslauf, Licht und Beschäftigung. Amputationen und Qualzucht wollen wir beenden.

Das Tierschutzgesetz reicht nicht aus, um seinem Namen gerecht zu werden. Noch dazu werden Zuwiderhandlungen viel zu oft nicht bemerkt und nicht geahndet. Wir wollen das **Tierschutzgesetz verbessern** und dafür sorgen, dass es auch eingehalten wird. Wir werden in Ab-

sprache mit den Ländern die Kontrollen und den Vollzug des Gesetzes stärken, sodass Tierqual angemessen bestraft und beendet wird.

Jedes Jahr werden Millionen Tiere für Versuchszwecke benutzt und getötet. Dabei gibt es für die meisten Versuche bereits tierfreie Methoden. Wir wollen **Tierversuche konsequent reduzieren und schnellstmöglich überflüssig machen**.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SCHÜTZEN UND RESPEKTIEREN WIR TIERE

- ➡ Wir treiben den **Umbau der Tierhaltung** entschieden voran. Oftmals gibt es für die Haltung vieler in der Landwirtschaft gehaltener Tiere, etwa Mastrinder, Milchkühe oder Puten, noch gar keine konkreten Haltungsverfahren. Die bestehenden Regeln werden wir daher deutlich verbessern und umfassend ergänzen. So soll die Tierhaltung so an die Fläche und an Obergrenzen pro Stall gebunden werden, dass eine umwelt- und tiergerechte Bewirtschaftung gewährleistet ist. Den Umbau in tiergerechte und brandsichere Ställe werden wir zum Standard machen, an den sich alle halten müssen.
- ➡ Wir werden die Landwirt*innen beim Umbau und für den höheren Aufwand der Haltung unterstützen, vor allem auch finanziell. Ausdrücklich fördern wir die Weidehaltung. Zur Finanzierung führen wir einen **Tierschutz-Cent** auf alle tierischen Produkte ein. Durch eine verpflichtende Haltungskennzeichnung bei tierischen Lebensmitteln schaffen wir eine transparente Orientierungshilfe für die Verbraucher*innen und die Grundlage für eine angemessene Entlohnung für tiergerechte Haltung. **Lebendtiertransporte wollen wir auf vier Stunden begrenzen**, Transporte in Staaten außerhalb der EU soll es gar nicht mehr geben.
- ➡ Wir wollen gemeinsam mit den Ländern und Kommunen kontrollieren, dass gesetzliche Regeln zum Tierschutz auch tatsächlich eingehalten werden. Dazu werden wir **wirkungsvollere Sanktionen bei Tierschutzvergehen im Tierschutzgesetz verankern**. Um die Rechte der Tiere besser durchsetzen zu können, werden wir außerdem **ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen** einführen. Wir wollen eine*n **Bundesbeauftragte*n für Tierschutz** einrichten, die*der unter anderem Gesetzentwürfe auf ihre Vereinbarkeit mit dem Tierschutzgesetz prüft und Rechtsverstöße beanstanden kann.

- ☞ Den **Handel mit Wildtieren werden wir strenger regulieren** und existierende Regularien konsequent umsetzen. Wildtierhandel auf Online-Portalen und gewerblichen Börsen sowie kommerzielle Importe von Wildfängen und die Einfuhr von Jagdtrophäen müssen der Vergangenheit angehören.
- ☞ **Um Tierversuche zu reduzieren und durch innovative Forschungsmethoden zu ersetzen**, wollen wir eine nationale Ausstiegsstrategie auflegen. Tierversuchsfreie Forschungsmethoden werden wir finanziell stärker fördern und ihre Anerkennung beschleunigen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was sagen die Grünen zu Haustierhaltung?

Haustiere sind für viele Menschen wichtige Gefährten und Familienmitglieder. Uns ist allerdings wichtig, dass alle Tiere, die wir halten, ein Leben in Würde und frei von Schmerzen und Leiden führen können. Auch im Haustierbereich gibt es bestimmte Praktiken, die wir nicht länger zulassen wollen. Qualzuchten sind auch bei Heimtieren ein Problem, etwa wenn Hunde kaum noch Luft bekommen, weil ihre Schnauzen kurz gezüchtet wurden. Qualzuchten wollen wir daher wirksam unterbinden.

Stärken wollen wir hingegen die Situation der Tierheime, die wertvolle Aufgaben für den Tierschutz leisten. Wir wollen die Bedingungen für Tierheime verbessern, die Zuständigkeiten besser regeln und sie vor allem finanziell besser ausstatten. Uns ist es wichtig, dass auch Tierheimtiere gut versorgt und in neue Familien vermittelt werden können.

Wie stehen die Grünen zu einem freiwilligen Tierwohllabel?

Ein unverbindliches Tierwohllabel wird den Herausforderungen in der Tierhaltung nicht gerecht. Es bringt den Landwirt*innen nicht die nötige Planungssicherheit und den vorbildlichen Tierhalter*innen nicht die notwendigen Marktvorteile, den Verbraucher*innen keine Transparenz und wird daher die großen Probleme, vor denen die landwirtschaftliche Tierhaltung steht, nicht lösen. Zurecht kritisieren Tierschutzverbände, dass ein freiwilliges Label unverbindlich und die Kriterien zu lasch sind.

Wir wollen stattdessen eine verbindliche Haltungskennzeichnung für tierische Lebensmittel einführen. Nur eine durchgehende Haltungskennzeichnung, die bei jedem Produkt auf den ersten Blick die Haltungsbedingungen erkennbar macht, wird den Markt verändern können und bietet wirkliche Anreize für eine tiergerechte Haltung. Wir werden uns parallel dazu für ein EU-weites Label einsetzen.

Klar ist aber auch: Tierschutz darf nicht allein den Verbraucher*innen übergeholfen werden. Wir wollen gesetzliche Mindeststandards in der Tierhaltung, die es allen Tieren ermöglicht, ihre Grundbedürfnisse auszuleben.

Was sagen die Grünen über Tierversuche?

Die EU-Kommission hat gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen des Verstoßes gegen die EU-Regeln zum Schutz von Versuchstieren eingeleitet. Wir brauchen hier endlich ein klares Umsteuern.

Wir werden den Einstieg in den Ausstieg einleiten. Für viele Bereiche gibt es heute schon tierversuchsfreie Methoden, etwa bei Tests auf Toxizität. Und trotzdem werden beispielsweise noch immer Chemikalien in Kaninchenaugen getropft, obwohl es dafür längst Alternativen gibt. Auch in sogenannten Multi-Organ-Chips sehen wir ein massives Potential, das es endlich konsequent zu fördern gilt. Andere Staaten wie etwa die Niederlande und auch die USA machen es schon lange vor, Deutschland muss hier aufschließen. Das käme im Übrigen nicht nur den Tieren zugute. Tierversuche lassen sich nicht eins zu eins auf den Menschen übertragen. Alternativen wie Multi-Organ-Chips sind hier deutlich im Vorteil.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



UMWELTPOLITIK

gruene.de/umwelt

Eine saubere Umwelt ist die Grundlage eines gesunden Lebens. Wir sorgen für reines und bezahlbares Wasser; für frische Luft ohne Abgase. Giftige Chemikalien gehören nicht ins Spielzeug oder in andere Gegenstände des täglichen Gebrauchs. Niemand soll sich beim Essen Gedanken darum machen müssen, wie viel Mikroplastik in jedem Bissen steckt. Müll von heute ist Wertstoff von morgen. Deswegen sollen alle Rohstoffe weitestgehend im Kreislauf geführt und wiederverwendet werden. Wir werden alles dafür tun, unseren Kindern und Enkelkindern einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und soll sauber und bezahlbar bleiben. Düngemittel, Pestizide, Waschmittelrückstände und Medikamentenreste belasten Grundwasser, Seen und Flüsse. All das gehört nicht ins Abwasser.

Unsere Städte wollen wir besser gegen Hitzewellen wappnen – mit mehr Stadtgrün, Fassadenbegrünung, Wasserflächen und öffentlichen Trinkbrunnen. Es gilt die Städte so umzugestalten, dass sie mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken können. Gerade ältere und kranke Menschen ächzen unter aufgeheizten Wohnungen, flirrendem Asphalt und stickigen Autoabgasen. Feinstaub und Stickoxide aus Verkehr und Industrie gehören in Deutschland zu den zehn größten Risiken für tödliche Krankheiten. Mit mehr **grünen Oasen, komfortablen Radwegen** und **autofreien Innenstädten** verbessern wir Gesundheit und Lebensqualität der Menschen in den Städten.

Aus unseren Alltagsprodukten wollen wir all jene **giftigen Chemikalien verbannen**, die Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder Allergien und ungewollte Kinderlosigkeit auslösen können. Es ist ein Alarmsignal, dass fast alle Kinder mit Plastik-Weichmachern und allergieauslösenden Chemikalien belastet sind.

Wir wollen **Abfall vermeiden, unser Ziel ist Zero Waste**. Es soll perspektivisch kein Müll mehr verursacht werden, Ressourcenverschwendung wollen wir stoppen. Produkte sollen so gestaltet werden, dass ihre einzelnen Bestandteile und Materialien nach der Nutzung problemlos wieder verwendet und im Kreislauf geführt werden können. Bessere Pfandsysteme sind ein wichtiger Schritt, jede Flasche soll in jeden Pfandautomaten passen. Alte Elektrogeräte oder

Verpackungen sind die Rohstoffe von morgen. Bislang bleiben diese Schätze noch ungenutzt. To-go-Becher werden nur kurz genutzt, bevor sie zu Müll werden. Hunderttausende Handys und Tablets verstauben in Schubladen.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SCHÜTZEN WIR UNSEREN LEBENSRAUM

- ➡ **Um unser Wasser zu schützen, brauchen wir klare gesetzliche Vorgaben.** Besonders gefährliche und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen. Wir sorgen auch dafür, dass der Eintrag von hormonverändernden Stoffen und Mikroplastik ins Wasser deutlich reduziert wird. Mit einem Verursacherfonds und einer Reform der Abwasserabgabe werden wir für eine faire Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung sorgen. Und wir wollen die industrielle Massentierhaltung in eine tier- und umweltgerechte Landwirtschaft umbauen, damit die Gewässerverschmutzung durch zu viel Gülle aufhört.
- ➡ **Um die Luft zu verbessern, bietet die ökologische Modernisierung riesige Chancen.** E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere Luft. Wir wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Minderungsziele für Luftschadstoffe und die Grenzwert-Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation schnellstmöglich umsetzen. Mit begrünten Dächern und Dachgärten, vernetzten Parks und Stadtwäldern oder durch weniger Dieselautos und Benziner in unseren Innenstädten: Durch eine Anpassung des Baurechts, der Städtebauförderung und des Verkehrsrechts lassen wir frische Luft in unsere Städte.
- ➡ Wir sorgen dafür, dass **giftige Chemikalien wie Bisphenol A umgehend aus Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen, aus Papier und Pappe verschwinden.** Verbraucherinnen und Verbraucher schützen wir besser, indem wir gemeinsam mit den Ländern importierte Güter stärker auf Giftstoffe kontrollieren, die Produktkennzeichnung verbessern und Produktrückrufe erleichtern.
- ➡ Wir machen **Mehrweg überall dort zum gesetzlichen Standard, wo es ökologisch vorteilhaft ist.** Das Verpackungsgesetz entwickeln wir weiter zu einem Wertstoffgesetz, das allen ökologisch vorteilhaften Mehrwegprodukten Vorrang einräumt sowie Müllvermeidung und hochwertiges Recycling fördert. Dazu müssen Kunststoffsorten und Verbundstoffe reduziert und giftfrei werden. Das komplizierte Pfandsystem entwirren wir, damit jede Flasche in jedem Supermarkt zurückgegeben werden kann. Wo man neue Elektrogeräte kaufen kann, müssen auch alte Geräte zurückgenommen werden. Damit Ressourcenschätze zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir ein Pfand auf Handys, Tablets und energieintensive Akkus.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet die Umweltpolitik für Verbraucher*innen?

Fakt ist, dass es für die Ausweitung von Pfandsystemen oder den Einbau effektiver Filtertechnologien Geld braucht. Fakt ist aber auch, dass Kraftwerksbetreiber, Pharma- und Chemieindustrie Gewässer, Luft und Boden bisher verschmutzen, ohne dass sie dafür Verantwortung übernehmen oder dafür zur Kasse gebeten werden. Die Kosten für die entstehenden Umweltschäden und die Mehrbelastung des Gesundheitssystems tragen die Steuerzahler*innen und damit wir alle. Grüne Umweltpolitik sorgt dafür, dass solche Kosten gar nicht erst entstehen. Die Investitionen in Umweltschutztechnologien sind vergleichsweise gering. Die unvermeidbaren Kosten sollen von den Verursacher*innen bezahlt werden und nicht von denjenigen, die unter den Folgen leiden müssen.

Welche Auswirkungen hat Umweltpolitik auf die Industrie?

Die Vergangenheit lehrt uns, dass ein Festhalten an veralteten Wirtschaftsstrukturen deutlich teurer kommt als ein rechtzeitiger sozial-ökologischer Umbau. Wer neue Techniken nicht einsetzt und deren Erforschung nicht vorantreibt, zahlt unnötig und gefährdet Arbeitsplätze. Unser Land ist auch deshalb als Industriestandort so erfolgreich, weil in vielen Bereichen Umwelttechnik entwickelt und im Vergleich zu internationaler Konkurrenz früh eingesetzt wird. So liegt der Weltmarktanteil dieser Produkte „made in Germany“ bei 14 Prozent, womit Deutschland in diesem Bereich Weltspitze ist.

Dazu kommt: Einzelne Branchen werden bei strengeren Umweltauflagen ihre Anlagen nicht einfach aus Deutschland in andere Länder verlagern, weil diese sich nicht „verpflanzen“ lassen, ohne dass millionen- und milliardenschwere Investitionen versenkt werden. Sollten Unternehmen wirklich den Aufbau neuer Standorte im Ausland bevorzugen, kann die Entfernung zu anderen Anlagen in Deutschland die Kosten steigern; gleichzeitig gibt es keine Garantie, dass anderenorts die Umweltschutzauflagen nicht auch verschärft werden. Planungssicherheit bringt eine solche Verlagerung also auch nicht. Zuletzt führen ehrgeizige nationale Umweltstandards dazu, dass die Standards auch international angehoben werden, sodass auch heute schon im Ausland produzierende Unternehmen auf in Deutschland nicht mehr erlaubte Stoffe verzichten und Produktionsprozesse umweltfreundlicher gestaltet werden.

Was bedeutet grüne Politik für Arzneimittel?

Wir wollen die Produktverantwortung von Medikamentenhersteller*innen ausweiten, damit sie für mögliche umweltschädliche Auswirkungen ihrer Produkte zur Verantwortung gezogen werden. Es darf nicht sein, dass von Gewinnen mit Medikamenten nur einige wenige profitieren, während damit einhergehende Umweltfolgen, die durch Gewässerverschmutzung auftreten, von allen gleichermaßen getragen werden sollen. Wir wollen die Erforschung von umweltverträglichen Medikamenten fördern, aber gleichzeitig notwendige Medikamente, für die es

keine umweltverträglichen Alternativen gibt, nicht vom Markt nehmen. Durch genaue Zulassungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente reduzieren wir die Gefahren von Arzneimittelrückständen im Wasser und Resistenzen von Keimen, die entstehen, wenn Antibiotika ins Grundwasser gelangen.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



VERBRAUCHER-SCHUTZ

gruene.de/verbraucherschutz

Verbraucherschutz ist unser gutes Recht. Doch viel zu oft sitzen Verbraucher*innen am kürzeren Hebel – wenn Autohersteller tricksen, Internetkonzerne Daten weitergeben, Flugunternehmen die Rückerstattung von Tickets einfach monatelang verzögern oder überzuckerte Kinderlebensmittel als gesund verkauft werden. Wir werden Verbraucherinnen und Verbraucher stärken: durch mehr gesetzlichen Schutz, mehr Transparenz und effektive Klagemöglichkeiten.

Verbraucherschutz betrifft alle Menschen, in fast jedem Lebensbereich, vom täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge, analog und digital. Neun von zehn Menschen sagen, Verbraucherschutz ist ihnen wichtig. Wir sorgen für das gute Recht der Verbraucher*innen auf Sicherheit, Transparenz, faire Bedingungen und Wahlfreiheit.

Lebensmittel, Spielzeug, Kosmetika und andere Alltagsprodukte müssen sicher sein. Unser Maßstab ist das Vorsorgeprinzip, nach dem bereits absehbare Risiken im Vorfeld ausgeschlossen werden. Daher setzen wir auf Höchstwerte und Kontrollen, um Verbraucher*innen vor gesundheitlichen Schäden zu schützen. Giftige Chemikalien, die Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder ungewollte Kinderlosigkeit auslösen können, wollen wir aus Alltagsprodukten verbannen.

Verbraucherschutz bedeutet auch, **gegen unfaire Geschäftspraktiken** vorzugehen. Wir wollen Verbraucher*innen besser vor untergeschobenen Verträgen, Täuschung und Kostenfallen schützen.

Verbraucher*innen sollen wissen, was drin ist und auf was sie sich einlassen – ob bei Lebensmitteln, Verträgen oder der Weitergabe ihrer Daten. Gerade im Onlinehandel bleibt oft unklar, wer eigentlich verkauft und woher die Ware kommt. Wir schaffen mehr Transparenz und machen wichtige Informationen wie Inhalt, Herkunft, Produktionsweise oder Datennutzung leicht erkennbar.

Verbraucherschutz gilt digital wie analog. So, wie wir bei elektrischen Geräten sicher sein müssen, dass sie keinen Kurzschluss oder Brand verursachen, müssen wir uns bei digitalen Geräten oder Anwendungen darauf verlassen können, dass sie unsere Daten nicht ungefragt erheben, sammeln oder weitergeben. Wir stellen deshalb sicher, dass die Hersteller sie durch hohe IT-Sicherheitsstandards vor Hacking, Manipulation und Überwachung schützen. Weil der Gang zum Gericht für den Einzelnen oft zu aufwendig ist, werden Verstöße gegen Verbraucherrechte oft nicht verfolgt. **Wir wollen die Klagerechte für Verbraucher*innen ausbauen und Verbraucherorganisationen stärken.**

DAS HABEN WIR VOR:

SO STÄRKEN WIR DEN VERBRAUCHERSCHUTZ

- ➡ **Klare Lebensmittelkennzeichnung:** Mit verständlichen und verlässlichen Informationen über Zutaten, Herstellung und Herkunft sorgen wir für mehr Transparenz im Supermarkt. Deswegen führen wir eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung ein und setzen uns auf EU-Ebene für die Ausweitung des Nutriscores auf alle Fertigprodukte ein. Herkunfts- und Regionalkennzeichnungen werden wir verbessern.
- ➡ **Schutz vor Kostenfallen:** Um Verbraucher*innen vor Kostenfallen zu bewahren, gehen wir gegen untergeschobene Verträge, unseriöses Inkasso und Haustürgeschäfte mit Wucherpreisen vor. Lange Vertragslaufzeiten werden wir verkürzen.
- ➡ **Verbraucherschutz im Finanzmarkt:** Wir sorgen für höhere Qualität in der Finanzberatung, bessere Anlageprodukte und eine funktionierende Kontrolle. Um Fehlanreize zu verhindern, gehen wir von der Provisionsberatung sukzessive zur Honorarberatung über. Mit einer Deckelung der Dispozinsen und klaren Kostenregelung für Basiskonten gehen wir gegen überhöhte Gebühren vor.
- ➡ **Digitaler Verbraucherschutz:** Um den Verbraucherschutz im Onlinehandel zu stärken, setzen wir uns auf EU-Ebene für mehr Verantwortung der Verkaufs- und Vermittlungsplattformen ein. Sie sollen dafür sorgen müssen, dass die Anbieter*innen erreichbar und Produkte sicher sind. Durch gesetzliche IT-Sicherheitsstandards und voreingestellten Datenschutz stellen wir sicher, dass wir die Kontrolle über unsere Daten und Geräte behalten.

- '''→ **Nachhaltigen Konsum einfach machen:** Wir wollen erreichen, dass Geräte länger halten. Ein Recht auf Reparatur soll dazu führen, dass elektronische Geräte langlebig, reparierbar und recyclingfähig gestaltet sein müssen. Außerdem verlängern wir die Gewährleistungsfristen und wollen, dass Hersteller angeben müssen, welche Lebensdauer für ein Gerät vorgesehen ist.
- '''→ **Verbraucher*innen stark machen:** Wir werden Verbraucherrechte und Verbraucherorganisationen strukturell stärken. Verbraucher*innen sollen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden zu ihrem Recht kommen. Deswegen führen wir eine Gruppenklage ein und setzen die EU-Verbandsklage verbraucherfreundlich um.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Warum wollen die Grünen Verbraucherschutz stärken?

Verbraucher*innen hatten nie so viel Auswahl wie heute. Wir wollen dafür sorgen, dass sie besser zu ihrem Recht kommen und nicht über den Tisch gezogen werden. Für sie muss es leichter werden, beim Kauf eine gute Wahl treffen zu können. Die Verantwortung dafür darf nicht einseitig bei ihnen abgeladen werden. Studien zeigen, dass sich viele Menschen damit überfordert fühlen, sich zu allen Produkten und Details schlau zu machen. Weil Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzbestimmungen so lang und verbraucherunfreundlich formuliert sind, werden sie von der Mehrheit der Verbraucher*innen kaum oder gar nicht gelesen. Der Staat hat die Aufgabe, einen Ordnungsrahmen zu setzen, der vor gesundheitlichen Gefahren, unsicheren Produkten, Betrug und Abzocke schützt. Das erwarten auch die Verbraucherinnen und Verbraucher selbst: Laut einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung wünscht sich eine überwiegende Mehrheit politische Regelungen.

Was bedeutet grüne Verbraucherpolitik für die Wirtschaft?

Verbrauchervertrauen und Kundenzufriedenheit sind Grundvoraussetzungen für einen funktionierenden Markt und eine nachhaltig florierende Wirtschaft. Die Konsumausgaben der Verbraucherinnen und Verbraucher machen mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus. Ein hohes Verbraucherschutzniveau, das der Sicherheit und dem Verbrauchervertrauen dient, nutzt auch der Wirtschaft.

Was ist der Unterschied zwischen der Gruppenklage und der US-Sammelklage?

Beides sind Instrumente kollektiver Rechtsdurchsetzung, aber die grüne Forderung einer Gruppenklage ist von der US-Sammelklage zu unterscheiden. In den USA hat sich eine Sammelklagen-Industrie entwickelt. Mit der sogenannten US class action werden in der Regel Rechts- und Tatsachenfragen bindend für eine Gruppe von Betroffenen geklärt, sogar für die Gruppenmit-

glieder, die nicht selbst am Prozess beteiligt waren – auch „Opt out“-Ansatz genannt. Wir stellen dem einen „Opt in“-Ansatz gegenüber, d.h. das Gruppenverfahren soll nur für diejenigen gelten, die sich daran beteiligen wollen. Darüber hinaus kann sich eine Klageindustrie bei uns nicht entwickeln, denn unser Recht lässt weder horrende Erfolgshonorare für Anwältinnen und Anwälte zu, noch Strafschadensersatz, der über den tatsächlich geschuldeten Ausgleich des Schadens hinausgeht.



Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



VERKEHR

gruene.de/verkehr

Wir sorgen für nachhaltige Mobilität. Mit uns wird der Verkehr klimafreundlich, sicher und sozial gerecht. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir neue Mobilität in der Stadt und auf dem Land, mit E-Autos, der Bahn oder dem Rad. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die nicht einfach wegziehen können. Mehr Angebote an umweltfreundlichen Verkehrsmitteln wie Rufbusse oder Carsharing ermöglichen mehr Flexibilität, mindern individuelle Kosten und fördern ein gutes Leben in der Stadt und auf dem Land. Die Auto- und Mobilitätsindustrie unterstützen wir beim Wandel zu emissionsfreien Antrieben und neuen Mobilitätskonzepten.

Wir stellen die **nachhaltige Mobilität in den Mittelpunkt** unserer Politik, damit der Verkehr seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Wir wollen klimafreundliche Autos, ein attraktives Bahn- und Busangebot und hochwertige Radwegenetze. Richtig gemacht bietet die Verkehrswende riesige Chancen, unseren Alltag und unsere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land zu verbessern.

Deutschland ist ein Land der Innovationen und Exporte. Darum wollen wir Vorreiter bei klimafreundlichen Fahrzeugen werden, denn ihnen gehört die Zukunft. Wir zeigen, wie Energie- und Antriebswende erfolgreich verzahnt werden können und ein neues, intelligentes Mobilitätssystem entstehen kann. Mit der Festlegung, **ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zuzulassen, bieten wir Verlässlichkeit und geben Autoindustrie und Verbraucher*innen Planungs- und Investitionssicherheit. Damit effiziente, emissionsfreie E-Autos sich schneller durchsetzen, fördern wir die Entwicklung moderner Batterien und den Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Bus und Bahn sollen so attraktiv werden, dass viele Menschen, insbesondere die Pendler*innen, umsteigen können. Dafür investieren wir in Ausbau und Vernetzung umweltfreundlicher Mobilitätsangebote. Öffentliche Verkehrsmittel und Carsharing-Angebote sollen einfach kombiniert werden können. Damit ausreichend Mittel bereitstehen, wollen wir statt in neue Fernstraßen künftig in den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur investieren und ökologisch schädliche Subventionen abbauen.

Wir machen Deutschland zum Fahrradland und schaffen ein lückenloses Fahrradnetz. Um Radfahrer*innen und Fußgänger*innen umfassend zu schützen, wollen wir die Verkehrsregeln anpassen und den Autoverkehr verringern.

Fliegen hat unsere Welt näher zusammengebracht. Zugleich ist es wegen seines immensen Kerosinverbrauchs die klimaschädlichste Fortbewegungsart. Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum blinden Wachstum des Luftverkehrs, sondern **den Flugverkehr am Ziel der Klimaneutralität ausrichten**.

DAS HABEN WIR VOR:

SO ERREICHEN WIR DIE VERKEHRSWENDE

- ➡ Die Bahn ist das Rückgrat der Mobilitätswende. **Wir werden daher die Schiene in der Fläche ausbauen, Strecken reaktivieren und mit dem Deutschland-Takt Bahnfahren attraktiver machen.** Bahnhöfe wollen wir zu Mobilitätsstationen aufwerten und die Kombination von Fahrrad und Bahn verbessern.
- ➡ Im ländlichen Raum werden viele weiterhin ein Auto benötigen, doch auch ohne darf niemand abgehängt werden. Wir wollen zusammen mit den Ländern eine **Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einführen**, das ÖPNV-Angebot insgesamt deutlich ausweiten und die Fahrgastzahlen bis 2030 verdoppeln. Ridepooling, Car-Sharing und On-Demand-Angebote werden wir fördern.
- ➡ Wir bringen die **Infrastrukturentwicklung im Verkehrsbereich auf den 1,5-Grad-Pfad von Paris.** Dafür wollen wir den Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglichen durch einen **Bundesnetzplan** ersetzen, der die Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den Erfordernissen der Mobilitätswende ausrichtet und die bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und Bundesfernstraßen deutlich reduziert.
- ➡ **Städte und Kommunen werden wir bei der Mobilitätswende gezielt dabei** unterstützen, sichere Radwege und attraktive Fußwege anzulegen und verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und Stadtviertel zu schaffen. Wir verbessern die Verkehrsregeln, damit die Wege für alle, insbesondere für Kinder, sicherer werden.
- ➡ **Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden.** Das erreichen wir über die europäischen Flottengrenzwerte und ansteigende nationale Quoten. Die Kaufförderung von emissionsfreien Autos wollen wir durch ein **Bonus-Malus-System fördern und erreichen damit auch 15 Millionen E-Autos auf den Straßen bis 2030.** Den Steuerrabatt auf Dieselkraftstoff werden wir schrittweise beenden und den Ausbau eines flächendeckenden Ladenetzes beschleunigen.

- ➡ **Kurzstreckenflüge wollen wir bis 2030 überflüssig machen, indem wir die Bahn massiv ausbauen.** Die Zahl von Mittel- und Langstreckenflügen gilt es zu vermindern und das Fliegen gleichzeitig zu dekarbonisieren, indem nach und nach der Anteil an klimaneutralen Treibstoffen steigt.
- ➡ **Fossile Treibstoffe wie Schweröl oder Diesel müssen durch emissionsneutrale Treibstoffe und grüne Antriebe ersetzt werden, um die Schifffahrt perspektivisch klimaneutral zu bekommen.** Wir wollen hier Forschung und Markteinführung fördern, die Nutzung von Landstrom in den Häfen muss verpflichtend werden.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet grüne Verkehrspolitik für Verbrenner-Autos?

Wir Grüne wollen, dass ab dem Jahr 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden. Für diejenigen, die dann noch ein Verbrenner-Auto haben, ändert sich nichts.

Warum sind Elektroautos eine bessere Lösung für Umwelt und Klima?

E-Autos haben eine bessere Ökobilanz. Zwar benötigt die Akkuproduktion viel Energie, doch beim Betrieb fällt die Klimabilanz der Stromer deutlich besser aus. Mit steigendem Ökostrom-Anteil wächst dieser Vorsprung zum Verbrenner weiter. Genauso wie in Verbrenner-Autos werden auch in E-Autos Rohstoffe eingesetzt, die unter problematischen Bedingungen abgebaut werden. Damit produzierende Unternehmen dem Schutz von Umwelt und Menschenrechten nachkommen, braucht es darum ein wirksames Lieferkettengesetz. Der Ressourceneinsatz für E-Autos wird zudem zunehmend besser: Forschung und Wissenschaft zeigen, wie Akkus künftig mit anderen Rohstoffen hergestellt werden. Schon heute sinkt der Anteil des bedenklichen Kobalts, manche Hersteller wollen bald ganz darauf verzichten. Recyclingverfahren funktionieren bereits gut, es braucht aber strengere Vorgaben, damit mehr Akkus recycelt werden.

Wie soll ich mir ein E-Auto leisten können?

Elektroautos werden finanziell immer attraktiver, vor allem dank der geringeren Energiekosten. Bei der Anschaffung greift zudem das Bonus-Malus-System, das emissionsarme Fahrzeuge besser stellt, Unter anderem für Pendler*innen mit niedrigen Einkommen wollen wir zusätzlich einen Klimabonus-Fonds schaffen, der beim Umstieg mit großzügigen Hilfen unterstützt. Auch die Einnahmen aus dem CO₂-Preis, der beispielsweise bei Benzin und Diesel erhoben wird, fließen an alle Bürger*innen zurück.

Wie stehen die Grünen zu Autos in Städten?

Wir wollen Städten die Chance geben, die Anzahl der Autos deutlich zu verringern und die Lebensqualität für alle zu verbessern. Fakt ist: Die allermeisten Pkw stehen 23 Stunden am Tag geparkt herum und verbrauchen viel wertvolle öffentliche Fläche. Wo weniger Platz für Autos beansprucht

wird, haben Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Platz und mehr Sicherheit. Grünflächen, Orte der Begegnung und für spielende Kinder entstehen. Wir wollen dafür das Straßenverkehrsrecht erneuern und Car-Sharing, das gemeinschaftliche Teilen von Fahrzeugen, gezielt fördern. Den öffentlichen Verkehr wollen wir ausbauen und dabei die Anbindung ländlicher Gemeinden verbessern.

Was bedeutet grüne Verkehrspolitik für Menschen auf dem Land?

Wir haben bei der Mobilitätswende alle Menschen im Blick, in den Städten und auf dem Land. Viele Menschen gerade auf dem Land, aber auch in städtischen Regionen werden weiter ein Auto brauchen – mit der Förderung der Elektromobilität sorgen wir dafür, dass Autofahren klima- und umweltfreundlich wird. Und ebenso gilt für Stadt und Land, dass wir die Alternativen ausbauen und die oftmals hohe und teure Abhängigkeit vom Auto verringern wollen – durch ein gutes ÖPNV-Angebot, mehr geteilte Mobilitätsangebot und hochwertige Radverkehrsverbindungen.

Sind Klimaschutzziele und Verkehrswende nicht äußerst ambitioniert?

Die Klimaschutzziele sind anspruchsvoll, aber die Zeit, sie einfach zu ignorieren, ist endgültig vorbei. Wir machen die Mobilität variantenreicher und grüner. Mit dem Strom der Photovoltaikanlage auf dem Dach, der dann im Akku des Elektroautos landet, gehen Energie- und Antriebswende Hand in Hand. Anstatt dem eigenen Auto kann künftig auch unproblematisch das jeweils beste und passende Verkehrsmittel ausgewählt werden. Das schont Klima und Umwelt und senkt individuelle Kosten. Garantiert muss sein, dass alle Ziele zuverlässig und preiswert erreicht werden, auch im ländlichen Raum.

Was bedeutet die grüne Verkehrswende für das Auto?

Wir wollen, dass das Auto der Zukunft auch weiterhin in Deutschland entwickelt und gefertigt wird. Dafür braucht es klare Leitplanken. Das bedeutet, den Energie- und Ressourcenverbrauch und die Gefahren für Leib und Leben durch den Autoverkehr zu verringern. Das Auto bleibt Teil moderner Mobilität, immer mehr Menschen werden aber öfter andere Optionen wählen – auf der Fernstrecke etwa die Bahn, für den Einkauf um die Ecke das Lastenrad. Wo Radwegenetze, mehr Straßenbahnen und neue Buskonzepte entstehen, fallen Staus weg und werden Pendler*innen entlastet.

Wie stehen die Grünen zum Fliegen?

Fliegen ist in vielen Fällen unumgänglich, um von A nach B zu kommen. Aber Flüge auf Kurzstrecken, die man komfortabel und klimafreundlicher mit der Bahn zurücklegen kann, wollen wir überflüssig machen. Und die Flugzeuge der Zukunft werden mit klimaneutralen Treibstoffen fliegen, die wir schnellstmöglich nach und nach einführen.

Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z



VIELFALT UND OFFENE GESELLSCHAFT

gruene.de/vielfalt

Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. In unseren Dörfern und Städten begegnen sich Menschen mit und ohne Religionszugehörigkeit, diversen Perspektiven, Erfahrungen und Herkünften. An unseren Schulen bringen Kinder die Geschichten aus ihren Elternhäusern und ihre unterschiedlichen Muttersprachen ein. Wo wichtige Entscheidungen für unsere Gesellschaft fallen, sollen deshalb auch alle mit am Tisch sitzen. Zusammenhalt in Vielfalt setzt voraus, respektiert und gehört zu werden, gleichberechtigt mitgestalten und teilhaben zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleiche zu begegnen, das Gemeinsame trotz der Unterschiede zu sehen. Unser Ziel ist Einheit in Vielfalt.

Das Leitbild unseres Zusammenlebens ist das **Grundgesetz**. Menschenwürde und die Achtung der persönlichen Freiheit des anderen, gleiche Rechte für alle Menschen sowie das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit, auf gleichberechtigte Teilhabe und gleiche Chancen sind Fundamente unserer Demokratie. All das Realität werden zu lassen, ist unser Ziel.

Nur wenn Würde und gleiche Rechte vor der Klammer stehen, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen können, gibt es **Freiheit und Sicherheit** und wird Gerechtigkeit befördert – für jede*n Einzelne* und uns als Gesellschaft. Diesen Anspruch wollen wir verwirklichen.

Zwei Kopftuch tragende Frauen mit ihrem gemeinsamen Kind, der Pfarrer, der mit seinem Partner selbstverständlich im Pfarrhaus wohnt, oder die bekennend atheistische Transsexuelle als Vorstand in einem DAX-Unternehmen – wenn auch das möglich ist, wenn solche Vielfalt akzeptiert wird und sie quasi „kein Thema“ mehr ist, dann wäre der **Gleichheitsauftrag unseres Grundgesetzes** erreicht.

Und wir werden überall dort aktiv, wo Menschen angegriffen werden, ganz gleich aus welcher Ecke Hass, Queerfeindlichkeit, Sexismus, Rassismus oder Antisemitismus kommen. Dazu wollen wir Freiheiten und den Schutz von Menschen ausbauen, Diskriminierung abbauen und die Gleichstellung in unserem Land vorantreiben.

Wir wollen, dass sich die Vielfalt jüdischen Lebens selbstverständlich in Deutschland entfaltet. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist der gezielte Kampf gegen Antisemitismus in jeglicher Erscheinungsform.

Unsere Gesellschaft ist freiheitlich und pluralistisch, gerade darin liegt ihre kulturelle Anziehungskraft. Wir wenden uns entschieden **gegen eine Leitkultur**, die Menschen eine bestimmte Lebensweise vorschreiben will.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SORGEN WIR FÜR VIELFALT UND RESPEKT

- ➡ Den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen wollen wir mit einem staatlichen **Gewährleistungsanspruch in der Verfassung** verankern. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz entwickeln wir zu einem echten **Bundesantidiskriminierungsgesetz** weiter, welches zum Beispiel ein Verbandsklagerecht für Betroffene enthält. Das Netz zivilgesellschaftlicher **Beratungsstellen** wollen wir flächendeckend ausbauen und in den Institutionen, wie beispielsweise bei der Polizei oder in Jobcentern, Anlaufstellen für diskriminierte Menschen schaffen. Die **Antidiskriminierungsstelle des Bundes** werden wir zu einer obersten Bundesbehörde aufwerten – mit mehr Personal, Budget und Kompetenzen.
- ➡ Wir wollen einen **Partizipationsrat** einführen, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als ein gesetzlich verankertes und unabhängiges Gremium, mit Vertreter*innen aus der (post)migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung, die permanent die Politik beraten.
- ➡ Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein **Partizipations- und Teilhabegesetz** vorlegen und das Bundesgremiengesetz reformieren. Alle, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sollen ein **kommunales Wahlrecht** erhalten.
- ➡ Die Vielfalt Deutschlands soll sich auch in seiner **Verwaltung**, bei der **Polizei** und der **Bundeswehr** widerspiegeln, denn das trägt zu Vertrauen der Menschen in Demokratie und Staat bei. Auch wollen wir, dass die **Führungs- und Entscheidungsgremien** der **Wirtschaft**, der **Kultur** und der **Medien sich in ihrer Zusammensetzung immer weiter der Demographie im Land annähern**.

- ➡ Wir wollen Projekte und Initiativen fördern, die **jüdisches Leben** stärken und Antisemitismus bekämpfen. Wir setzen uns für Präventionsmaßnahmen, sensibilisierende Aus- und Fortbildungen und eine entschlosseneren Verfolgung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle ein.
- ➡ Der Diskriminierung von **Muslim*innen** begegnen wir durch umfassende Schutzkonzepte sowie Präventionsprogramme. Betroffene müssen besser geschützt, beraten und unterstützt werden. Zudem unterstützen wir beim Vorliegen notwendiger Voraussetzungen Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, ebenso den Ausbau der Imam*innenausbildung in Deutschland.
- ➡ Wir wollen die neue **EU-Roma-Rahmenstrategie (Post2020)** umsetzen. Dafür braucht es eine „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring der deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern und den Selbstorganisationen übernimmt.
- ➡ Wir werden einen bundesweiten **Aktionsplan „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt** vorlegen mit dem Ziel, queeren Menschen gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie stehen die Grünen zum Islam?

Der Islam gehört zu Deutschland. Wir setzen uns für eine gleichberechtigte Teilhabe von Muslim*innen ein. Das bedeutet, dass wir Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften unterstützen, die in keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und deren oder dessen jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst bestimmen.

Diese Selbstbestimmung wird auch durch die Ausbildung von Imam*innen in Deutschland und die Institute für islamische Theologie unterstützt, die wir fördern wollen. Wir wollen auch progressive, liberale muslimische Vertretungen einbinden, die für Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, LSBTIQ*-Rechte und Feminismus eintreten und einen lebendigen Glauben innerhalb des islamischen Religionspektrums praktizieren.

Klar ist für uns: Niemand darf Frauen vorschreiben, was sie aus religiösen Gründen anzuziehen haben, noch sie zwingen, sich auszuziehen. Pauschale Kopftuchverbote führen zu Stigmatisierungen, Ausgrenzungen und befördern bestehende Diskriminierungen gegenüber Musliminnen. Zur Selbstbestimmung von Muslim*innen gehört auch die Möglichkeit, ihre Religion auszudrücken.

Wie stehen die Grünen zu den Kirchen?

Wir wahren das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind wichtige Akteure der Zivilgesellschaft. Sie verleihen unserer Gesellschaft vielfältige Impulse und leisten einen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die gewachsene Beziehung zwischen Staat und den christlichen Kirchen wollen wir erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen Realität anpassen. So wollen wir, dass beispielsweise das kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert wird sowie die Ausnahmeklauseln für die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden. Der religiöse Verkündigungsbereich bleibt hiervon unberührt. Die vielen Gläubigen, die sich für eine notwendige Modernisierung der christlichen Kirchen einsetzen und auf eine lückenlose Aufklärung der Fälle sexualisierter Gewalt dringen, unterstützen wir.



Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



WIRTSCHAFTS- POLITIK

gruene.de/wirtschaft-staerken

Klimaneutralität ist die große Chance für unternehmerische Ideen und gute Arbeitsplätze in Deutschland. Auf den globalen Zukunftsmärkten soll „Made in Germany“ für innovative und nachhaltige Produkte stehen. Viele Unternehmen, Selbstständige und Arbeitnehmer*innen haben sich schon auf diesen Weg gemacht, wir wollen sie unterstützen. Gemeinsam wollen wir eine sozial-ökologische Marktwirtschaft schaffen, die Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt. Dabei nehmen wir Gründer*innen und Startups, KMU und Handwerk, Social Entrepreneurs und regionale Wirtschaft genauso wichtig, wie die industriellen Kerne. Unsere Wirtschaftspolitik entsteht im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften, NGOs, Wissenschaft und Bürger*innen.

Überall ist spürbar, die Art wie wir produzieren und konsumieren ändert sich rasant. Die **Märkte der Zukunft werden digital und klimaneutral und das weltweit**. Die Corona-Krise beschleunigt dies zusätzlich. Es ist höchste Zeit hierzulande bessere Voraussetzungen zu schaffen, damit Unternehmen, Selbstständige und Arbeitnehmer*innen die Herausforderungen von Klimakrise, Digitalisierung, Globalisierung und aktuell der Corona-Krise gut bewältigen können.

Dafür wollen wir die Stärke des Europäischen Binnenmarkts nutzen. Europa muss auf Innovation und Investitionen in **klimafreundliche Technologien und auf eine grüne Digitalisierung** setzen, damit es im Wettbewerb mit den anderen großen Wirtschaftsräumen nicht nur mithält, sondern eigene Standards – z.B. wie mit unseren Daten umgegangen wird – setzen und bei Künstlicher Intelligenz, moderner Biotechnologie und sauberen Batterien die Spitze beanspruchen kann.

Mit einer **Offensive für private und öffentliche Investitionen** wollen wir die Konjunktur anschieben, in Klimaschutz, innovative Geschäftsideen und moderne Infrastrukturen für Mobilität, Energie, Bildung und Digitalisierung investieren und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit stärken. Planung und Umsetzung wollen wir beschleunigen.

Ein **Motor dafür ist fairer Wettbewerb**, den wir nach innen und außen sichern wollen. Er führt zu niedrigeren Preisen und höherer Qualität, ermöglicht Verbraucher*innen Wahlfreiheit und schützt so vor Abzocke und unfairen Geschäftsbedingungen. Mit klaren Leitplanken schaffen wir Planungssicherheit und eröffnen Räume für neue nachhaltige Geschäftsideen. Wir fördern eine Kultur der Selbständigkeit und ein gesellschaftliches Innovationsklima und unterstützen den Ideenreichtum von Start-Ups und Mittelstand.

Unternehmen sollen die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln und Verantwortung für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns übernehmen. Es geht uns um **Fairness und Gerechtigkeit**. Die Erfahrung zeigt, dass tiefgreifende Veränderungen mit freiwilligen Selbstverpflichtungen oft nicht erreicht werden können. Deshalb wollen wir verbindliche Regeln.

Mehr Lebensqualität für alle ist möglich, ohne dass der Verbrauch materieller Güter immer weiter steigen muss. Dies gelingt durch soziale Innovationen, wie sie mit dem Konzept „Teilen statt Besitzen“ entwickelt wurden, denn so können **Ressourcen sparsamer genutzt** werden. Unternehmen, die auf Gemeinwohl abzielen, sollen genauso gut gefördert werden wie andere Unternehmen.

DAS HABEN WIR VOR:

SO GESTALTEN WIR EINE NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

- ➡ **Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen:** Wir werden die Bundes-Investitionen 10 Jahre lang verdoppeln, also 50 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich investieren und Anreize für viel mehr private Investitionen schaffen. Wir ermöglichen befristet degressive Abschreibungen von Investitionen mit mindestens 25 Prozent. Mit Investitionszuschüssen und Klimaverträgen, die die temporär höheren Kosten z.B. einer CO₂-freie Stahlherstellung ersetzen, geben wir klimafreundlichen Investitionen einen wettbewerbsfähigen Rahmen.
- ➡ **Für mehr Geschwindigkeit** bei Investitionen sollen Verfahren vereinfacht, z.B. doppelte Prüfverfahren vermieden werden. Digital und personell gut aufgestellte Verwaltungen können schneller planen und genehmigen. Das sorgt auch für weniger Bürokratie: Nachweise und Unterlagen, über die Behörden bereits verfügen, müssen so nicht erneut vorgelegt werden. Einheitliche Standards bei Natur- und Artenschutzvorgaben und frühzeitige Bürgerbeteiligungen beugen zeitaufwändigen Klagen vor.

- ➡ **Gründungswelle anschieben und Neustart ermöglichen:** Gute Ideen dürfen nicht an zu wenig Eigenkapital und zu viel Bürokratie scheitern. Darum bekommen Gründer*innen ein zinsfreies Gründungskapital von 25.000 Euro, das je nach Erfolg zurückgezahlt wird. Es hilft auch kleinen Unternehmen, die coronabedingt Insolvenz anmelden mussten. In den ersten zwei Jahren befreien wir Gründungen weitgehend von Melde- und Berichtspflichten und bieten Information, Beratung und Anmeldung aus einer Hand an (One-Stop-Shop). Ausgründungen in der Wissenschaft werden wir besser fördern. Mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds erleichtern wir die Finanzierung von innovativen Startups.
- ➡ **Mittelstand und Handwerk gezielt stärken:** Wir wollen einfachere Steuer-Regeln: Anschaffungen bis 1.000 Euro sollen sofort abschreibbar sein und die Umsatzsteuer soll erst entrichtet werden müssen, wenn der Kunde bezahlt hat (für Unternehmen mit weniger als zwei Millionen Euro Jahresumsatz). Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei sein. Wir wollen KMU durch ein dezentrales und unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk unterstützen. Förderprogramme und Investitionszuschüsse sollen für KMU einfacher zugänglich sein.
- ➡ **Sozialunternehmen, Genossenschaften und Verantwortungseigentum stärken:** Wir öffnen Förderprogramme und den Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen für Unternehmen, die nicht auf Gewinn abzielen. Wir setzen uns für eine geeignete Unternehmensrechtsform für solche Unternehmen ein, die von den Unternehmer*innen nicht als ihr persönliches Eigentum betrachtet werden (keine Gewinnentnahme, nicht verkauf- oder vererbbar).
- ➡ **Mehr Frauen an die Spitze bringen:** Mindestens ein Drittel der Vorstandssitze von großen und börsennotierten Unternehmen (mehr als 2.000 Beschäftigte) soll bei Neubesetzungen zukünftig mit einer Frau besetzt werden. In den Aufsichtsräten dieser Unternehmen soll schon jetzt eine Quote von 40 Prozent angestrebt werden. Wir wollen einen öffentlich finanzierten Wagniskapitalfonds für Startups, die von Frauen gegründet wurden.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Wie unterstützen die Grünen Selbständige und Unternehmen, die immer noch von der Corona-Krise betroffen sind?

Die schwarz-rote Bundesregierung hat mit ihren Corona-Hilfen sehr viel Chaos erzeugt. Die Corona-Hilfen sind zu kompliziert, zu langsam, insgesamt nicht verlässlich genug. Wir haben seit Beginn der Krise immer wieder Nachbesserungen durchgesetzt. Trotzdem warten Soloselbständige immer noch auf eine echte Existenzsicherung. Wir fordern deshalb weiterhin einen unbürokratischen Unternehmerlohn von mindestens 1.200 Euro plus Übernahme der Krankenversicherungskosten. Sollte es bei Corona-Hilfen zu Rückzahlungen kommen, sollen diese großzügig gestundet werden.

Wie können Unternehmen, deren Reserven aufgebraucht sind, unterstützt werden, damit es keine Insolvenzwelle gibt?

Bei vielen kleinen und mittleren Unternehmen und Selbständigen ist nach Monaten der Krise das Eigenkapital komplett weg. Der Eigenkapitalzuschuss in den Überbrückungshilfen des Bundes ist nur ein erster Schritt, auch Solo-Selbständige müssen Zugang haben. Wir wollen es den Unternehmen ermöglichen, ihre Corona-Verluste mit den Gewinnen der letzten 4 Jahre (derzeit ist dieser Verlustrücktrag auf 1 Jahr begrenzt) zu verrechnen. Diese Unternehmen erhalten dann die in den Vorjahren gezahlten Steuern erstattet. Das hilft vor allem KMU, die z.B. wegen Schließungen sehr hohe Verluste hatten beim Neustart. Wir wollen ein einfaches Restrukturierungsverfahren für KMU vor der Insolvenz einführen, damit diese z.B. langfristige Mietverträge neu aushandeln können. Bei diesem Neustart soll auch unser Gründungskapital von 25.000 Euro unterstützen.

Wie würde sich eine Vermögensteuer auf die Unternehmen auswirken?

Wir wollen die Vermögensteuer so ausgestalten, dass zusätzliche Anreize für Investitionen geschaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigt werden. Kleine und viele mittlere Unternehmen sind durch den Freibetrag von 2 Millionen Euro pro Person geschützt und erst für höheres Vermögen würde dann ein Steuersatz von 1 Prozent greifen. Für solche Unternehmen sollen dann aber ebenfalls Begünstigungen für Betriebsvermögen im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang greifen. Bei der Ausgestaltung wird es ganz wesentlich auf die Länder ankommen, denn ihnen sollen die Einnahmen zur Finanzierung von Bildungsausgaben zukommen.

Was bedeutet eine weitere Anhebung des CO₂-Preises für Wärme- und Transportkosten für KMU?

Wir wollen die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro (pro t CO₂) im Jahr 2023 und damit schneller als bisher umsetzen. Die zusätzlichen Einnahmen werden aber komplett zurückgegeben, über die EEG-Umlage – was zu sinkenden Strompreisen führt – und über ein Energiegeld pro Kopf. Außerdem werden wir Energieeinsparung gezielt fördern.

Wie soll die Verdrängung von Handwerk und Gewerbe aus den Innenstädten gestoppt werden?

Betriebe in Innenstädten haben oft Schwierigkeiten bezahlbare Räume zu finden – Gewerbeflächen und -höfe wurden an die Stadtränder verlagert oder einer anderen Nutzung zugeführt und fehlen nun. Mit einem neuen Gewerbemietrecht wollen wir Gewerbe auch in boomenden Innenstädten halten. Außerdem sollen Kommunen rechtssicher Flächen für Gewerbe und andere Nutzungen sichern können. Dafür reformieren wir das Baugesetzbuch.

Der Fachkräftemangel wird immer öfter als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung benannt. Was unternehmen die Grünen, um dem entgegenzuwirken?

Fachkräfte zu finden und Ausbildungsstellen zu besetzen, wird für kleine und mittlere Unternehmen immer schwieriger. Um sie besser zu unterstützen, muss frühzeitig mit praxisnaher Berufsorientierung in allen Schultypen gestartet werden. Wir investieren in berufliche und berufsbegleitende Bildung. Außerdem wollen wir berufliche Schulen besser ausstatten und die Mobilität von Azubis fördern, z.B. mit Azubi-Tickets der Länder und mehr Mitteln für berufliche Schulen auch im ländlichen Raum. Erwerbstätige, Selbständige und Betriebe müssen bei Qualifikationen und Umschulungen mit guter Beratung, Förderung und mehr Qualität in den Weiterbildungsangeboten unterstützt werden. Mit einer besseren Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz bleiben die Kompetenzen älterer Fachkräfte erhalten. Mit einer Talentkarte, schnellerer Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse und der Möglichkeit zum Spurwechsel für Geflüchtete sollen auch Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland eine berufliche Perspektive in Deutschland bekommen.

Alle Arguhilfen online:

[gruene.de/a-bis-z](https://www.gruene.de/a-bis-z)



WOHNEN UND BAU

gruene.de/wohnen

Alle Menschen, auch mit kleinen oder normalen Einkommen, sollen bezahlbar gut wohnen können. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken, mit viel mehr günstigen Mietwohnungen, einem starkem Mietrecht und einer neuen Wohngemeinnützigkeit. Für preisgünstigen Wohnraum wollen wir flache Gebäude aufstocken und kompakt neu bauen. Ortskerne werden wir wieder beleben. Mit einer Bauwende bauen wir ressourcenleicht und klimaneutral. Städte und Dörfer sollen klimafreundlich, sozial, widerstandsfähig und grün werden, mit kurzen Wegen und mit ÖPNV sehr gut angebunden.

Bezahlbares Wohnen für alle: Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus, viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. **Unser Ziel sind deshalb faire und bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter*innen.** Das Recht auf Wohnen soll ins Grundgesetz aufgenommen werden. Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – für alle erschwinglich, familiengerecht und gemeinwohlorientiert. Zentral dafür ist das Ziel in den nächsten Jahren eine Million zusätzliche und dauerhaft günstige Mietwohnungen zu schaffen.

Grund und Boden für das Gemeinwohl nutzen: Der Bund soll bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum fördern, statt die eigenen Immobilien meistbietend zu verkaufen. Wir wollen **Spekulation mit Bauland und Geldwäsche auf dem Wohnungsmarkt beenden.** Denn Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt kein Ort für Spekulant*innen. Wir wollen den **Erwerb von Wohneigentum erleichtern.**

Wärme- und Bauwende: Ein Drittel der klimaschädlichen Emissionen entstehen im Gebäudesektor. Eine **Wärmewende** ist zentral, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Es ist höchste Zeit, dass Neubauten und umfassende Sanierungen klimaneutral erfolgen. Dafür werden wir eine **Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden** einleiten. Die Wärmewende werden wir fair gestalten. Sie wird mit wirksamem Mieter*innenschutz, einem Drittelmodell zur fairen Kostenteilung zwischen Staat, Mieter*innen und Vermieter*innen und gezielter Förderung für Vermieter*innen und Wohnungseigentümer*innen einhergehen. So machen wir Klimamodernisierungen für alle bezahlbar und wirtschaftlich. Wir wollen eine **Bauwende** für ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen, die Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling für alle Gebäude berücksichtigt.

DAS HABEN WIR VOR:

SO SCHAFFEN WIR AUSREICHEND BEZAHLBARE WOHNUNGEN

- ➡ **Bezahlbares Wohnen für alle:** Mit mehr Mitteln für den sozialen Wohnungsbau und einem Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ werden wir für eine Million zusätzliche, günstige und dauerhafte Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen. Bundeseigene Bestände an Immobilien bzw. Bauland sollen nicht mehr privatisiert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit dauerhafter Sozialbindung abgegeben werden. Wir wollen Wohnungslosigkeit mit einem **Nationalen Aktionsprogramm Vermeidung und Bewältigung von Wohnungslosigkeit** beenden. Um krisenbedingte Wohnungsverluste zu vermeiden, schaffen wir die Möglichkeit, mit der Nachzahlung der Miete Wohnungsverluste zu vermeiden, und stellen mit einem Sicher-Wohnen-Programm finanzielle Unterstützung sicher.
- ➡ **Starke Mieter*innen und faire bezahlbare Mieten.** Wir wollen mit einem Bundesgesetz die Möglichkeiten eröffnen, Mietobergrenzen festzulegen. Über deren Anwendung und Ausgestaltung entscheiden die Länder und Kommunen je nach örtlicher Lage auf dem Wohnungsmarkt. Wir werden die Mietpreisbremse entfristen und nachschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden, Mietwucher ist zu ahnden. Die Modernisierungsumlage werden wir weiter absenken und auf maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter begrenzen damit energetische Modernisierung warmmietenneutral erfolgen kann. Die Möglichkeiten für Umwandlungsverbote und Mielienschutz weiten wir aus.
- ➡ **Erwerb von Wohneigentum erleichtern.** Die Maklercourtage werden wir deckeln und das Bestellerprinzip einführen: Wer den Makler beauftragt, bezahlt ihn auch. Kaufnebenkosten wollen wir weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu erhöhen und für private Käufer*innen zu senken. In Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen wollen wir Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum fördern, den Kauf und die Modernisierung leerstehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum sowie Beteiligungen an Genossenschaften und gemeinschaftlichen Erwerb mit Krediten und Bürgschaften unterstützen.
- ➡ **Grund und Boden gemeinwohlorientiert nutzen.** Der Bund soll mit den eigenen Immobilien gezielt neuen bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum fördern. Dafür wollen wir die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln, der Flächen zukauf und Gemeinwohl orientiert vergibt.

- ➡ **Spekulation mit Bauland und Geldwäsche auf dem Wohnungsmarkt beenden.** Wir wollen ein Immobilienregister der Eigentümer*innen einführen, die Grundbücher bei begründetem Interesse kostenfrei zugänglich machen und Bargeld beim Immobilienverkauf verbieten. Den Missbrauch von sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung werden wir beenden.
- ➡ **Innenstädte und Ortskerne retten,** mit nachhaltigen Verkehrskonzepten und einem Städtebaunotfallfonds. Mit einer neuen Städtebauförderung sorgen wir für lebendige Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen, damit auch in immer heißeren Sommern jeder*r gut in der Stadt leben kann. Zusätzliche Mittel für Smart-City-Projekte unterstützen den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen zur Stärkung des lokalen Handels. Änderungen im Gewerbemietrecht schützen Kleingewerbe, Sozial- und Kulturprojekte, Clubs und Handwerker und halten sie in den Innenstädten. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte Räume zu einladenden Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und Zuschüsse an Kommunen für öffentliche Einrichtungen in multifunktionalen Kulturzentren vergeben.
- ➡ **Klimaschutz:** Wir werden eine **Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden** starten. Dreh- und Angelpunkt sind dabei hohe Baustandards: bei Neubauten KfW 40, im Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55, eine deutlich höhere Sanierungsquote, Heizen mit erneuerbaren Energien und Investitionsprogramme für Wärmepumpen. Mit dem Drittelmodell, das die **Kosten fair** zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen **verteilt**, einem Klimawohn-geld und Steuervergünstigungen wollen wir die Kosten für Klimamodernisierungen für alle bezahlbar und wirtschaftlich machen. Für **ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen** werden wir ein Gebäuderessourcengesetz und einen Gebäuderessourcenausweis einführen und eine Holzbaustrategie auflegen. Die Kosten durch den CO₂-Preis soll der Vermieter übernehmen, da er darüber entscheidet, ob die Wohnung saniert wird.



FRAGEN UND ANTWORTEN

Was bedeutet Klimaschutz für die Baukosten?

Für uns gehören die soziale und die ökologische Frage zusammen. Daher machen wir es einfacher und günstiger, ökologisch zu wohnen. Fehlender Mieterschutz, ungenutzte Bauflächen und Spekulation führen zu unerschwinglichen Bauland-, Häuser- und Mietpreisen. Das werden wir ändern: Mit dem „Drittelmodell“ verteilen wir die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen fair zu je einem Drittel zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen. So wird es für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich. Oft werden die Kosten einer Modernisierung bisher auf die Mieter*innen abgewälzt, im Rahmen der sogenannten „Modernisierungumlage“. Diese werden wir begrenzen. Eigenheimbesitzer*innen werden wir mit Steuervergünstigungen und zielgerichteten Förderprogrammen beim klimagerechten Bauen helfen:

Mit attraktiven Zuschüssen und kostenlosen Sanierungsfahrplänen. Mit einer wirksamen Mietpreisbremse und Mietobergrenzen in Wohnraummangelgebieten sowie einer Neuen Wohngemeinnützigkeit schützen wir bestehende und schaffen neue günstige Mietwohnungen.

Wie stehen die Grünen zu Wohneigentum?

Wir Grüne wollen Wohneigentum erleichtern und da, wo der Platz knapp ist und die Mieten gigantisch, fördern wir bezahlbare Mietwohnungen für alle. In Deutschland entscheiden Kommunen, ob, wo und was gebaut wird. Die Debatte um Einfamilienhäuser war darum Fake-Debatte, die vom eigentlichen Problem ablenkt: von der Wohnungsnot und den unerschwinglichen Mieten, von den 100 Sozialwohnungen, die Tag für Tag verloren gehen, vom krachenden Verfehlen der von der Bundesregierung gesetzten Neubauziele, von der seit Jahren sinkenden Eigentumsquote – die wohlgerne unionsgeführte Bundesregierungen zu verantworten hat. Wir erleichtern den Erwerb von Wohneigentum und senken dazu die Maklergebühr und führen das Bestellerprinzip ein, d.h., wer den/die Makler*in beauftragt, bezahlt. Das sind in der Regel die Verkäufer*innen und kann den Käufer*innen zehntausende Euro sparen. Wir fördern klimaneutralen Neu- oder Umbau, Gebäude aufzustocken und Leerstand wiederzubeleben, kostenlose Sanierungsfahrpläne und attraktive Zuschüsse für Klima-Modernisierung.

Wo große Wohnungsnot herrscht, kann sich nach geltender Rechtslage eine Pflicht für Eigentümer*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu spekulieren. Das muss stärker durchgesetzt werden. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir vorgehen.

Wie wirkt sich Regulierung und Deckelung der Mieten auf den Wohnungsbau aus?

Die Mieten sind in den deutschen Großstädten in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Ebenso ist der Zinssatz für risikolose und risikoarme Anlagen gesunken. Immobilien sind daher zu einem immer begehrteren Anlageobjekt geworden und auch die Bautätigkeit ist angestiegen. Die stärkere Regulierung der Mieten drosselt nur den Anstieg der Renditen, macht Bauen aber nicht finanziell unattraktiv. Hinzu kommt, dass die meisten Vorschriften wie die Mietpreisbremse und auch der vom Verfassungsgericht aufgehobene Berliner Mietendeckel Neubauten explizit ausnehmen. Die stärkere Regulierung der Mieten ist solange geboten und erforderlich bis der Wohnraummangel behoben ist, damit Einzelne nicht die Notlage Anderer ausnutzen können.



Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z

